

Stenographischer Bericht

24. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

X. Gesetzgebungsperiode – 16. Oktober 1984

Inhalt:

Personalien:

Entschuldigt: Landeshauptmann Dr. Krainer, Abg. Aichhofer, Abg. Kanduth und Abg. Präsident Zdarsky.

Fragestunde:

Anfrage Nr. 161 des Abg. Hammer an Landesrat Heidinger, betreffend die Wärmeversorgung des Landeskrankenhauses Eisenerz.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Heidinger (1541).

Anfrage Nr. 162 des Abg. Hammerl an Landesrat Heidinger, betreffend die Entsorgung des krankenhausspezifischen Abfalls und der Kunststoffe im Landeskrankenhaus Graz.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Heidinger (1541).

Anfrage Nr. 164 des Abg. Kollmann an Landesrat Prof. Jungwirth, betreffend die Landesausstellung 1984.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Prof. Jungwirth (1542).

Anfrage Nr. 165 des Abg. Schrammel an Landesrat Prof. Jungwirth, betreffend die Versorgung mit Zahnärzten.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Prof. Jungwirth (1542).

Anfrage Nr. 166 des Abg. Dr. Pfohl an Landesrat Dr. Klauser, betreffend die Räumlichkeiten im Raume Graz, die sich für ein Büro eignen und im Eigentum des Landes stehen.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dr. Klauser (1542).

Anfrage Nr. 167 des Abg. Ritzinger an Landesrat Dr. Klauser, betreffend die Erfüllung des Landesbudgets 1984.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dr. Klauser (1543).

Zusatzfrage: Abg. Ritzinger (1543).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Dr. Klauser (1543).

Anfrage Nr. 168 des Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura an Landesrat Dipl.-Ing. Riegler, betreffend die Qualität des Bodens im landwirtschaftlichen Bereich.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dipl.-Ing. Riegler (1543).

Zusatzfrage: Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (1544).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Dipl.-Ing. Riegler (1544).

Anfrage Nr. 163 des Abg. Zellnig an Landesrat Dipl.-Ing. Riegler, betreffend den Fleisch- und Viehabsatz.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dipl.-Ing. Riegler (1544).

Anfrage Nr. 169 des Abg. Mag. Rader an Landeshauptmannstellvertreter Wegart, betreffend die Aufnahme in den öffentlichen Dienst.

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmannstellvertreter Wegart (1545).

Zusatzfrage: Abg. Mag. Rader (1545).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landeshauptmannstellvertreter Wegart (1546).

Auflagen:

Antrag, Einl.-Zahl 602/1, der Abgeordneten Präsident Klasnic, Dipl.-Ing. Schaller, Dr. Kalnoky und Dr. Pfohl, betreffend die Einrichtung eines „Naturparks Schöckl“ (1546);

Antrag, Einl.-Zahl 603/1, der Abgeordneten Ritzinger, Grillitsch, Dipl.-Ing. Dr. Dornik, Kollmann und Prof. Dr. Eichinger, betreffend den raschen Ausbau der Landesstraße 512 von Oberwölz in Richtung St. Peter/Kammersberg;

Antrag, Einl.-Zahl 604/1, der Abgeordneten Kanduth, Kröll, Schwab und Ritzinger, betreffend eine Landesausstellung „Barocke Kunst in der Steiermark“;

Antrag, Einl.-Zahl 605/1, der Abgeordneten Dr. Maitz, Präsident Klasnic, Dr. Dorfer und Dr. Hirschmann, betreffend Verbilligung des Dieseltreibstoffes;

Antrag, Einl.-Zahl 606/1, der Abgeordneten Loidl, Rainer, Preamberger, Halper und Genossen, betreffend ein Landessonderwohnbauprogramm 1985;

Antrag, Einl.-Zahl 607/1, der Abgeordneten Kohlhammer, Loidl, Meyer, Erhart und Genossen, betreffend die Erhöhung der Mittel für die Eigenheimförderung im Budget 1985;

Antrag, Einl.-Zahl 608/1, der Abgeordneten Loidl, Dr. Strenitz, Hammerl, Rainer und Genossen, betreffend die Novellierung der Paragraphen 25 Abs. 3 und 6, 31 Abs. 2, 33 Abs. 2, 39 Abs. 9, 46 Abs. 1, 47 Abs. 2 lit. b und e, 48 Abs. 1 und 4, 48 a Abs. 1 und 2 der Steiermärkischen Bauordnung;

Antrag, Einl.-Zahl 609/1, der Abgeordneten Halper, Loidl, Sponer, Karrer und Genossen, betreffend die Vorlage eines Berichtes über den Erfolg des 10-Jahres-Landesstraßenbauprogrammes an den Steiermärkischen Landtag und die Erstellung eines weiteren 10-Jahres-Landesstraßenbauprogrammes;

Antrag, Einl.-Zahl 610/1, der Abgeordneten Halper, Sponer, Kohlhammer, Kirner und Genossen, betreffend die Durchführung der Landesausstellung 1988 im weststeirischen Kohlenrevier;

Antrag, Einl.-Zahl 611/1, der Abgeordneten Trampusch, Ofner, Sponer, Erhart und Genossen, betreffend die ordnungsgemäße Entsorgung von Abfällen bei Wasserkraftwerken;

Antrag, Einl.-Zahl 612/1, der Abgeordneten Kohlhammer, Trampusch, Ofner, Halper und Genossen, betreffend die Verwertung der seitens des Landes abgelösten Grundstücke;

Antrag, Einl.-Zahl 613/1, der Abgeordneten Kirner, Hammer, Meyer, Tschernitz und Genossen, betreffend die rasche Sanierung des Trabocher Badesees;

Antrag, Einl.-Zahl 614/1, der Abgeordneten Freitag, Dr. Wabl, Prutsch, Hammer und Genossen, betreffend die Sanierung der Wasserqualität der Raab;

Antrag, Einl.-Zahl 615/1, der Abgeordneten Schrammel, Dipl.-Ing. Schaller, Pörtl und Neuhold, betreffend die Durchführung einer Landesausstellung „Tabak“ in Fürstenfeld;

Antrag, Einl.-Zahl 616/1, der Abgeordneten Grillitsch, Dipl.-Ing. Dr. Dornik, Ritzinger und Kollmann, betreffend die Durchführung der Landesausstellung 1988 in Judenburg;

Antrag, Einl.-Zahl 617/1, der Abgeordneten Pinegger, Dr. Pfohl, Dr. Kalnoky und Aichhofer, betreffend Durchführung der Landesausstellung 1988 in Bärnbach.

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 503/5, zum Antrag der Abgeordneten Kirner, Dr. Wabl, Hammerl, Loidl und Genossen, betreffend den sparsamen Einsatz von Landesmitteln bei Empfängen;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 618/1, über die Finanzierungszusicherung an die Stadtgemeinde Weiz für den Um- und Ausbau des gleichnamigen Krankenhauses;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 619/1, über die Finanzierungszusicherung an den Konvent der Elisabethinen in Graz für den weiteren Zubau beim gleichnamigen Krankenhaus in Graz, Elisabethinergasse 14;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 620/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Wohnung Nr. 4, Bad Radkersburg, Neubaustraße 2, an Peter Maierhofer zum Preis von 57.580 Schilling;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 621/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Grundstücke Nr. 59, Baufläche mit Straßenwärterhaus Rothleiten Nr. 46, und Nr. 109/9, Acker, im Ausmaß von 974 Quadratmeter, zugehörig zu der EZ. 50, KG. Rothleiten, an Kurt Liebmann zum Kaufpreis von 170.000 Schilling;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 622/1, betreffend den Abverkauf eines Grundstücksteiles im Ausmaß von 953 Quadratmeter mit dem darauf befindlichen Gebäude „Sägewinzerei“ aus der EZ. 11, KG. Schloßberg, im Eigentum des Landes Steiermark stehend, an Friedrich Weiß, Schloßberg 28, 8463 Leutschach, zu einem Gesamtkaufschilling in Höhe von 320.000 Schilling;

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 623/1 bis 663/1, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahmen sowie Objektseinlösungen für den Landesstraßenbau zufolge angeschlossenen, einen integrierenden Teil dieser Vorlage bildenden Verzeichnis von 40 Grundabläsen im Gesamtbetrag von 22.734.117,90 Schilling;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 664/1, betreffend

1. den Ankauf der Liegenschaft, EZ. 236, KG. Straß, GB. Leibnitz, bestehend aus dem Grundstück Nr. 403/1, Acker, im unverbürgten Flächenausmaß von 1020 Quadratmeter zu einem Kaufpreis von 102.000 Schilling zuzüglich 10 Prozent Grunderwerbsnebenkosten, insgesamt also um den Betrag von 112.200 Schilling, durch das Land Steiermark und
2. die Einräumung einer unwiderruflichen Option seitens des Landes Steiermark an die Firma Servas Ges. m. b. H., Schuhfabrik, Liezen und Straß, zum Erwerb der Liegenschaften EZ. 568 und 236, je KG. Straß, GB. Leibnitz, ab 1. August 1986 zu einem Kaufpreis von insgesamt 3.112.200 Schilling;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 666/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1983 (2. Bericht – Abschlußbericht – für das Rechnungsjahr 1983);

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 669/1, über den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 92, KG. Maßweg, Gerichtsbezirk Knittelfeld, an die Ehegatten Bruno und Michaela Zuber;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 670/1, über den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 204, KG. Berndorf, Gerichtsbezirk Bruck/Mur, an die Ehegatten Rudolf und Angela Rucker;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 671/1, betreffend Landes-Hypothekenbank Steiermark, Jahresabschluß, Geschäftsbericht und Prüfungsbericht für 1983;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 673/1, über den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 929, KG. Fürstenfeld, Gerichtsbezirk Fürstenfeld, an Frau Franziska Hofer, 8280 Fürstenfeld, Ledergasse 2;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 674/1, über den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 226, KG. Fürstenfeld, Gerichtsbezirk Fürstenfeld, an die Ehegatten Patriz und Erika Maierhofer, 8280 Fürstenfeld, Burgauer Straße 8;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 675/1, über den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 1469, KG. Fürstenfeld, Gerichtsbezirk Fürstenfeld, an die Ehegatten Josef und Anna Matzer, 8280 Fürstenfeld, Jahnstraße 22;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 321/5, zur Vereinbarung gemäß Artikel 15 a Bundes-Verfassungsgesetz, mit der die Vereinbarung über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl geändert wird;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 509/6, zum Antrag der Abgeordneten Trampusch, Karrer, Ofner, Hammerl und Genossen, betreffend die Übertragung der Personalhoheit über jene Bediensteten, die in Heimen von Sozialhilfverbänden tätig sind, an die Sozialhilfeverbände;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 676/1, Beilage Nr. 63, Gesetz, mit dem das Statut der Landeshauptstadt Graz 1967 geändert wird;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 45/39, zum Beschluß Nr. 28 des Steiermärkischen Landtages vom 18. Dezember 1981 über den Antrag der Abgeordneten Ing. Turek, Dr. Heidinger, Fuchs, Trampusch und Prutsch, betreffend die Ausarbeitung eines Alarmplanes auf Grund der Errichtung eines Atomkraftwerkes in Krsko, Slowenien;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 435/7, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, DDr. Steiner, Ritzinger und Kollmann, betreffend die Überprüfung des Lärmschutzes im Bereich der S 6, Semmering-Schnellstraße, Kindberg–St. Marein;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 511/4, zum Antrag der Abgeordneten Präsident Zdarsky, Meyer, Erhart, Dr. Horvatek und Genossen, betreffend die Fort- und Weiterbildung des Krankenpflegepersonals in den Krankenpflegesschulen des Landes in der Steiermark;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 526/4, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Dipl.-Ing. Schaller, Schwab und Kröll, betreffend die Anmeldung von steirischen Projekten zur Finanzierung aus dem neu geschaffenen Umweltschutzfonds des Bundes;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 672/1, Beilage Nr. 62, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Ölfeuerungsgesetz 1973 geändert wird;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 668/1, betreffend den Landesrechnungsabschluß 1983;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 677/1, betreffend den Bericht des Rechnungshofes vom 29. Dezember 1983 über das Ergebnis seiner Gebarungsprüfung der Jahre 1976 bis 1980 der Grazer Stadtwerke AG., die Äußerung der Landeshauptstadt Graz hiezu vom 5. April 1984 sowie die Gegenäußerung des Rechnungshofes vom 6. Juli 1984;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 45/38, zum Beschluß Nr. 33 des Steiermärkischen Landtages vom 18. Dezember 1981 über den Antrag der Abgeordneten Buchberger, DDr. Stepantschitz, Kollmann, Schwab und Ing. Turek, betreffend die den Landeskrankenhäusern angeschlossenen Landwirtschaften in Zukunft nicht mehr selbst zu betreiben, sie zu verkaufen oder zu verpachten und so eine Bewirtschaftung durch Landwirte zu ermöglichen;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 362/5, zum Antrag der Abgeordneten Präsident Klasnic, Dr. Kalnoky, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Stoppacher und Pörtl, betreffend Sanitärräume der Frauenklinik im Landeskrankenhaus Graz, 1. Stock;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 665/1, Beilage Nr. 61, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Krankenanstaltengesetz neuerlich geändert wird (6. KALG-Novelle);

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 171/6, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Kanduth, Ritzinger und Kröll, betreffend die Erhaltung und den modernen Ausbau der Bundesforstsäge in Neuberg;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 499/4, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Präsident Klasnic, Schwab und Pörtl, betreffend eine Vorschubleistung durch den Staat, wenn der Kindesvater durch Arbeitslosigkeit oder sonstige Umstände nicht die volle Höhe der Alimentationszahlung entrichten kann;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 296/6, zum Antrag der Abgeordneten Pörtl, Lind, Schrammel, Neuhold, Harmtodt, Buchberger und Stoppacher, betreffend die Verbesserung der Zugverbindungen für Pendler aus der Oststeiermark und der Bundeshauptstadt Wien;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 443/4, zum Antrag der Abgeordneten Freitag, Prutsch, Wabl, Loidl und Genossen, betreffend die Errichtung von Sicherheitsmaßnahmen bei der Bahnübersetzung zwischen Raabau und Ertlermühle im Zuge der Bahnlinie Feldbach–Fehring bzw. der Landesstraße L 226;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 563/3, zum Antrag der Abgeordneten Brandl, Erhart, Freitag, Halper, Hammer, Hammerl, Dr. Horvatek, Ileschitz, Karrer, Kirner, Kohlhammer, Loidl, Meyer, Ofner, Prensberger, Prutsch, Rainer, Sponer, Dr. Strenitz, Trampusch, Tschernitz, Dr. Wabl, Präsident Zdarsky und Zellnig, betreffend die Beschlußfassung eines Steirischen Pendlerbeihilfengesetzes;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 667/1, zum Beschluß Nr. 323 des Steiermärkischen Landtages vom 12. Dezember 1980 aus der IX. Gesetzgebungsperiode, betreffend Aufforderung an die Steiermärkische Landesregierung, dem Steiermärkischen Landtag alljährlich einen Bericht über die Entwicklung von Alternativenenergien und der Förderung von derartigen Projekten und gleichzeitig einen Bericht über Maßnahmen zur Förderung des Energiesparegedankens vorzulegen (1548).

Zuweisungen:

Anträge, Einl.-Zahlen 602/1, 603/1, 604/1, 605/1, 606/1, 607/1, 608/1, 609/1, 610/1, 611/1, 612/1, 613/1, 614/1, 615/1, 616/1 und 617/1, der Landesregierung (1546).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 503/5, 618/1, 619/1, 620/1, 621/1, 622/1, 623/1 bis 663/1, 664/1, 666/1, 669/1, 670/1, 671/1, 673/1, 674/1 und 675/1, dem Finanz-Ausschuß (1546).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 321/5, 509/6, 676/1, dem Gemeinde-, Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß (1547).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 45/39, 435/7, 511/4, 526/4 und 672/1, dem Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz (1547).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 668/1 und 677/1, dem Kontroll-Ausschuß (1547).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 45/38, 362/5 und 665/1, dem Ausschuß für Landes-Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten (1547).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 171/6, dem Landwirtschafts-Ausschuß (1548).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 499/4, dem Sozial-Ausschuß (1548).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 296/6 und 443/4, dem Verkehrswirtschaftlichen Ausschuß (1548).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 563/3, dem Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschuß (1548).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 667/1, dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung (1548).

Anträge:

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller, Dr. Schilcher, Schwab und Ritzinger auf Änderung des Naturschutzgesetzes und Unterschutzstellung aller fließenden Gewässer in der Steiermark (1548);

Antrag der Abgeordneten Präsident Klasnic, Dr. Kalnoky, Dr. Schilcher und Dr. Dorfer, betreffend die Anerkennung des Arbeitsplatzes Haushalt als Berufsbild und die Einrichtung von Lehrhaushalten;

Antrag der Abgeordneten Präsident Klasnic, Dr. Kalnoky, Dr. Schilcher und Dr. Dorfer, betreffend Pensionsanspruch für ehrenamtliche Tätigkeiten in sozialen Bereichen;

Antrag der Abgeordneten Pörtl, Buchberger, Neuhold, Schrammel und Fuchs, betreffend die Wiederherstellung der bäuerlichen Direktschnapsvermarktung;

Antrag der Abgeordneten Schrammel, Schützenhöfer, Lind und Neuhold auf Änderung der Arbeitsamtszuständigkeit für die Gemeinde Ottendorf an der Rittschein vom Arbeitsamt Gleisdorf zum Arbeitsamt Fürstenfeld;

Antrag der Abgeordneten Schrammel, Pörtl, Neuhold und Schwab zur Überprüfung von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben des Landes und Bundes auf ihre Wirtschaftlichkeit;

Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Kröll, Schwab, Kanduth, Grillitsch, Dr. Dornik, Kollmann und Prof. Dr. Eichinger, betreffend die Errichtung einer Lehrkanzel für Touristik und Fremdenverkehr an der Universität in Graz;

Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Grillitsch, Dr. Dornik, Prof. Dr. Eichinger und Kollmann, betreffend die Übernahme der „Privaten Handelsschule“ in Neumarkt durch den Bund;

Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Dipl.-Ing. Schaller, Kröll, Kollmann und Prof. Dr. Eichinger, betreffend die Vorlage eines jährlichen Umweltschutzberichtes;

Antrag der Abgeordneten Schrammel, Präsident Klasnic, Prof. Dr. Eichinger und Lind zur verstärkten Einstellung Behinderter im Bundesdienst;

Antrag der Abgeordneten Brandl, Erhart, Freitag, Halper, Hammer, Hammerl, Dr. Horvatek, Ileschitz, Karrer, Kirner, Kohlhammer, Loidl, Meyer, Ofner, Prensberger, Prutsch, Rainer, Sponer, Dr. Strenitz, Trampusch, Tschernitz, Dr. Wabl, Präsident Zdarsky und Zellnig, betreffend die Behandlung wesentlicher unerledigter SPÖ-Anträge der X. Gesetzgebungsperiode;

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Prensberger, Erhart, Ofner und Genossen, betreffend die Errichtung eines Umweltschutzfonds des Landes Steiermark und die Aufnahme von 50 Millionen Schilling für diesen Fonds im Landesvoranschlag 1985;

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Ofner, Brandl, Hammer und Genossen, betreffend die Aufnahme von je 100 Millionen Schilling zusätzlich im Budget 1985 und 1986 für Wasserver- und Abwasserentsorgungsanlagen;

Antrag der Abgeordneten Loidl, Hammerl, Dr. Strenitz, Ofner und Genossen, betreffend Lärmschutzmaßnahmen an Landes- und Gemeindestraßen;

Antrag der Abgeordneten Brandl, Freitag, Ofner, Hammer und Genossen, betreffend die Einbeziehung der Naturschutzbehörde in straßenrechtliche Verfahren zum frühestmöglichen Zeitpunkt;

Antrag der Abgeordneten Dr. Strenitz, Hammerl, Loidl, Präsident Zdarsky und Genossen, betreffend die Errichtung eines „Naturparkes Schöckl“;

Antrag der Abgeordneten Hammerl, Loidl, Ofner, Tschernitz und Genossen, betreffend die Vorlage eines Berichtes über die Bach- und Flußverbauungsformen in der Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Dr. Strenitz, Dr. Horvatek, Präsident Zdarsky, Kirner und Genossen, betreffend die freie Betretung des Waldes;

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Prutsch, Zellnig, Freitag und Genossen, betreffend die Änderung der Tierkörperverwertungsverordnung 1979;

Antrag der Abgeordneten Präsident Zdarsky, Sponer, Dr. Horvatek, Hammer und Genossen, betreffend die Genehmigung von Nebenbeschäftigungen für Spielsärzte;

Antrag der Abgeordneten Hammer, Kirner, Tschernitz, Brandl und Genossen, betreffend die Errichtung eines überregionalen Museums „Eisen und Arbeit“ im Kammerhof in Eisenerz;

Antrag der Abgeordneten Tschernitz, Hammer, Meyer, Karrer und Genossen, betreffend die ehestmögliche Abhaltung einer Landesausstellung zum Thema „Volkstum - Brauchtum im Alpenraum“ in Bad Aussee;

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Kirner, Freitag, Kohlhammer und Genossen, betreffend die Vergabe einer Landesausstellung zum frühestmöglichen Termin nach Wagner oder Leibnitz;

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Kirner, Prutsch, Freitag, betreffend die Zustimmung zum Grundtausch zwischen dem Land Steiermark und der Gemeinde Wagner für die Errichtung einer Volksschule in Wagner;

Antrag der Abgeordneten Hammerl, Loidl, Dr. Strenitz, Prensberger und Genossen, betreffend den Ausbau der Gradnerstraße in Graz Richtung Osten bis zur Triester Bundesstraße und die Errichtung einer Bahnunterführung;

Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Halper, Trampusch, Ileschitz und Genossen, betreffend die Schaffung einer Autobahnanbindung des Bezirkes Deutschlandsberg an die Pyhrnautobahn;

Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Trampusch, Loidl, Sponer und Genossen, betreffend den raschen Ausbau der Radlpaßbundesstraße;

Antrag der Abgeordneten Karrer, Meyer, Brandl, Loidl und Genossen, betreffend die Errichtung einer Ortsumfahrung von Allerheiligen-Leopoldsdorf und Setzung von Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der Bahnhofsiedlung von Allerheiligen (1549).

Verhandlungen:

1. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 422/4, zum Antrag der Abgeordneten Aichhofer, Buchberger, Dr. Dorfer, Dipl.-Ing. Dr. Dornik, Prof. Dr. Eichinger, Präsident Feldgrill, Fuchs, Grillitsch, Harntodt, Dr. Hirschmann, Dr. Kalnoky, Kanduth, Präsident Klasnic, Kollmann, Kröll, Lind, Dr. Maizt, Neuhold, Dr. Pfohl, Pinegger, Pörtl, Ritzinger, Dipl.-Ing. Schaller, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Schrammel, Schützenhöfer, Schwab, DDr. Steiner, Ing. Stoisser und Stoppacher, betreffend die steirische Pendlerbeihilfe.

Berichtersteller: Abg. Schrammel (1549).

Redner: Abg. Pörtl (1550), Abg. Dr. Strenitz (1551), Abg. Mag. Rader (1552), Abg. Prof. Dr. Eichinger (1553), Abg. Halper (1555), Abg. Dr. Hirschmann (1556), Abg. Rainer (1560), Abg. Schrammel (1561), Abg. Hammer (1562), Abg. Präsident Klasnic (1562), Landesrat Dipl.-Ing. Riegler (1563), Landesrat Dr. Heidinger (1564), Landeshauptmannstellvertreter Gross (1565).

Annahme des Antrages (1566).

2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 338/1, betreffend den Ankauf eines Grundstückes zwecks Errichtung eines Garçonnerhauses für Bedienstete des Landeskrankenhauses Bad Aussee.

Berichtersteller: Abg. Sponer (1566).

Annahme des Antrages (1566).

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 599/1, betreffend

1. den Ankauf einer Betriebsliegenschaft in KG. Preding, Wieselsdorf und Wohlsdorf, im Gesamtlächenausmaß von rund 170.882 Quadratmeter zu einem Kaufpreis von insgesamt 13.481.140 Schilling zuzüglich 10 Prozent Grunderwerbsnebenkosten, insgesamt also um den Betrag von 14.830.000 Schilling, durch das Land Steiermark und

2. die Einräumung einer unwiderruflichen Option seitens des Landes Steiermark an die Firma Holzindustrie Preding Gesellschaft m. b. H., die gegenständliche Liegenschaft nach Ablauf von fünf Jahren ins Eigentum erwerben zu können.

Berichtersteller: Abg. Ing. Stoisser (1566).

Redner: Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (1566), Landesrat Dr. Heidinger (1567).

Annahme des Antrages (1568).

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 601/1, betreffend den Landwirtschaftsbetrieb Hafendorf über den Ankauf eines Waldgrundstückes im Ausmaß von rund 3,24 Hektar von der Eigentümergemeinschaft Kurt und Christa Ferstl, Schinitzhof 16, Blaas Ingrid, Wien, und Koppi Elfriede, Groß St. Florian, zum Kaufschilling von 900.000 Schilling.

Berichtersteller: Abg. Grillitsch (1568).

Annahme des Antrages (1568).

5. Bericht des Landwirtschafts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 498/5, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichinger, Schwab, Pörtl und Neuhold, betreffend die Berücksichtigung extensiver landwirtschaftlicher Flächen (Hutweiden und Brachland) bei der Berechnung des Stromtarifes.

Berichtersteller: Abg. Pörtl (1568).

Annahme des Antrages (1568).

6. Bericht des Gemeinde-, Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 676/1, Beilage Nr. 63, Gesetz, mit dem das Statut der Landeshauptstadt Graz 1967 geändert wird.

Berichtersteller: Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher (1568).

Redner: Abg. Loidl (1569), Abg. Mag. Rader (1570), Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher (1572).

Annahme des Antrages (1573).

Beginn: 10 Uhr.

Präsident Feldgrill: Hohes Haus!

Ich eröffne die 24. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden X. Gesetzgebungsperiode und damit die Herbsttagung 1984/85 und begrüße alle Erschienenen, vor allem die Mitglieder der Landesregierung. Ich darf in Ihrem Namen sprechen, wenn ich in einem Satz zusammenfasse, daß wir uns alle freuen, im neu renovierten Landtagssitzungssaal wieder die Beratungen abhalten zu dürfen. (Allgemeiner Beifall.)

Ebenso begrüße ich die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind Herr Landeshauptmann Dr. Krainer und die Abgeordneten Aichhofer, Kanduth und Präsident Zdarsky.

Die Tagesordnung zur heutigen Sitzung ist Ihnen zugegangen.

Wird dagegen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Mit der heutigen Sitzung wird die Herbsttagung 1984/85 eröffnet. Gemäß Paragraph 58 a der Geschäfts-

ordnung des Steiermärkischen Landtages beginnt diese daher mit einer Fragestunde. Ich beginne daher mit der Aufrufung der eingebrachten Anfragen, die in alphabetischer Reihenfolge der befragten Regierungsmitglieder zu erfolgen hat.

Anfrage Nr. 161 des Herrn Abgeordneten Kurt Hammer an Herrn Landesrat Gerhard Heidinger, betreffend die Wärmeversorgung des Landeskrankenhauses Eisenerz.

Anfrage des Herrn Landtagsabgeordneten Kurt Hammer an Herrn Landesrat Gerhard Heidinger.

Mehrere Häuser der VOEST-Alpine werden durch ein privates Fernheizwerk versorgt. Diese Firma und die Stadtwerke Eisenerz planen die Errichtung eines Motorheizkraftwerkes, womit die Versorgung eines großen Teiles des Wärmebedarfs der Stadt Eisenerz möglich sein wird. Es wurde auch bereits ein Wärmelieferungsvertrag zwischen dem Unternehmen und dem Land Steiermark zur Versorgung des Landeskrankenhauses Eisenerz abgeschlossen.

Können Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, bekanntgeben, welche Unterschiede sich durch diesen Wärmelieferungsvertrag gegenüber der bisherigen Wärmeversorgung des Landeskrankenhauses Eisenerz, sowohl in bezug auf die Umweltbelastung als auch in finanzieller Hinsicht, ergeben?

Präsident: Herr Landesrat Gerhard Heidinger, ich bitte um die Beantwortung der Frage.

Landesrat Gerhard Heidinger: Herr Präsident, Hohes Haus, die Anfrage des Herrn Abgeordneten Kurt Hammer darf ich wie folgt beantworten:

Der Anschluß an das von der Firma Rumpold und den Stadtwerken Eisenerz gemeinsam zu betreibende Fernheizkraftwerk mit Kraft-Wärme-Kupplung gewährleistet eine Verbesserung der Luftqualität im Raum Eisenerz, da die bisherige Ölbefuerung für Raumheizzwecke und die Gebrauchswasseraufbereitung des Krankenhauses wegfallen werden.

Neben diesem positiven Aspekt im Hinblick auf die Umweltbelastung ergibt sich auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht ein Vorteil. Durch den Abschluß des Wärmelieferungsübereinkommens kann die mittlerweile notwendige Erneuerung der veralteten Kesselanlagen entfallen. Die zur Sanierung der Kesselanlagen veranschlagten Kosten betragen 960.000 Schilling. Die Anschlußkosten betragen hingegen 720.000 Schilling exklusive Mehrwertsteuer und stellen einen einmaligen, nicht rückzahlbaren Baukostenbeitrag dar. Die Differenz zu den Sanierungskosten beträgt daher 240.000 Schilling.

Auf Grund der Grund- und Arbeitspreise im Wärmelieferungsvertrag ist auch im Vergleich zur bisherigen Wärmeversorgung mit laufenden Kosteneinsparungen zu rechnen.

Präsident: Eine Zusatzfrage wird nicht gestellt.

Anfrage Nr. 162 des Herrn Abgeordneten Georg Hammerl an Herrn Landesrat Gerhard Heidinger, betreffend die Entsorgung des krankenhausspezifischen Abfalls und der Kunststoffe, die im Landeskrankenhaus Graz anfallen.

Anfrage des Herrn Landtagsabgeordneten Georg Hammerl an Herrn Landesrat Gerhard Heidinger.

Im Zusammenhang mit der Müllverbrennung des Landeskrankenhauses Graz kam es in der Vergangenheit mehrfach zu Anrainerbeschwerden. Besondere Probleme ergaben sich mit der Verbrennung von Kunststoffen und Plastikmaterialien, die eine gesundheitsschädliche und die Umwelt stark belastende Emission verursacht.

Können Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, mitteilen, in welcher Form die Entsorgung des krankenhausspezifischen Abfalls und der Kunststoffe, die im Landeskrankenhaus Graz anfallen, erfolgt?

Präsident: Herr Landesrat Gerhard Heidinger, ich bitte, die Frage zu beantworten.

Landesrat Gerhard Heidinger: Die Anfrage des Herrn Abgeordneten Georg Hammerl darf ich wie folgt beantworten:

Auf Grund des Beschlusses der Steiermärkischen Landesregierung vom 17. September 1984 wurde die Firma Roth in Gnas mit der Entsorgung des krankenhausspezifischen Abfalls und der Kunststoffe, welche im Landeskrankenhaus Graz anfallen, ab 1. Oktober 1984 auf die Dauer von drei Jahren beauftragt. Mit 29. September 1984 begann die in Zusammenarbeit mit dem Landeshygieniker ausgearbeitete Mülltrennung in den Abteilungen des Landeskrankenhauses Graz und wurde mit diesem Zeitpunkt die Müllverbrennungsanlage des Landeskrankenhauses stillgelegt.

Um jedoch das Abfallproblem einer endgültigen Lösung zuführen zu können, wurde bereits über Auftrag der Steiermärkischen Landesregierung eine Sonderabfallverbrennungsanlage nach dem Pyrolysesystem mit Abgaswäsche projektiert. Derzeit befindet sich die bezüglich der neuen Anlage vom Institut für Umweltforschung erstellte Standortbewertung in Prüfung. Vom Prüfungsergebnis wird die weitere Vorgehensweise abhängen. Ich möchte jedoch in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß sich der Landeshygieniker erst kürzlich für die Entsorgung des krankenhausspezifischen Abfalls durch eine Abfallverbrennungsanlage nach dem Pyrolysesystem ausgesprochen hat.

Präsident: Keine Zusatzfrage.

Anfrage Nr. 164 des Herrn Abgeordneten Franz Kollmann an Herrn Landesrat Professor Kurt Jungwirth, betreffend die Landesausstellung 1984 „Erz und Eisen in der Grünen Mark“.

Anfrage des Herrn Landtagsabgeordneten Franz Kollmann an Herrn Landesrat Prof. Kurt Jungwirth.

Die Landesausstellung 1984 „Erz und Eisen in der Grünen Mark“ hat in der Steiermark und weit darüber hinaus außerordentlich positives Echo gefunden.

Können Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, bereits jetzt eine vorläufige Bilanz ziehen und mitteilen, ob es Ihnen gelungen ist, beim Bundesminister für Unterricht und Kunst eine Aufstockung der bescheidenen finanziellen Beihilfe für die Abwicklung des umfangreichen Rahmenprogrammes zu erreichen?

Präsident: Herr Landesrat Professor Jungwirth, ich bitte um die Beantwortung der Frage.

Landesrat Prof. Jungwirth: Herr Präsident, Hohes Haus!

Zu dieser Anfrage kann ich folgendes mitteilen:

Bis gestern haben rund 192.000 Menschen die Landesausstellung in Eisenerz besucht. Wir haben sie um 14 Tage bis zum 28. Oktober verlängert auf Wunsch der Gemeinde und der Bevölkerung in Eisenerz und haben berechtigte Hoffnung, die Schallmauer von 200.000 Besuchern zu durchbrechen. Wir können schon jetzt sagen, daß dank der hervorragenden Mitwirkung der Stadtgemeinde Eisenerz und auch der Bevölkerung, die sich mit der Landesausstellung identifiziert hat, diesem Unternehmen wirklich ein voller Erfolg beschieden ist. Dazu hat auch das umfangreiche Rahmenprogramm, das in Eisenerz organisiert wurde, sicherlich beigetragen. Was die Finanzierung des Programmes betrifft, gibt es bisher vom Unterrichtsministerium nichts Neues. Über den Beitrag von 100.000 Schilling, von dem ich schon einmal berichtet habe, hinaus ist bisher keine weitere Unterstützung in Eisenerz eingetroffen.

Präsident: Eine Zusatzfrage wird nicht gestellt.

Anfrage Nr. 165 des Herrn Abgeordneten Josef Schrammel an Herrn Landesrat Prof. Kurt Jungwirth, betreffend die zahnärztliche Versorgung in der Steiermark.

Anfrage des Herrn Landtagsabgeordneten Josef Schrammel an Herrn Landesrat Prof. Kurt Jungwirth.

Sehr geehrter Herr Landesrat, wie ist die Versorgung mit Zahnärzten in der Steiermark insgesamt und nach Bezirken aufgliedert geregelt, beziehungsweise wie viele Personen muß im steirischen Durchschnitt und nach Bezirken aufgeteilt ein Zahnarzt betreuen?

Präsident: Herr Landesrat, ich bitte die Anfrage zu beantworten.

Landesrat Prof. Jungwirth: Was die niedergelassenen Zahnärzte betrifft, die einen Vertrag mit der Gebietskrankenkasse haben, sieht die Statistik wie folgt aus:

Der Mittelwert für die gesamte Steiermark mit der Landeshauptstadt Graz inbegriffen ist rund 400.000 Einwohner auf einen Zahnbehandler. Ohne Graz, wo die Verhältnisse etwas besser liegen, ist der Durchschnitt 4400 Einwohner pro Zahnbehandler. Die Bezirke mit der besten Versorgung, ich zitiere nur die drei besten, sind folgende: Knittelfeld mit 2737, Graz-Stadt mit 2930 und Liezen mit 2975 Einwohnern pro Zahnbehandler. Das ist der Stand September 1984, also der neueste Stand. Die Bezirke mit den schlechtesten Werten, ich zitiere wiederum nur drei, das sind die drei schlechtesten, das sind folgende: Hartberg mit 5890, Radkersburg mit 6417 und Fürstenfeld mit 7424 Einwohnern pro niedergelassenem Zahnarzt. Das Bild bessert sich in jenen Bezirken etwas, wo Ambulatorien vorhanden sind, die waren in dieser Statistik nicht einbezogen. Man muß noch dazusagen, daß bekanntlich die Dentisten auslaufen, daß die Gruppe der Dentisten natürlich dadurch überaltert ist. Wir haben noch 110, die im Vertrag mit der Gebietskrankenkasse

stehen, die sich in absehbarer Zeit zurückziehen und auch zu ersetzen sein werden. Freie Planstellen für Zahnbehandler gibt es derzeit in der Steiermark 28. 20 außerhalb von Graz und acht in der Landeshauptstadt, also insgesamt 28. Man kann daher nach wie vor sagen, daß die Steiermark ein Hoffungsland für Zahnbehandler ist.

Präsident: Keine Zusatzfrage.

Anfrage Nr. 166 des Herrn Abgeordneten Dr. Friedrich Pfohl an Herrn Landesrat Dr. Christoph Klausner, betreffend die Nutzung von landeseigenen Räumlichkeiten.

Anfrage des Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Friedrich Pfohl an Herrn Landesrat Dr. Christoph Klausner.

Verschiedene Überlegungen und Planungen werden sehr wesentlich von Unterbringungsmöglichkeiten beeinflusst.

Können Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, eine Auflistung aller ungenutzten Räumlichkeiten im Raume Graz, die sich für ein Büro eignen und im Eigentum des Landes stehen, geben?

Präsident: Herr Landesrat, ich bitte um die Beantwortung der Frage.

Landesrat Dr. Klausner: Hohes Haus, diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Soweit die Rechtsabteilung 10 und die Abteilung für Liegenschaftsverwaltung für landeseigene Räume zuständig sind, kann ich folgenden Überblick geben:

Erstens: Das Gebäude Keesgasse 4 mit drei Geschossen und einer Nutzfläche von rund 1900 Quadratmeter wird derzeit nicht genutzt. Es laufen aber Verhandlungen mit dem Landesrechnungshof und der Hypobank wegen einer Verwendung dieses Gebäudes für ihre Institutionen.

Zweitens: Die landeseigenen Häuser Stempfergasse 3, 4, 5 und 7, die von der Firma Leykam erworben wurden, werden für Bürozwwecke des Landes umgebaut beziehungsweise adaptiert. Die erste Bauetappe mit einer Nutzfläche von 6140 Quadratmeter ist praktisch abgeschlossen. Einige Abteilungen des Amtes der Landesregierung beziehungsweise des Landesbauamtes sind bereits übersiedelt, andere werden demnächst folgen. Die zweite Bauetappe mit einer Restfläche von 3991 Quadratmeter kann erst nach Lösung der Finanzierungsfrage in den kommenden Jahren in Angriff genommen werden.

Drittens: Das Gebäude Karmeliterplatz 3 und 4, in dem seinerzeit das Landesgendarmierkommando untergebracht war, wurde auf Grund der Empfehlung der „Studie des Institutes für Umweltforschung“ dem Landesarchiv zugewiesen. Mit der Fertigstellung des sogenannten Kirchentraktes und eines Seitenflügels ist im nächsten Jahr zu rechnen, so daß ein Teil des Gesamtkomplexes im nächsten Jahr vom Landesarchiv bezogen werden kann.

Viertens: Im Gebäude Mandellstraße 38, dessen erster und zweiter Stock im Wohnungseigentum des Landes stehen, werden noch heuer zwei Räume mit insgesamt rund 25 Quadratmeter frei, die an Vereine oder sonstige Institutionen vermietet werden könnten. Eine Reihe von Interessenten wurde vorgemerkt.

Fünftens: Wie mir der Vorstand der Abteilung für Liegenschaftsverwaltung berichtet, stehen dieser Abteilung keine für Bürozwwecke geeigneten Räume zur Verfügung.

Abschließend verweise ich darauf, daß auch andere Abteilungen des Amtes der Landesregierung, die mir nicht unterstehen, Gebäude des Landes verwalten. Inwiefern dort Räume leerstehen und allenfalls für Bürozwwecke genutzt werden könnten, entzieht sich meiner Kenntnis.

Präsident: Keine Zusatzfrage.

Anfrage Nr. 167 des Herrn Abgeordneten Hermann Ritzinger an Herrn Landesrat Dr. Christoph Klausner, betreffend die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben.

Anfrage des Herrn Landtagsabgeordneten Hermann Ritzinger an Herrn Landesrat Dr. Christoph Klausner.

Eine wesentliche Voraussetzung zur Erfüllung des Landesbudgets 1984 ist das Wissen, ob sich die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben über oder unter dem Landesvoranschlag 1984 bewegen.

Sind Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, in der Lage bekanntzugeben, wie sich der Anteil an den gemeinsamen Bundesabgaben in den ersten neun Monaten dieses Jahres im Verhältnis zum Landesvoranschlag 1984 entwickelt hat?

Präsident: Herr Landesrat Dr. Klausner, ich bitte die Anfrage zu beantworten.

Landesrat Dr. Klausner: Hohes Haus!

Die Anfrage des Herrn Abgeordneten Hermann Ritzinger, wie sich der Anteil an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben in den ersten neun Monaten dieses Jahres im Verhältnis zum Landesvoranschlag 1984 entwickelt hat, beantworte ich wie folgt:

Von den im Jahre 1984 veranschlagten Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben von 6.661 Millionen Schilling sind in den ersten neun Monaten rund 5.129,9 Millionen Schilling effektiv hereingekommen, das sind 77 Prozent des veranschlagten Jahresbetrages.

Präsident: Eine Zusatzfrage?

Abg. Ritzinger: Herr Landesrat! Nach dem Verlesen Ihrer Antwort frage ich Sie, nachdem ja 77 Prozent der Ertragsanteile eingegangen sind, das sind mehr als fünf Sechstel: Wann gedenken Sie das letzte Sechstel der Ertragsanteile zur Verteilung im Sinne des Budgets 1984 freizugeben?

Landesrat Dr. Klausner: Eine generelle Freigabe ist in der gestrigen Regierungssitzung erfolgt.

Präsident: Anfrage Nr. 168 des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Josef Riegler, betreffend Maßnahmen, um der fortschreitenden Verschlechterung des Bodens im landwirtschaftlichen Bereich Einhalt zu gebieten.

Anfrage des Herrn Landtagsabgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Josef Riegler.

Die ständig fortschreitende Chemisierung in der Landwirtschaft und die Versiegelung der Böden durch schwere landwirtschaftliche Maschinen hat zu einem dramatischen Absinken der Qualität des Bodens geführt.

Sehr geehrter Herr Landesrat, welche Maßnahmen können Sie einleiten, um der fortschreitenden Verschlechterung des Bodens im landwirtschaftlichen Bereich Einhalt zu gebieten?

Präsident: Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler, ich bitte um die Beantwortung der Frage.

Landesrat Dipl.-Ing. Josef Riegler: Herr Präsident, Hohes Haus!

Die Anfrage des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura beantworte ich wie folgt:

Die in der Anfrage aufgezeigte Entwicklung ist bekannt und bereitet sowohl den Bauern als auch den landwirtschaftlichen Fach- und Beratungskräften Sorgen. Trotzdem warne ich vor einer Dramatisierung, weil sie zu einer unnötigen Verunsicherung der Konsumenten und zu einer unberechtigten Pauschalverurteilung unserer Bauern führen könnte.

Ich möchte nur auf einige Aktivitäten des Landes und der Landwirtschaftskammer verweisen, welche zur nachhaltigen Sicherung eines gesunden Bodens beitragen sollen:

Im Mai dieses Jahres hat die steirische Landwirtschaftskammer zu diesem Problem eine internationale Fachtagung veranstaltet. Weitere Seminare und Fachveranstaltungen tragen dazu bei, den Bauern die Notwendigkeit einer optimalen Bewirtschaftung verstärkt bewußt zu machen.

Die seit Jahren von der Abteilung für landwirtschaftliches Schulwesen, der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft und der Landwirtschaftlich-chemischen Versuchs- und Untersuchungsanstalt durchgeführte Versuchsreihe zur Erprobung von boden- und umweltschonenden Produktionsverfahren unter besonderer Berücksichtigung der Fruchtfolge, der Saattechnik, der Optimierung des Düngemiteleinsatzes und des integrierten Pflanzenschutzes tragen wesentlich zur Entwicklung einer schonenden Bodenbewirtschaftung bei. In Zusammenarbeit zwischen der Landwirtschaftlich-chemischen Versuchs- und Untersuchungsanstalt und der Abteilung für landwirtschaftliches Schulwesen wurden spezielle Methoden zur Vermeidung von Überdüngungen entwickelt.

Die aufgezeigten Beispiele sollen zeigen, daß von einer Einleitung von Maßnahmen zur Hintanhaltung der fortschreitenden Verschlechterung des Bodens nicht die Rede sein kann, zumal die bisher gesetzten Aktivitäten schon wesentliche Erfolge gezeigt haben.

Ich habe aber bereits im Sommer dieses Jahres veranlaßt, daß von der Landwirtschaftlich-chemischen Versuchs- und Untersuchungsanstalt ein spezielles Programm zur noch intensiveren Behandlung dieses Problems erstellt wird. Zusätzliche Aktivitäten werden allerdings auch einen zusätzlichen Sach- und Personalaufwand erfordern.

Präsident: Eine Zusatzfrage?

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Herr Landesrat! Gerade der ökologische Landbau ist ein Ausweg aus diesem Dilemma. Ich frage Sie: Sind Sie bereit, die meiner Meinung nach mangelhafte Dringlichkeit bei der Behandlung dieses Problems in der Kammer abzustellen beziehungsweise zu verbessern und zu ändern und hier in diesem Land dem ökologischen Landbau größeres Gewicht zu geben?

Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: Herr Abgeordneter, ich darf darauf hinweisen – obwohl ich hier nicht Vertreter der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft bin, aber aus Kenntnis der Sachlage –, daß gerade die steirische Landwirtschaftskammer hier Leistungen erbracht hat, die über Österreich hinausgehen: in der Frage der umweltschonenden Landbewirtschaftung. Es war die steirische Landwirtschaftskammer, die mit integriertem Pflanzenschutz begonnen hat, den Einsatz der Chemie auf ein Mindestmaß zurückzuführen. Es war die steirische Landwirtschaftskammer, die als erste der österreichischen Landwirtschaftskammern einen speziellen Berater zur Unterstützung des sogenannten „biologischen Landbaues.“ eingesetzt hat, und ich persönlich bin der Auffassung, daß natürlich auch der in der besonders ausgeprägten Form betriebene biologische Landbau in der Beratung und Förderung die volle Unterstützung, wie die übrige Landbewirtschaftung, erfahren soll. Das Hauptproblem liegt aber nicht darin, sondern in der Notwendigkeit, daß die gesamte Landbewirtschaftung auf eine möglichst ökologische, das heißt umweltschonende Basis gebracht wird. Hier sind sicher neue wissenschaftliche Entwicklungen genauso notwendig wie die Umsetzung dieser Kenntnisse in die praktische Bewirtschaftung.

Präsident: Anfrage Nr. 163 des Herrn Abgeordneten Franz Zellnig an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Josef Riegler, betreffend Änderung des Länderschlüssels zuungunsten der Steiermark.

Anfrage des Herrn Landtagsabgeordneten Franz Zellnig an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Josef Riegler.

Im Herbst 1984 ist der Fleisch- und Viehabsatz, bedingt durch das Abschlachten von zirka 3,5 Millionen Milchkühen im Hinblick auf die Einführung der Milchkontingentierung der EG., besonders schwierig. Außerdem ist das Inlandangebot an Rindern gegenüber dem Vorjahr um zirka 10 bis 15 Prozent höher. Der Landwirtschaftsminister hat dieser schwierigen Lage der österreichischen Viehhalter durch die Bewilligung von mehr Exporten Rechnung getragen, wobei die Steigerung bis Ende August fast 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr beträgt. Leider profitiert die Steiermark nicht zur Gänze von dieser positiven Maßnahme, die der Landwirtschaftsminister im Interesse der Bauern gesetzt hat. In der Sitzung der Vieh- und Fleischkommission am 28. August 1984 wurde nämlich ohne vorherige Ankündigung für die anderen Sozialpartner über Antrag des Kommissionsvorsitzenden Dr. Kaiser zuungunsten der Steiermark von derzeit 22 auf 21 Prozent abgesenkt. Das bedeutet, daß die steirischen Viehhalter zirka 800 bis 1000 Stück weniger exportieren können.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, die Frage, warum der Länderschlüssel zuungunsten der Steiermark um ein Prozent geändert wurde.

Präsident: Herr Landesrat, ich bitte die Anfrage zu beantworten.

Landesrat Dipl.-Ing. Josef Riegler: Die Anfrage des Herrn Abgeordneten Franz Zellnig beantworte ich wie folgt:

Herr Abgeordneter, der Ordnung halber stelle ich zunächst fest, daß es sich bei dem der Anfrage zugrunde liegenden Problem um eine einstimmige Entscheidung der sozialpartnerschaftlich zusammengesetzten Vieh- und Fleischkommission handelt, wobei die Steiermärkische Landesregierung auf diese Entscheidung keinen Einfluß hatte.

Die Vieh- und Fleischkommission hat mitgeteilt, daß ab 28. August 1984 gewisse Änderungen bei der Festsetzung des Länderschlüssels für den Viehexport eingetreten sind. Dieser Länderschlüssel bezieht sich nicht auf das Zucht- und Nutzvieh sowie auf die GATT-Kontingente, sondern ausschließlich auf das Schlachtvieh und Rindfleisch. Solche Anpassungen im Exportschlüssel werden in größeren Abständen vorgenommen, und zwar dann, wenn sich infolge einer längerfristigen Verschiebung der Produktionsanteile der einzelnen Bundesländer eine adäquate Anpassung im Exportschlüssel als notwendig erweist.

Seit 1975 ist der Anteil der Steiermark an der gesamtösterreichischen Schweineproduktion deutlich gestiegen, der Anteil an der Rinderproduktion ist hingegen zurückgegangen. Die Steiermark hat derzeit 17,8 Prozent der gesamtösterreichischen Rinderproduktion, Oberösterreich hat 29 Prozent. Die neuen Exportanteile belaufen sich für die Steiermark auf 21 Prozent, während der Anteil Oberösterreichs von 22 Prozent auf 25 Prozent angehoben wurde, wobei je ein Prozentpunkt von Salzburg, Kärnten und Steiermark umgeschichtet wurde. Der Grund für die Änderung des Exportschlüssels lag in dem Bemühen, eine bessere Anpassung der Exportkontingente an die Produktionsverhältnisse in den Bundesländern zu erreichen, um so zu einer gleichmäßigen Entlastung des österreichischen Marktes zu kommen.

Aus der Sicht der Steiermark sind wir über diese Änderung natürlich nicht erfreut. Andererseits muß im Interesse der Sachlichkeit darauf hingewiesen werden, daß wir in den kritischen Wochen im Herbst – wenn als Folge der Almmärkte das Viehangebot in der Steiermark überdurchschnittlich stark ist – zusätzliche Exportkontingente erhalten. In Gesprächen mit den Vertretern der Viehkommission wurde vereinbart, daß solche Zusatzkontingente für die Steiermark im Herbst im notwendigen Umfang bereitgestellt werden. Damit haben wir erreicht, daß die erforderlichen Exporte durchgeführt werden können. Ich möchte ausdrücklich festhalten, Herr Abgeordneter, das Problem liegt daher nicht im Exportschlüssel, sondern, wenn Probleme auftreten, so liegen sie in der ungenügenden Bereitstellung von Stützungsmitteln durch den Landwirtschaftsminister.

Nachdem die Anfrage mit Recht auf die schwierige Situation beim Viehabsatz verweist, darf ich dazu noch folgendes festhalten: Infolge der Lieferbegrenzung in Österreich bei Milch und des Rückganges beim Rindfleischkonsum müssen heuer um zirka 50.000 Stück Rinder mehr exportiert werden. Andererseits, darauf verweist auch die Anfrage, sind die Absatzmöglichkei-

ten in die EG. durch die dortigen Maßnahmen wesentlich erschwert worden. Die Agrarreferenten der Bundesländer haben bereits im März dieses Jahres in Gesprächen mit dem Landwirtschaftsminister entsprechende Vorkehrungen vorgeschlagen. Im August habe ich einen steirischen Viehgipfel mit der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft und den maßgeblichen Repräsentanten des Viehhandels einberufen, um die für die Bewältigung des Herbstviehabsatzes notwendigen Maßnahmen vorzubereiten.

Besonders große Bedeutung kam dabei möglichst zügigen Exporten nach Libyen beziehungsweise nach Saudi-Arabien zu. Als zusätzliche steirische Initiative zur Bewältigung der für das Einkommen unserer Bergbauern so entscheidenden Herbstviehmärkte haben wir auf Vorschlag der steirischen Landwirtschaftskammer eine sogenannte „Ochsenverwertungsaktion“ gestartet. Dadurch konnten die Preise einigermaßen stabilisiert und ein Zusammenbruch der Märkte unterbunden werden. Mit Stichtag 8. Oktober 1984 hat nun der Landwirtschaftsminister die Exportstützungen für den orientalischen Raum radikal gekürzt. Diese Exporte sind dadurch zum Erliegen gekommen. Das war natürlich ein schwerer Schlag für die Bergbauern, die ohnehin unter der schlechteren Futtersituation und den ungünstigen Witterungsverhältnissen zu leiden haben. Bei einer neuerlichen Vorsprache der Agrarreferenten und der Präsidenten der Landwirtschaftskammern am 11. Oktober dieses Jahres beim Landwirtschaftsminister wurde von uns die Weiterführung der sogenannten „Ochsenverwertungsaktion“, diplomatische Aktivitäten zur Beseitigung der Abfertigungserschwernisse für die Exporte nach Italien sowie die Wiederherstellung der vor dem 8. Oktober bestehenden Stützungsätze dringend verlangt. Das Grundproblem, Herr Abgeordneter, liegt aber darin, daß seinerzeit, im Jahre 1972, beim Abschluß des Abkommens mit der EG., mit der Ausklammerung der Landwirtschaft vom Bund flankierende Maßnahmen als Entschädigung für die Landwirtschaft zugesagt wurden, diese Maßnahmen sind teilweise realisiert worden, jedoch nicht im erforderlichen Ausmaß, so daß die Länder speziell für die Förderung des Viehabsatzes im vermehrten Ausmaß aufkommen müssen. Allein 1984 wird sich für das Land Steiermark statt der im Budget vorgesehenen 38 Millionen Schilling ein Erfordernis von 55 Millionen Schilling ergeben.

Präsident: Zusatzfrage wird nicht gestellt.

Anfrage Nr. 169 des Herrn Abgeordneten Mag. Ludwig Rader an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Franz Wegart, betreffend Objektivierungsrichtlinien für die Aufnahme in den öffentlichen Dienst.

Anfrage des Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Ludwig Rader an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Franz Wegart.

Der Steiermärkische Landtag hat im Dezember vergangenen Jahres eine Resolution beschlossen, wonach die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert wird, Objektivierungsrichtlinien für die Aufnahme in den öffentlichen Dienst auszuarbeiten, bei der Einstellung anzuwenden und den Landtag zu informieren.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, können Sie bekanntgeben, wann diese Objektivierungsrichtlinien dem Landtag vorgelegt werden?

Präsident: Herr Landeshauptmann, ich bitte um die Beantwortung der Frage.

Landeshauptmannstellvertreter Wegart: Herr Präsident! Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Die Erstellung von Objektivierungsrichtlinien für die Aufnahme in den öffentlichen Dienst bedarf gründlicher Überlegungen und Vorbereitungen, um einerseits ein möglichst gerechtes System zu finden, welches fachliche und soziale Gesichtspunkte entsprechend berücksichtigt, andererseits aber auch eine gleichmäßige und gerechte Behandlung aller sichert.

Von der Personalabteilung werden in verschiedenen Bereichen zur Zeit verschiedene solcher Kriterien angewendet. Bei Turnusärzten erfolgt die Einstellung strikt nach dem Promotionsdatum, bei Bürokaufmannslehrlingen nach einem eigens von der Personalabteilung ausgearbeiteten Eignungstest, ebenso bei Schreibkräften. Die Aufnahme der Krankenschwestern erfolgte heuer erstmals nach dem Kriterium der Schulleistung. Da heuer erstmals nicht alle Schwestern aufgenommen werden konnten, wurden jene, die mit Auszeichnung abgeschlossen haben, bevorzugt. Bei Juristen und Diplomingenieuren der Baudirektion hingegen wird eine praktische Erprobung durch ein auf zwei Jahre befristetes Dienstverhältnis mit einem Ausbildungsturnus bevorzugt. Eine ähnliche Vorgangsweise ist bei Maturanten der AHS in Ausarbeitung. Nach Ablauf eines gewissen Zeitpunktes soll die Effektivität der verschiedenen Systeme verglichen und allenfalls den Bedürfnissen angepaßt auf weitere Bereiche ausgedehnt werden.

Ein besonderes Problem stellt die gleichmäßige Behandlung aller Bewerbungen rein technisch durch die übergroße Anzahl einlaufender Ansuchen dar. Im Jahre 1983 sind rund 9000 schriftliche Bewerbungen in der Personalabteilung eingelangt. In der Bewerberkartei sind die Bewerbungen der letzten drei Jahre und zusätzlich aller jener Bewerber geführt, die sich innerhalb der letzten drei Jahre noch einmal bemerkbar gemacht haben, das heißt, es werden dort durch Lochreiterkarteien händisch rund 30.000 Ansuchen verwaltet. Diese Kartei läßt leider eine Differenzierung nach Berufsgruppen nicht in der wünschenswerten Vielzahl zu, da nur eine Trennung von 31 verschiedenen Sparten möglich ist. Um hier Abhilfe zu schaffen, ist die Anschaffung einer EDV-Anlage geplant, wobei die erforderlichen Umstellungsmodalitäten bereits in Angriff genommen wurden.

Die Landespersonalvertretung hat sich eindeutig gegen die Schaffung einer Personalkommission ausgesprochen und ist vielmehr dafür eingetreten, die Mitwirkungsrechte der Personalvertretung bei der Einstellung von Bediensteten in dem in Ausarbeitung befindlichen Personalvertretungsgesetz zu verstärken.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß alle Personalangelegenheiten in den jeweiligen Sitzungen der Steiermärkischen Landesregierung beantragt und bisher mit wenigen Ausnahmen einstimmig beschlossen worden sind.

Präsident: Zusatzfrage?

Abg. Mag. Rader: Herr Landeshauptmann, ich bestreite nicht Ihre Bemühungen, möglichst objektiv

vorzugehen. Die Tatsache, daß dieser Landtag aber fast alljährlich im Dezember die Vorlage von Objektivierungsrichtlinien fordert, scheint mir dafür zu sprechen, daß hier ein Bedarf besteht. Wäre es nicht doch möglich, damit erkennbar ist für jeden einzelnen, der sich in der Landesregierung um eine Position bewirbt, Objektivierungsrichtlinien vorzulegen, um damit dem langjährigen, immer wieder wiederholten Wunsch dieses Hauses zu entsprechen?

Landeshauptmannstellvertreter Wegart: Ich kann Ihnen da nur mit einem Satz die Sache beantworten: Gut Ding braucht Weile.

Präsident: Damit sind die heutigen Anfragen erledigt.

Folgende Geschäftsstücke liegen heute auf, die ich wie folgt zuweise:

der Landesregierung:

den Antrag, Einl.-Zahl 602/1, der Abgeordneten Präsident Klasnic, Dipl.-Ing. Schaller, Dr. Kalnoky und Dr. Pfohl, betreffend die Einrichtung eines „Naturparkes Schöckl“;

den Antrag, Einl.-Zahl 603/1, der Abgeordneten Ritzinger, Grillitsch, Dipl.-Ing. Dr. Dornik, Kollmann und Prof. Dr. Eichinger, betreffend den raschen Ausbau der Landesstraße 512 von Oberwölz in Richtung St. Peter am Kammerberg;

den Antrag, Einl.-Zahl 604/1, der Abgeordneten Kanduth, Kröll, Schwab und Ritzinger, betreffend eine Landesausstellung „Barocke Kunst in der Steiermark“;

den Antrag, Einl.-Zahl 605/1, der Abgeordneten Dr. Maitz, Präsident Klasnic, Dr. Dorfer und Dr. Hirschmann, betreffend Verbilligung des Dieseltreibstoffpreises;

den Antrag, Einl.-Zahl 606/1, der Abgeordneten Loidl, Rainer, Preamberger, Halper und Genossen, betreffend ein Landessonderwohnbauprogramm 1985;

den Antrag, Einl.-Zahl 607/1, der Abgeordneten Kohlhammer, Loidl, Meyer, Erhart und Genossen, betreffend die Erhöhung der Mittel für die Eigenheimförderung im Budget 1985;

den Antrag, Einl.-Zahl 608/1, der Abgeordneten Loidl, Dr. Strenitz, Hammerl, Rainer und Genossen, betreffend die Novellierung der Paragraphen 25 Abs. 3 und 6, 31 Abs. 2, 33 Abs. 2, 39 Abs. 9, 46 Abs. 1, 47 Abs. 2 lit. b und e, 48 Abs. 1 und 4, 48 a Abs. 1 und 2 der Steiermärkischen Bauordnung;

den Antrag, Einl.-Zahl 609/1, der Abgeordneten Halper, Loidl, Sponer, Kärner und Genossen, betreffend die Vorlage eines Berichtes über den Erfolg des 10-Jahres-Landesstraßenbauprogrammes an den Steiermärkischen Landtag und die Erstellung eines weiteren 10-Jahres-Landesstraßenbauprogrammes;

den Antrag, Einl.-Zahl 610/1, der Abgeordneten Halper, Sponer, Kohlhammer, Kirner und Genossen, betreffend die Durchführung der Landesausstellung 1988 im weststeirischen Kohlenrevier;

den Antrag, Einl.-Zahl 611/1, der Abgeordneten Trampusch, Ofner, Sponer, Erhart und Genossen, betreffend die ordnungsgemäße Entsorgung von Abfällen bei Wasserkraftwerken;

den Antrag, Einl.-Zahl 612/1, der Abgeordneten Kohlhammer, Trampusch, Ofner, Halper und Genossen, betreffend die Verwertung der seitens des Landes abgelösten Grundstücke;

den Antrag, Einl.-Zahl 613/1, der Abgeordneten Kirner, Hammer, Meyer, Tschernitz und Genossen, betreffend die rasche Sanierung des Trabocher Badeses;

den Antrag, Einl.-Zahl 614/1, der Abgeordneten Freitag, Dr. Wabl, Prutsch, Hammer und Genossen, betreffend die Sanierung der Wasserqualität der Raab;

den Antrag, Einl.-Zahl 615/1, der Abgeordneten Schrammel, Dipl.-Ing. Schaller, Pötl und Neuhold, betreffend die Durchführung einer Landesausstellung „Tabak“ in Fürstenfeld;

den Antrag, Einl.-Zahl 616/1, der Abgeordneten Grillitsch, Dipl.-Ing. Dr. Dornik, Ritzinger und Kollmann, betreffend die Durchführung der Landesausstellung 1988 in Judenburg;

den Antrag, Einl.-Zahl 617/1, der Abgeordneten Pinegger, Dr. Pfohl, Dr. Kalnoky und Aichhofer, betreffend die Durchführung der Landesausstellung 1988 in Bärnbach.

dem Finanz-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 503/5, zum Antrag der Abgeordneten Kirner, Dr. Wabl, Hammerl, Loidl und Genossen, betreffend den sparsamen Einsatz von Landesmitteln bei Empfängen;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 618/1, über die Finanzierungszusicherung an die Stadtgemeinde Weiz für den Um- und Ausbau des gleichnamigen Krankenhauses;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 619/1, über die Finanzierungszusicherung an den Konvent der Elisabethinen in Graz für den weiteren Zubau beim gleichnamigen Krankenhaus in Graz, Elisabethinergasse 14;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 620/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Wohnung Nr. 4, Bad Radkersburg, Neubastraße 2, an Peter Maierhofer zum Preis von 57.580 Schilling;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 621/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Grundstücke Nr. 59, Baufläche mit Straßenwärterhaus Rothleiten Nr. 46, und Nr. 109/9, Acker, im Ausmaß von 974 Quadratmeter, zugehörig zu der EZ. 50, KG. Rothleiten, an Kurt Liebmann zum Kaufpreis von 170.000 Schilling;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 622/1, betreffend den Abverkauf eines Grundstücksteiles im Ausmaß von 953 Quadratmeter mit dem darauf befindlichen Gebäude „Sägewinzerei“ aus der EZ. 11, KG. Schloßberg, im Eigentum des Landes Steiermark stehend, an Friedrich Weiß, Schloßberg 28, 8463 Leutschach, zu einem Gesamtkaufschilling in Höhe von 320.000 Schilling;

die Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 623/1 bis 663/1, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahmen sowie Objektseinelösungen für den Landesstraßenbau zufolge angeschlossenen, einen integrierenden Teil dieser Vorlage bildenden Verzeichnis von 40 Grundablösen im Gesamtbetrag von 22,734.117,90 Schilling;

- die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 664/1, betreffend
1. den Ankauf der Liegenschaft EZ. 236, KG. Straß, GB. Leibnitz, bestehend aus dem Grundstück Nr. 403/1, Acker, im unverbürgten Flächenausmaß von 1020 Quadratmeter zu einem Kaufpreis von 102.000 Schilling zuzüglich 10 Prozent Grunderwerbsnebenkosten, insgesamt also um den Betrag von 112.200 Schilling, durch das Land Steiermark und
 2. die Einräumung einer unwiderruflichen Option seitens des Landes Steiermark an die Firma Servas Ges. m. b. H., Schuhfabrik, Liezen und Straß, zum Erwerb der Liegenschaften EZ. 568 und 236, je KG. Straß, GB. Leibnitz, ab 1. August 1986 zu einem Kaufpreis von insgesamt 3,112.200 Schilling;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 666/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1983 (2. Bericht – Abschlußbericht – für das Rechnungsjahr 1983);

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 669/1, über den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 92, KG. Maßweg, Gerichtsbezirk Knittelfeld, an die Ehegatten Bruno und Michaela Zuber;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 670/1, über den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 204, KG. Berndorf, Gerichtsbezirk Bruck/Mur, an die Ehegatten Rudolf und Angela Rucker;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 671/1, betreffend Landes-Hypothekenbank Steiermark, Jahresabschluß, Geschäftsbericht und Prüfungsbericht für 1983;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 673/1, über den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 929, KG. Fürstenfeld, Gerichtsbezirk Fürstenfeld, an Frau Franziska Hofer, 8280 Fürstenfeld, Ledergasse 2;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 674/1, über den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 226, KG. Fürstenfeld, Gerichtsbezirk Fürstenfeld, an die Ehegatten Patriz und Erika Maierhofer, 8280 Fürstenfeld, Burgauer Straße 8;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 675/1, über den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 1469, KG. Fürstenfeld, Gerichtsbezirk Fürstenfeld, an die Ehegatten Josef und Anna Matzer, 8280 Fürstenfeld, Jahnstraße 22.

dem Gemeinde-, Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 321/5, zur Vereinbarung gemäß Artikel 15 a Bundes-Verfassungsgesetz, mit der die Vereinbarung über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl geändert wird;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 509/6, zum Antrag der Abgeordneten Trampusch, Karrer, Ofner, Hammerl und Genossen, betreffend die Übertragung der

Personalhoheit über jene Bediensteten, die in Heimen von Sozialhilfeverbänden tätig sind, an die Sozialhilfeverbände;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 676/1, Beilage Nr. 63, Gesetz, mit dem das Statut der Landeshauptstadt Graz 1967 geändert wird.

dem Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 45/39, zum Beschluß Nr. 28 des Steiermärkischen Landtages vom 18. Dezember 1981 über den Antrag der Abgeordneten Ing. Turek, Dr. Heidinger, Fuchs, Trampusch und Prutsch, betreffend die Ausarbeitung eines Alarmplanes auf Grund der Errichtung eines Atomkraftwerkes in Krsko, Slowenien;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 435/7, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichinger, DDr. Steiner, Ritzinger und Kollmann, betreffend die Überprüfung des Lärmschutzes im Bereich der S 6, Semmering-Schnellstraße, Kindberg–St. Marein;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 511/4, zum Antrag der Abgeordneten Präsident Zdarsky, Meyer, Erhart, Dr. Horvatek und Genossen, betreffend die Fort- und Weiterbildung des Krankenpflegepersonals in den Krankenpflegeschulen des Landes in der Steiermark;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 526/4, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Dipl.-Ing. Schaller, Schwab und Kröll, betreffend die Anmeldung von steirischen Projekten zur Finanzierung aus dem neu geschaffenen Umweltschutzfonds des Bundes;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 672/1, Beilage Nr. 62, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Ölfeuerungsgesetz 1973 geändert wird.

dem Kontroll-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 668/1, betreffend den Landesrechnungsabschluß 1983;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 677/1, betreffend den Bericht des Rechnungshofes vom 29. Dezember 1983 über das Ergebnis seiner Gebarungüberprüfung der Jahre 1976 bis 1980 der Grazer Stadtwerke AG., die Äußerung der Landeshauptstadt Graz hiezu vom 5. April 1984 sowie die Gegenäußerung des Rechnungshofes vom 6. Juli 1984.

dem Ausschuß für Landeskranken-, Heil- und Pflegeanstalten:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 45/38, zum Beschluß Nr. 33 des Steiermärkischen Landtages vom 18. Dezember 1981 über den Antrag der Abgeordneten Buchberger, DDr. Stepantschitz, Kollmann, Schwab und Ing. Turek, betreffend die den Landeskrankenhäusern angeschlossenen Landwirtschaften in Zukunft nicht mehr selbst zu betreiben, sie zu verkaufen oder zu verpachten und so eine Bewirtschaftung durch Landwirte zu ermöglichen;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 362/5, zum Antrag der Abgeordneten Präsident Klasnic, Dr. Kalnoky, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Stoppacher und Pörtl, betreffend Sanitärräume der Frauenklinik im Landeskrankenhaus Graz, 1. Stock;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 665/1, Beilage Nr. 61, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Krankenanstaltengesetz neuerlich geändert wird (6. KALG-Novelle).

dem Landwirtschafts-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 171/6, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Kanduth, Ritzinger und Kröll, betreffend die Erhaltung und den modernen Ausbau der Bundesforstsäge in Neuberg.

dem Sozial-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 499/4, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Präsident Klasnic, Schwab und Pörtl, betreffend eine Vorschußleistung durch den Staat, wenn der Kindesvater durch Arbeitslosigkeit oder sonstige Umstände nicht die volle Höhe der Alimentationszahlung entrichten kann.

dem Verkehrswirtschaftlichen Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 296/6, zum Antrag der Abgeordneten Pörtl, Lind, Schrammel, Neuhold, Harntodt, Buchberger und Stoppacher, betreffend die Verbesserung der Zugverbindungen für Pendler aus der Oststeiermark und der Bundeshauptstadt Wien;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 443/4, zum Antrag der Abgeordneten Freitag, Prutsch, Wabl, Loidl und Genossen, betreffend die Errichtung von Sicherheitsmaßnahmen bei der Bahnübersetzung zwischen Raabau und Ertlermühle im Zuge der Bahnlinie Feldbach-Fehring bzw. der Landesstraße L 226.

dem Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 563/3, zum Antrag der Abgeordneten Brandl, Erhart, Freitag, Halper, Hammer, Hammerl, Dr. Horvatek, Ileschitz, Karrer, Kirner, Kohlhammer, Loidl, Meyer, Ofner, Prensberger, Prutsch, Rainer, Sponer, Dr. Strenitz, Trampusch, Tschernitz, Dr. Wabl, Präsident Zdarsky und Zellnig, betreffend die Beschlussfassung eines Steirischen Pendlerbeihilfengesetzes.

dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 667/1, zum Beschluß Nr. 323 des Steiermärkischen Landtages vom 12. Dezember 1980 aus der IX. Gesetzgebungsperiode, betreffend Aufforderung an die Steiermärkische Landesregierung, dem Steiermärkischen Landtag alljährlich einen Bericht über die Entwicklung von Alternativenergien und die Förderung von derartigen Projekten und gleichzeitig einen Bericht über Maßnahmen zur Förderung des Energiesparegedankens vorzulegen.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Folgende Anträge wurden heute eingebracht, die ich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführe:

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller, Dr. Schilcher, Schwab und Ritzinger auf Änderung des

Naturschutzgesetzes und Unterschutzstellung aller fließenden Gewässer in der Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Präsident Klasnic, Dr. Kalnoky, Dr. Schilcher und Dr. Dorfer, betreffend die Anerkennung des Arbeitsplatzes Haushalt als Berufsbild und die Einrichtung von Lehrhaushalten;

Antrag der Abgeordneten Präsident Klasnic, Dr. Kalnoky, Dr. Schilcher und Dr. Dorfer, betreffend Pensionsanspruch für ehrenamtliche Tätigkeiten in sozialen Bereichen;

Antrag der Abgeordneten Pörtl, Buchberger, Neuhold, Schrammel und Fuchs, betreffend die Wiederherstellung der bäuerlichen Direktschnapsvermarktung;

Antrag der Abgeordneten Schrammel, Schützenhöfer, Lind und Neuhold auf Änderung der Arbeitsamtszuständigkeit für die Gemeinde Ottendorf an der Rittschein vom Arbeitsamt Gleisdorf zum Arbeitsamt Fürstenfeld;

Antrag der Abgeordneten Schrammel, Pörtl, Neuhold und Schwab zur Überprüfung von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben des Landes und Bundes auf ihre Wirtschaftlichkeit;

Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Kröll, Schwab, Kanduth, Grillitsch, Dr. Dornik, Kollmann und Prof. Dr. Eichtinger, betreffend die Errichtung einer Lehrkanzel für Touristik und Fremdenverkehr an der Universität in Graz;

Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Grillitsch, Dr. Dornik, Prof. Dr. Eichtinger und Kollmann, betreffend die Übernahme der „Privaten Handelsschule“ in Neumarkt durch den Bund;

Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Dipl.-Ing. Schaller, Kröll, Kollmann und Prof. Dr. Eichtinger, betreffend die Vorlage eines jährlichen Umweltschutzberichtes;

Antrag der Abgeordneten Schrammel, Präsident Klasnic, Prof. Dr. Eichtinger und Lind zur verstärkten Einstellung Behinderter im Bundesdienst;

Antrag der Abgeordneten Brandl, Erhart, Freitag, Halper, Hammer, Hammerl, Dr. Horvatek, Ileschitz, Karrer, Kirner, Kohlhammer, Loidl, Meyer, Ofner, Prensberger, Prutsch, Rainer, Sponer, Dr. Strenitz, Trampusch, Tschernitz, Dr. Wabl, Präsident Zdarsky und Zellnig, betreffend die Behandlung wesentlicher unerledigter SPÖ-Anträge der X. Gesetzgebungsperiode;

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Prensberger, Erhart, Ofner und Genossen, betreffend die Errichtung eines Umweltschutzfonds des Landes Steiermark und die Aufnahme von 50 Millionen Schilling für diesen Fonds im Landesvoranschlag 1985;

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Ofner, Brandl, Hammer und Genossen, betreffend die Aufnahme von je 100 Millionen Schilling zusätzlich im Budget 1985 und 1986 für Wasserver- und Abwasserentsorgungsanlagen;

Antrag der Abgeordneten Loidl, Hammerl, Dr. Strenitz, Ofner und Genossen, betreffend Lärmschutzmaßnahmen an Landes- und Gemeindestraßen;

Antrag der Abgeordneten Brandl, Freitag, Ofner, Hammer und Genossen, betreffend die Einbeziehung der Naturschutzbehörde in straßenrechtliche Verfahren zum frühestmöglichen Zeitpunkt;

Antrag der Abgeordneten Dr. Strenitz, Hammerl, Loidl, Präsident Zdarsky und Genossen, betreffend die Errichtung eines „Naturparkes Schöckl“;

Antrag der Abgeordneten Hammerl, Loidl, Ofner, Tschernitz und Genossen, betreffend die Vorlage eines Berichtes über die Bach- und Flußverbauungsformen in der Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Dr. Strenitz, Dr. Horvatek, Präsident Zdarsky, Kirner und Genossen, betreffend die freie Betretung des Waldes;

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Prutsch, Zellnig, Freitag und Genossen, betreffend die Änderung der Tierkörperverwertungsverordnung 1979;

Antrag der Abgeordneten Präsident Zdarsky, Spöner, Dr. Horvatek, Hammer und Genossen, betreffend die Genehmigung von Nebenbeschäftigungen für Spitalsärzte;

Antrag der Abgeordneten Hammer, Kirner, Tschernitz, Bandl und Genossen, betreffend die Errichtung eines überregionalen Museums „Eisen und Arbeit“ im Kammerhof in Eisenerz;

Antrag der Abgeordneten Tschernitz, Hammer, Meyer, Karrer und Genossen, betreffend die ehestmögliche Abhaltung einer Landesausstellung zum Thema „Volkstum – Brauchtum im Alpenraum“ in Bad Aussee;

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Kirner, Freitag, Kohlhammer und Genossen, betreffend die Vergabe einer Landesausstellung zum frühestmöglichen Termin nach Wagner oder Leibnitz;

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Kirner, Prutsch, Freitag, betreffend die Zustimmung zum Grundtausch zwischen dem Land Steiermark und der Gemeinde Wagner für die Errichtung einer Volksschule in Wagner;

Antrag der Abgeordneten Hammerl, Loidl, Dr. Strenitz, Prensberger und Genossen, betreffend den Ausbau der Gradnerstraße in Graz Richtung Osten bis zur Triester Bundesstraße und die Errichtung einer Bahnunterführung;

Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Halper, Trampusch, Ileschitz und Genossen, betreffend die Schaffung einer Autobahnanbindung des Bezirkes Deutschlandsberg an die Pyhrnautobahn;

Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Trampusch, Loidl, Spöner und Genossen, betreffend den raschen Ausbau der Radpaßbundesstraße;

Antrag der Abgeordneten Karrer, Meyer, Brandl, Loidl und Genossen, betreffend die Errichtung einer Ortsumfahrung von Allerheiligen-Leopoldsdorf und Setzung von Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der Bahnhofsiedlung von Allerheiligen.

Zugewiesen wurde außerdem heute dem Gemeinde-, Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 676/1, Beilage Nr. 63, Gesetz, mit dem das Statut der Landeshauptstadt Graz 1967 geändert wird.

Um dem Gemeinde-, Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß die Möglichkeit zu geben, über dieses Geschäftsstück zu beraten und anschließend dem Hohen Haus antragstellend zu berichten, unterbreche ich die Sitzung auf 15 Minuten und ersuche die Mitglieder des Gemeinde-, Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses, sich in den Rittersaal zu begeben.

(Unterbrechung der Sitzung von 10.45 Uhr bis 11 Uhr.)

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und teile dem Hohen Haus mit, daß der Gemeinde-, Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 676/1, Beilage Nr. 63, Gesetz, mit dem das Statut der Landeshauptstadt Graz 1967 geändert wird, beraten hat und antragstellend dem Hohen Haus berichten kann.

Ich schlage vor, die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 676/1, Beilage Nr. 63, als Tagesordnungspunkt 6 auf die heutige Tagesordnung zu setzen.

Gemäß Paragraph 27 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ist hiezu die Zustimmung von zwei Drittel der anwesenden Mitglieder des Landtages erforderlich. Gleichzeitig wäre von der Einhaltung der im Paragraph 31 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages vorgesehene Auflagefrist Abstand zu nehmen.

Ich ersuche die Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit meinem Vorschlag einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir gehen nun zur Tagesordnung über.

1. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 422/4, zum Antrag der Abgeordneten Aichhofer, Buchberger, Dr. Dorfer, Dipl.-Ing. Dr. Dornik, Prof. Dr. Eichtinger, Präsident Feldgrill, Fuchs, Grillitsch, Hartmold, Dr. Hirschmann, Dr. Kalnoky, Kanduth, Präsident Klasnic, Kollmann, Kröll, Lind, Dr. Maitz, Neuhold, Dr. Pfohl, Pinegger, Pörtl, Ritzinger, Dipl.-Ing. Schaller, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Schrammel, Schützenhöfer, Schwab, DDr. Steiner, Ing. Stoisser und Stoppacher, betreffend die steirische Pendlerbeihilfe.

Berichterstatte ist der Herr Abgeordnete Josef Schrammel, dem ich das Wort erteile.

Abg. Schrammel: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zum seinerzeitigen Antrag aller ÖVP-Abgeordneten berichtet die Landesregierung in der betreffenden Vorlage, daß am 14. Dezember dieser Antrag der Landesregierung zugewiesen wurde. Im Landesvoranschlag wurde unter dem hier angeführten Ansatz eine Post mit dem Ausdruck „Pendlerpauschale“ geschaffen und ein Betrag von 50 Millionen Schilling zugewiesen. Die Steiermärkische Landesregierung hat in

ihrer Sitzung am 21. November 1983 einstimmig beschlossen, für steirische Arbeitnehmer eine Pendlerbeihilfe zu schaffen. Gleichzeitig wurde mit Verordnung, mit der die Geschäftsordnung der Steiermärkischen Landesregierung geändert wird, festgelegt, daß die diesbezüglichen Geschäfte vom Landeshauptmann Dr. Krainer geführt werden.

Diese Verordnung wurde im LGBL. Nr. 81 vom 27. Dezember 1983 kundgemacht.

Diese Interpretation hält fest:

Zweitens, Begriff Arbeitsort: Gemäß Paragraph 2 Absatz 2 der Richtlinien ist unter Arbeitsort der Standort des Betriebes zu verstehen.

Um den für Bauarbeiter, Montagearbeiter, Kollektivvertragsarbeiter bei Baubezirksleitungen, Arbeiter der staatlichen Lawinerverbauung und so weiter zutreffenden Lebenssachverhalten gerecht zu werden, wird der Begriff des Arbeitsortes dahin gehend ausgelegt, daß als Standort des Betriebes nicht nur der Firmensitz angesehen wird, sondern auch eine Baustelle. Es wird davon ausgegangen, daß in der Praxis alle derartigen Firmen an diesen Baustellen, die in der Regel über mehrere Wochen oder auch Monate bestehen, dezentrale Außenstellen haben.

Drittens, Begriff Entfernung: Die Berechnung der Entfernung zwischen der Gemeinde des Arbeitsortes und der Gemeinde des ordentlichen Wohnsitzes wird die mittlere Erreichbarkeit nach Straßenkilometern nach der amtlichen Generalkarte zugrundegelegt. Diesbezüglich wurden die Daten von der Österreichischen Raumordnungskonferenz auf einem Magnetband zur Verfügung gestellt. Auch hier wird bei der Vollziehung die tatsächliche Lebenssituation der Pendler weitgehend berücksichtigt. Die Daten der ÖROK geben die Entfernung zwischen fiktiven Gemeindemittelpunkten an. Tatsache ist jedoch, daß innerhalb von geographisch ausgedehnten Gemeinden es zu großen Differenzen kommen kann. Es erscheint daher notwendig, in Grenzfällen die tatsächliche geographische Ausdehnung von Gemeinden zu berücksichtigen, da eine große Diskrepanz zwischen der fiktiven Entfernung und der tatsächlichen Entfernung von den Antragstellern berechtigterweise nicht verstanden werden würde.

Zu Paragraph 3 c: Berechnung des Bruttoeinkommens des Förderungswerbers:

Erstens, Nebenerwerbslandwirte: Das Einkommen aus dem landwirtschaftlichen Betrieb wird bei der Bestimmung des jährlichen Bruttoeinkommens nicht berücksichtigt, da die Arbeit in einem Betrieb, dessen Inhaber Nebenerwerbslandwirt ist, in erster Linie von der Ehefrau und den Kindern bewältigt werden muß und das Einkommen aus diesem Betrieb nur zu einem geringen Teil vom Pendler erarbeitet wird.

Zweitens, Bezieher von Invalidenpensionen: Derartige Einkommen werden nicht berücksichtigt, da sie als Abgeltung für eine bei einer Schwerarbeit zugezogene Invalidität gewährt werden und Arbeitsunfälle oft der Grund dafür sind, daß diese Arbeitnehmer zum Pendler geworden sind.

Drittens, Arbeitslosenentschädigung, Insolvenz-Entgelt, Karenzgeld und so weiter: Diese Entschädigungen werden bei der Berechnung des jährlichen Bruttoeinkommens nicht berücksichtigt, da es sich dabei

nicht um Einkommen im Sinne des Einkommensteuergesetzes, sondern um Leistungen von Versicherungen handelt.

Viertens, Nachweis des Jahreseinkommens bei Insolvenz des Arbeitgebers: Wenn der Arbeitnehmer keine Bestätigung des Arbeitgebers über das Bruttoeinkommen beibringen kann, wird mit jenen Bestätigungen das Auslangen gefunden, die dem Arbeitnehmer zur Verfügung stehen (zum Beispiel Lohnzettel eines Monats). Verfügt der Arbeitnehmer über keine Bestätigung, werden seine Angaben der Erledigung zugrundegelegt.

Weiters wurde die Präsidialabteilung beauftragt, bei Auftreten weiterer Zweifelsfragen praxisgerechte Lösungsvorschläge zu erarbeiten und der Steiermärkischen Landesregierung vorzulegen.

Der zuständige Ausschuß hat dazu einen einstimmigen Beschluß gefaßt, und ich darf um Annahme dieser Vorlage ersuchen.

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Pörtl. Ich erteile es ihm.

Abg. Pörtl: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist fast ein historischer Augenblick, als erster Abgeordneter hier in dieser neu restaurierten Landstube das Wort zu ergreifen. Es ist sicherlich nicht das erste Mal, daß wir hier in diesem Raum die Frage der Pendler und der Pendlerbeihilfe diskutieren. Aus dem Bericht des Abgeordneten Schrammel ist alles sehr umfassend hervorgegangen. Wir haben mit dieser Vorlage einen sehr fundierten Überblick über die Richtlinien und über die Praxis dieser Beihilfengewährung. Es haben zirka 22.000 steirische Pendler einen Antrag auf eine steirische Pendlerbeihilfe gestellt, und ich möchte bei dieser Gelegenheit sehr herzlich im Namen dieser steirischen Pendler danken dem Herrn Landeshauptmann, der Landesregierung, den Mitgliedern des Landtages, daß diese Pendlerbeihilfe möglich geworden ist. Wir alle wissen sehr genau, daß unter sehr vielen Entbehrungen, vor allem der Familie, diese Menschen eigentlich einen Einkommens- und Arbeitsausgleich aus den verschiedenen Regionen in die schwachstrukturierten Gebiete hinein schaffen und damit vor allem die negativen Strukturveränderungen hintanhaltend. Wenn es diese selbständigen Problemlöser, diese Pendler, nicht gäbe, würde es im wahrsten Sinne des Wortes leere Dörfer geben und immer größer werdende Städte. Es gibt solche Entwicklungen in europäischen Ländern, vor allem in Frankreich, und wir haben solche Entwicklungen auch im burgenländischen Bereich und im Waldviertel. Wir sind überzeugt, daß wir hier in unserem Land wesentlich lieber Pendler als Auswanderer haben, wie es in den vorgenannten Regionen der Fall ist. In vielen Bezirken der Steiermark, aber vor allem in unserem Bezirk Hartberg, haben wir den Umstand, daß 21.000 Arbeitsplätze 27.000 Arbeitnehmern gegenüberstehen und damit 6000 Menschen außerhalb der Region ihre Arbeit finden müssen.

Wir haben Gemeinden, wo 80 bis 85 Prozent der unselbständig Tätigen eben Pendler sind. Trotzdem sind wir der jüngste Bezirk der Steiermark, das bestätigt vor allem die Geborgenheit und die Lebensqualität

unserer Region. Ich bin überzeugt, daß wir damit für die Erhaltung der Siedlungsdichte in unseren ländlichen Regionen einen sehr entscheidenden Beitrag geleistet haben, vor allem deshalb einen Beitrag geleistet, weil damit im Rahmen der Dienstleistungsberufe eben Tausende Arbeitsplätze in der Steiermark erhalten bleiben. Ich bin überzeugt und wir sind überzeugt, daß es moralisch und sachlich gerechtfertigt ist, zumindest einen finanziellen Ausgleich zu schaffen für die überhöhten Lebenskosten, die durch dieses Getrenntsein vom Wohnort zum Arbeitsplatz entstehen.

Meine Damen und Herren, wir von der ÖVP betrachten aber die steirische Pendlerhilfe nach wir vor als eine Vorleistung des Landes Steiermark gegenüber dem Bund, und wir haben das auch in den Verhandlungen über die steirische Pendlerhilfe mehrmals unterstrichen. Wir wissen aber sehr genau, und wir haben es in den Verhandlungen erlebt, daß man es sehr gerne gesehen hätte, daß wir von der Fraktion der Österreichischen Volkspartei als Nein-Sager an die Öffentlichkeit gestellt werden sollten. Wenn wir jetzt diesen Antrag sehen, daß ein steirisches Pendlerbeihilfengesetz geschaffen wird, so habe ich persönlich ein gewisses Verständnis, weil sich nachweislich die Nein-Sager in Ihren eigenen Reihen befinden. Die Nein-Sager beim Antrag der Österreichischen Volkspartei auf Bundesebene über eine gesamtösterreichische Pendlerbeihilfengewährung. Ich bin sehr sicher, daß auch die Nationalräte der Sozialistischen Partei der SPÖ der Steiermark angehören. Meine Damen und Herren, auch die Nein-Sager in den Bundesländern Burgenland und Kärnten, und ich möchte daher tatsächlich ersuchen, endlich auch einmal eine Hans-Gross-Initiative in diese Richtung zu setzen. Wir können uns noch gut erinnern, im Streit Salcher – Androsch gab es eine solche Hans-Gross-Initiative. Es wäre auch notwendig, für die steirischen Pendler eine solche Initiative zu schaffen zum Vorteil der steirischen Pendler.

Meine Damen und Herren, die Pendlerbeihilfe, das wissen wir alle, ist eine schmerzlindernde Maßnahme, und wir wissen sehr genau, daß das Ziel nach wie vor sein muß, die Arbeit zu den Menschen zu bringen. Wir wissen aber auch, und es gibt fundierte Studien, daß im Rahmen der Wirtschaftsförderung eine nationale Völkerwanderung innerhalb Österreichs unterbunden werden soll. Wir fordern daher, daß auch im Rahmen der Wirtschaftsförderung die schwachstrukturierten Gebiete besonders bevorzugt werden. Eine Chance für die produzierenden Betriebe der kleinen und mittleren Unternehmungen, und wir glauben, daß wir auch die guten Verkehrsverbindungen nicht nur als eine bessere Möglichkeit des Transportes der Arbeitskräfte aus den ländlichen Gebieten in die städtischen und Industrieräume betrachten, sondern daß sie in Zukunft Standortvorteil für diese Wirtschaft in unseren Städten und Märkten und in unseren Gemeinden sein muß. Es kann in Zukunft nicht so sein, daß man Rohstoffe und Arbeitskräfte aus einer Region wegtransportiert und die fertigen Produkte wieder in die Region transportiert. Es muß unsere gemeinsame Anstrengung sein, eben diese vermehrte wirtschaftliche Verbesserung in unseren breiten Gebieten des Landes zu erreichen.

Meine Damen und Herren, wir betrachten diese Hilfe für unsere Pendler aber auch als einen Beitrag für eine Dorferneuerung, und zwar deshalb, weil der

gesunde ländliche Lebensraum nicht nur für sich selbst und für die Menschen, die in diesem Lebensraum leben, sondern vor allem für die gesamte Gesellschaft eine große Bedeutung hat. Und aus diesem Grund, meine Damen und Herren, sind wir von der Volkspartei sehr froh, daß wir diese steirische Pendlerbeihilfe haben, und wir hoffen auch auf eine baldige Hilfestellung des Bundes für unsere steirischen und für unsere österreichischen Pendler. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Strenitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Strenitz: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Damit es nachträglich keine Mißverständnisse oder unkorrekte Interpretationen gibt. Die sozialistische Fraktion wendet sich gegen die Art und Weise, wie diese Vorlage ins Haus gebracht wurde. Zur Pendlerpauschale selbst haben sich die steirischen Sozialisten seit 1980 bekannt, haben sie nachweislich als erste gefordert (Abg. Schützenhöfer: „Das ist der erste Irrtum!“), und so hat die Hans-Gross-Initiative letztendlich doch Erfolg gehabt. (Beifall bei der SPÖ.)

Die gegenständliche Vorlage geht auf einen VP-Antrag vom Dezember beziehungsweise November 1983 zurück; so eindeutig ist das gar nicht, und ich werde es im einzelnen noch später präzisieren. Dem gegenüber steht ein SPÖ-Antrag vom 28. Oktober 1981. Sie werden mir doch bitte zubilligen, daß es, gelinde gesagt, ein bißchen merkwürdig ist, daß hier heute ein VP-Antrag zur Behandlung kommt, aber ein mehr als zwei Jahre älterer Antrag der Sozialistischen Partei nach wie vor unbeantwortet ist. (Abg. Dr. Maitz: „Die Sache ist gelöst. Das ist wichtig!“) Über unseren Antrag im Ausschuß, beide Vorlagen zumindest gemeinsam zu behandeln, sind Sie mit Ihrer Mehrheit (Abg. Dr. Maitz: „Ein kleiner Formalismus!“) ganz einfach hinweggefahren. Es gibt aber noch etwas sehr Merkwürdiges bei diesem ÖVP-Antrag, und ich bitte Sie, jetzt auf die von mir genannten Daten sehr genau zu achten. Der Spiegel der Zuweisungen der Landtags-sitzung vom 22. November 1983 hält eine Geschäftszahl frei, nämlich die Geschäftszahl 422, offenbar für einen Antrag, der eingebracht werden soll, aber noch nicht fertig ist. Eine Vorgangsweise, die es weder vorher noch nachher jemals gegeben hat. Das soll hier eindeutig klargestellt und festgestellt sein. (Beifall bei der SPÖ.) In der Landtagssitzung am 14. Dezember 1983 lüftet sich dann das Geheimnis. Der inzwischen doch fertig gewordene Antrag ist der ÖVP-Antrag über das Pendlerpauschale. Und jetzt kommt es: Um diesem Antrag ein bißchen älteres Aussehen zu verleihen, wird er vordatiert, und dabei ist Ihnen ein sehr peinlicher Fehler unterlaufen. Sie haben Ihrem Antrag nämlich das Datum vom 8. November 1983 gegeben, und das ist die Pointe, am 8. November 1983 gab es gar keine Landtagssitzung. Schauen Sie bitte selbst im Kalender nach. (Heiterkeit bei der SPÖ. – Abg. Dr. Maitz: „Das ist ein Unsinn!“) Sie hätten sich diese kleine Mogelei oder diese kleine Schwindelei, wie man das nennen will, ruhig ersparen können. (Abg. Dr. Maitz: „Der Antrag muß nicht den Tag des Landtages zum Datum haben. Das Datum spielt keine Rolle. Das ist kleinkariert!“) Selbstverständlich steht es in der

Geschäftsordnung, und die wäre halt, bitte, auch zu beachten. Sie hätten sich das ersparen können, denn in der Sache selbst sind Sie zwei Jahre zu spät gekommen.

Und jetzt meine Damen und Herren, ich mache Ihnen in den ÖVP-Bänken gar keinen Vorwurf deswegen. Sie haben ja auf die Gestaltung der Tagesordnung auch keinen Einfluß. Aber ich frage Sie ganz ernst: Beschleicht Sie nicht angesichts der Tatsache, daß man einen zwei Jahre älteren Antrag ganz einfach unter den Tisch fallen läßt und vergißt, ein etwas flaues Gefühl angesichts dieser Mißachtung eines gewissen Mindestmaßes demokratischer Fairneß?

Sehen Sie, man hat nach der Ausschußsitzung so quasi als Entschuldigung gesagt, wir haben diese Vorlage ins Haus bringen müssen, denn sonst wäre die an sich kurze Tagesordnung noch kürzer geworden. (Abg. Dr. Maitz: „Diese Rede sollten Sie im Nationalrat halten!“)

Ich kann das nicht zur Kenntnis nehmen, und ich werde Ihnen dafür einen Beweis liefern. Die sozialistische Fraktion hat in dieser Landtagsperiode, beginnend vom Oktober 1981 bis zum Juni 1984, also nicht bis zur letzten Sitzung im Juli, sondern bis zum Juni, 114 Anträge eingebracht, von denen 105 an die Adresse von ÖVP-Regierungsmitgliedern gerichtet sind, die alle mitsammen bisher unerledigt sind. Ich sage, der Landtag hätte wesentlich mehr zu tun, wenn von dieser Seite ein bißchen mehr an Vorlagen kommen würde. Ich stehe nicht an zu sagen: es ist eine Schande, daß nach einer viermonatigen Sommerpause die Tagesordnung der heutigen Sitzung nicht mehr enthält außer diesem Punkt und dem Bezügegesetz und drei Grundstücksverkäufen. Wir hätten wesentlich mehr tun können. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Maitz: „Es ist ein gemeinsamer Landtag!“) Hier geht es um die Regierung, ist das nicht klar gewesen, woher die Vorlagen kommen müssen? Sie können sich dann zu Wort melden. Die sozialistische Fraktion hat aus dem Grund 43 Anträge (Abg. Dr. Maitz: „Ich lasse mir von Ihnen nicht verbieten, einen Zwischenruf zu machen!“) ... aufgelistet, die alle vor dem 31. Dezember 1983 eingebracht wurden, also heute zumindest älter als ein dreiviertel Jahr sind, in den meisten Fällen aber zwei und drei Jahre alt, die alle von überregionaler Bedeutung sind, die alle in die Kompetenz von ÖVP-Regierungsmitgliedern fallen und die alle bis heute unbeantwortet blieben. Wir haben mit diesem Antrag den neuerlichen Antrag verbunden, zumindest bis zur ersten Sitzung in der Sommersession 1985, das sind von heute an noch einmal sechs Monate, entweder eine Erledigungsvorlage ins Haus zu bringen oder zumindest zu sagen, welche Gründe gegen eine Erledigung stehen. Aus diesem Zusammenhang heraus wirkt es ein bißchen seltsam, wenn in all diesen Dingen die große Stille herrscht und einzig und allein jener ÖVP-Antrag zum Pendlerpauschale heute hier das Licht dieses Hohen Hauses erblickt, und es drängt sich doch der Gedanke auf, daß es ein bißchen propagandistische Begleitmusik zu diesen 12.000 Briefen ist, die der Herr Landeshauptmann im Augenblick an alle steirischen Pendler abschickt. (Abg. Dr. Maitz: „Die steirischen Pendler wären sehr dankbar für diese Maßnahmen!“) Es ist höchste Zeit, und damit komme ich auch zu einer Konsequenz des Gesagten, daß in die

Geschäftsordnung zwei Regelungen aufzunehmen sind. Zum ersten sollte künftig die Tagesordnung der Sitzungen dieses Hauses nicht mehr der Herr Präsident allein festsetzen, denn so kann eben passieren, was passiert ist, daß man Anträge, die in einem sachlichen Zusammenhang stehen, aber von einer anderen Fraktion kommen, übersieht und vergißt. Zum zweiten sollte die Regierung in der Steiermark endlich zu dem verpflichtet werden, was es im Nationalrat schon seit zehn Jahren gibt, nämlich die Reaktionspflicht auf Anträge aus dem Hause, spätestens innerhalb einer Frist von sechs Monaten. (Beifall bei der SPÖ.)

Zurück zum Pendlerpauschale, meine Damen und Herren. Wir wenden uns heute gegen diese Vorlage aus Protest gegen die Art und Weise, wie sie ins Haus kam und wie Sie unsere Vorlage schubladisieren. Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal an unsere beiden Anträge erinnern: den Antrag vom 28. Oktober 1981 und den Antrag vom 15. Mai 1984, in denen wir das Pendlerpauschale als Gesetz und unter Rechtsanspruch für die Betroffenen fordern, was Sie, meine Damen und Herren, nach wie vor verweigern, und wir hoffen, daß es nicht wieder drei Jahre dauert, bis wir für diese Anträge Erledigungsentwürfe bekommen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader: Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Die Menschen draußen in der Steiermark und diejenigen Damen und Herren, die dieser Debatte hier zuhören, werden sich eigentlich fragen, worüber schon die längste Zeit und schon zum zweiten Mal ausführlich in diesem Hause gestritten wird. Es geht im Endeffekt darum; ob die Pendler eine Beihilfe mit Gesetz oder mit Verordnung bekommen. Unterm Strich: bekommen sie etwas oder bekommen sie nichts. Weil gerade so viele junge Menschen heute zuhören, darf ich an einen Vergleich erinnern, den ich mir erlaubt habe, bei der Debatte um das Jugendförderungsgesetz zu bringen. Auch hier ist es darum gegangen, daß gesetzlich fixiert wird, daß Jugendorganisationen und Jugendhelfern und Jugendlichen finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Man hat damals seitens der Initiatoren argumentiert, daß wir unbedingt dieses Gesetz brauchen, weil wenn etwas einmal gesetzlich fixiert ist, dann ist es viel deutlicher und klarer, wie ernst man seitens des Landtages und der Regierung diese Frage nimmt. Ich habe damals auf dieses Pendlerpauschale verwiesen und gesagt: wenn das stimmt, dann müssen wir ernsthaft darüber diskutieren, ob es nicht zum Pendlerpauschale eine gesetzliche Regelung geben sollte. Ich sage das völlig wertfrei, ohne mich in dieser Frage auf die eine oder andere Seite schlagen zu wollen. Ich glaube, in Wahrheit ist es wie beim Jugendförderungsgesetz: ein Streit um des Kaisers Bart. Wenn wir in diesem Lande Geld zur Verfügung haben für diese Fragen, dann wird es selbstverständlich eingesetzt werden, auch dann, wenn es kein Gesetz gibt. Wenn wir kein Geld zur Verfügung haben – wir werden ja heuer die magische 10-Milliarden-Grenze Schulden überschreiten –, dann wird kein Geld zur Verfügung gestellt werden, auch

wenn ein Gesetz da wäre. Ich glaube, daß wir diesen Streit um des Kaisers Bart beenden sollten. Wir sollten einen anderen Gedanken verfolgen, der im Sinne der Vernunft wäre.

Ich habe bereits einmal in diesem Hause versucht, anlässlich der ersten Debatte, eine Anregung anzubringen, und gemeint, es wäre eine eigentlich auch von allen politischen Lagern in diesem Lande durchaus verbal vertretene politische Auffassung, daß wir alles tun sollten, um den öffentlichen Verkehr und den öffentlichen Nahverkehr voranzutreiben. Wenn man weiß, daß 30 Millionen Schilling genügen würden, um im Großraum Graz einen Verkehrsverbund zu finanzieren, dann gibt es namhafte Experten, die nicht verstehen, warum wir diese 30 Millionen nicht zur Verfügung haben, sondern dafür Maßnahmen treffen, die wiederum zum Großteil den Zwang zur Benützung des Individualverkehrsmittels forcieren. Man hätte zum Beispiel hergehen können und sagen, wir nehmen einen Teil dieser 50 Millionen Schilling dafür her, das öffentliche Verkehrsnetz auszubauen, vernünftige Tarife zu gestalten, einen ordentlichen Verkehrsverbund zu schaffen und finanzieren mit dem Rest jene Pendler, die mit ihren Privatfahrzeugen zu öffentlichen Verkehrsmitteln fahren müssen oder in deren Bereichen es kein öffentliches Verkehrsmittel oder kein zumutbares öffentliches Verkehrsmittel gibt. Ich weiß, meine Damen und Herren, das ist eine komplizierte Geschichte, die vor allem nicht geeignet ist, in fünf Schlagworten auf ein Plakat oder in einen Brief zu kommen, aber ich würde sehr hoffen, daß an Hand dieses Beispiels „Pendlerpauschale“ wir in diesem Land dazu kommen, verstärkt zu forcieren was wichtig ist, und nicht nur, was werbemäßig gut ist. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Eichinger! Ich erteile es ihm.

Abg. Prof. Dr. Eichinger: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Auch ich möchte es ganz einfach sagen: die Pendlerbeihilfe wurde geschaffen, um jenen Menschen zu helfen, die oft stundenlang unterwegs sein müssen, weil der Arbeitsplatz irgendwo anders liegt. Deshalb hat die ÖVP im Jahre 1979 im Nationalrat den Antrag eingebracht, der Bund möge diesen Menschen helfen. Die sozialistische Mehrheit, die sogenannten Vertreter der kleinen Leute, hat das abgelehnt. Und das war für uns der Grund, daß wir von der ÖVP die Pendlerbeihilfe hier im Lande geschaffen haben. (Abg. Brandl: „Wo ist ein Gesetz? Erzählen Sie keine Märchen!“) Wir haben lange zugewartet. (Abg. Hammer: „Zu lange!“) Wir haben es nämlich nicht glauben können, daß die Sozialisten in Wien es jahrelang ablehnen, diesen Menschen zu helfen. Und es war dann die letzte Konsequenz für uns, hier einen steirischen Beitrag zu leisten. Ich bin überrascht darüber, daß Herr Dr. Strenitz Worte findet, wie unkorrekte Interpretationen, kleine Schwindeleien und so weiter. Herr Dr. Dieter Strenitz, solche Worte sind hier fehl am Platz. Das, was Sie hier gesagt haben, war letzten Endes zum Teil ein Feilschen um Monate, ein Feilschen um Tage, wozu die Pendler nur eines sagen: Wir wissen, wer uns geholfen hat. Wir wissen, daß es die steirische ÖVP

gewesen ist, die ganz einfach gesagt hat: jetzt ist ein Ende, jetzt wird geholfen. Ich bin froh, daß auch in der Landesregierung alle diese Beschlüsse einstimmig gefaßt worden sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf Ihnen noch eines sagen, Herr Dr. Strenitz, wir in der steirischen ÖVP nehmen alle Anregungen, die von anderen Fraktionen kommen, auf, sonst wäre es letzten Endes gar nicht möglich, daß es in der Landesregierung immer, fast immer, zu gemeinsamen Beschlüssen kommt. Das möchte ich Ihnen hier an dieser Stelle ebenfalls sagen. Und wenn Sie früher die Regierung angegriffen haben, Herr Dr. Strenitz, dann haben Sie letzten Endes auch Ihre Vertreter angegriffen. Manchmal hat man wirklich das Gefühl, der Draht zu Ihrem Landeshauptmannstellvertreter ist Ihnen ganz besonders verlorengegangen. (Abg. Prensberger: 114 Anträge bei den ÖVP-Regierungsmitgliedern!“) Ich möchte Sie hier wirklich bitten, Herr Doktor (Abg. Dr. Strenitz: „Da haben Sie nicht aufgepaßt!“), daß Sie einen besseren Draht finden zu Ihrem Landeshauptmannstellvertreter, dann würden wir uns sogar manche Debatte hier in diesem Landtag ersparen. Wenn ich an die letzte Umweltschutzdebatte denke, die Sie vom Zaun gebrochen haben, Herr Dr. Strenitz, dann muß ich sagen, daß Ihre eigenen Kollegen den Kopf geschüttelt haben und sich gefragt haben, ja was ist denn dem Dr. Strenitz diesmal eingefallen. (Abg. Prensberger: „Jetzt kommt er von den Pendlern zum Umweltschutz!“) Ich bitte Sie, Herr Doktor, Sie haben es ja nicht notwendig, Sie sind ein intelligenter Mensch, Sie haben es nicht notwendig, daß Sie solche Profilierungsversuche hier im Hohen Haus unternehmen. Lassen Sie das, verwenden Sie die Zeit für Dinge, die diese Bevölkerung braucht. Und ich sage es Ihnen noch einmal, die 22.000 Pendler, denen hier geholfen werden konnte, die sind dankbar. (Abg. Dr. Strenitz: „Weil Sie den Start um drei Jahre verschlafen haben!“) Herr Dr. Strenitz, ich möchte es noch einmal sagen, sie sind allen dankbar, weil sie wissen, daß wir ihnen geholfen haben. Sie sind natürlich vielleicht dem Landeshauptmann mehr dankbar, weil sie gespürt haben, daß er der Motor war. Er hat das ausgleichen müssen, was Sie in Wien nicht durchgesetzt haben. (Beifall bei der ÖVP.) Ich kann auch zu Ihren Anträgen sagen; sie werden selbstverständlich genauso behandelt wie unsere Anträge. Auch bei uns kommt es einmal vor, mir selbst ist es schon passiert, daß ein Antrag einmal nicht behandelt wurde. Das kommt natürlich vor. Aber wenn man dann weiß, daß trotzdem die Initiativen gesetzt werden, Herr Dr. Strenitz, ist man dann vielleicht auch einigermaßen zufrieden.

Herr Abgeordneter Hammer, wir haben ja schon so lange diskutiert hier. Sie haben einmal gesagt, wir hätten nur ein halbes Herz in der Pendlerfrage. Ich kann Ihnen eines sagen. Für die Pendler haben wir ein volles Herz, weil wir sozial fühlen und sozial denken und weil wir deshalb nicht verstehen, daß der Bund bei seinem eisernen „Njet“, „Nein“ bleibt. (Abg. Hammer: „Warum sind Sie mit unserem ersten Antrag nicht gleich mitgegangen?“) Die Regierung, wenn sie ein bißchen mehr Verständnis hätte für die wahre Situation der Pendler, hätte gewiß anders gehandelt. Aber sie hat, meine Damen und Herren, wirklich kein Verständnis. Was ich mit Bedauern feststelle, ihr lieben SPÖ-Gewerkschaftsfreunde, ihr müßt euch auch mehr

durchsetzen! (Abg. Preamberger: „Unsere Auslandsmontureure zahlen keine Steuern in Österreich. Das hat der sozialistische Finanzminister gemacht!“) Auch ihr müßt mehr tun. Das sind ja letzten Endes auch eure Freunde, die wir hier alle gemeinsam vertreten müssen. Ich frage mich, warum haben die SPÖ-Nationalräte das abgelehnt. Warum, das weiß ich auch, weil viele davon ganz einfach Steigbügelhalter der Regierung sind. Und wer ein Steigbügelhalter der Regierung wird, der ist nicht mehr in der Lage, die wahren Interessen der Bevölkerung zu vertreten. (Beifall bei der ÖVP. – Landesrat Gerhard Heidinger: „Was haben Sie gegen die Regierung?“ – Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Vertreten Sie die Pendler?“) Lieber Kollege Chibidziura, ich glaube, ich vertrete sie voll und ganz, da brauchen wir keine Propaganda. Die Wahrheit hört auch der Chibidziura nicht sehr gerne.

Ich zitiere hier einmal die „Vorarlberger Nachrichten“, eine unabhängige Zeitung, die sehr bedauert, daß, seit es eine sozialistische Regierung gibt, der Gewerkschaftsbund nicht mehr der ist, der er einmal war. Alles und jedes wird verteidigt, vom Defizit über die Staatsschulden bis zum x-ten Belastungspaket. (Abg. Preamberger: „Früher waren es die Forderungen an den Bund. Jetzt redet er wieder davon!“) Kollege Preamberger, beruhige dich. Ich sage es in Ruhe. Eine Interessensvertretung, die das Mallorca-Paket einschließlich Steuer auf den 13. und 14. Monatsgehalt plus Sparbuchsteuer ausdrücklich gutheißt, statt es aus kritischer Distanz zur Kenntnis zu nehmen, ist keine starke Stütze.

Meine Damen und Herren, dem habe ich hier bei der Behandlung dieses Problems nichts hinzuzufügen. Es ist Tatsache, daß der Gewerkschaftsbundpräsident Benya für die Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes gewesen ist. (Abg. Hammer: „Stimmt doch nicht!“) Es ist Tatsache, daß er für die Zinsertragssteuer ist. Daß ihm das alles egal ist, was den kleinen Mann betrifft. Und ihr in der Steiermark müßt leider Gottes hier mitbeten, was die Herren in Wien euch vorplaudern. (Abg. Preamberger: „Mein lieber Herr Professor, jetzt höre ich nicht mehr so ruhig zu!“) Das tut mir außerordentlich leid. Ich habe nichts Böses gesagt, ich habe nur das gesagt, was alle fühlen.

Dann kommen wir zum Gesetz, Herr Dr. Strenitz. Sie wollen unbedingt ein Gesetz. Ich muß Ihnen eines sagen, sind wir froh, daß wir es so gelöst haben hier in der Steiermark. Wir sind flexibler geworden. (Abg. Hammer: „Ihr habt euch dem SPÖ-Antrag angeschlossen!“) Wir brauchen keine Novellierungen, es geht alles rascher und es kommt letzten Endes den Arbeitnehmern, die betroffen sind, zugute. Dann möchte ich auch noch sagen, die soziale Einstellung aller Fraktionen hier ist ja so groß, daß auch ohne Gesetzesgestrüpp hier in dem Fall alles rasch geregelt werden kann. Und das ist erfreulich, und darum sind auch die sehr dankbar, die hier getroffen werden. Es ist so, wir wissen, daß der Schaden, der durch diese SPÖ-Regierung, ich weiß nicht wie lange, zu lange halt schon (Abg. Preamberger: „Das gefällt dir nicht!“ – Abg. Brandl: „Das ist eine Wahredé!“) mit einem Wort gesagt, mit ihrer andauernd verfehlten Wirtschaftspolitik zu diesem Pendlerproblem ja so viel, leider Gottes, beigetragen hat.

Mir hat ein Pendler gesagt – diesen Ausspruch muß ich zitieren –: „Als Schöpfer eines neuen Österreichs sind sie im siebziger Jahr angetreten, und als Schöpfer der Nation stehen sie heute vor uns.“ (Beifall bei der ÖVP.) „Wo es geht, nehmen sie uns aus.“ Ich habe diesem Ausspruch eigentlich nicht viel hinzufügen müssen. (Abg. Loidl: „Den hast du auch erfunden, ist ja klar!“) Ein Pendler verspürt am eigenen Leib am schmerzlichsten, wenn er den Unsinn des Konferenzentrums mit seinen vergeudeteten Milliarden mitspüren muß. (Landesrat Gerhard Heidinger: „Dort arbeiten die oststeirischen Pendler!“)

Der Pendler spürt es am meisten, wenn der Staat mit seinen Armen hineingreift. (Abg. Dr. Dorfer: „Ein Skandal ist die Finanzierung!“ – Landesrat Gerhard Heidinger: „Am UNO-Konferenzzentrum arbeiten die oststeirischen Pendler!“) Ihr selbst habt es einmal abgelehnt, bis ihr umgefallen seid. Der Pendler spürt am meisten, daß ihm die Monsterbauten nichts gebracht haben, er spürt die Sparbuchsteuer am meisten, von der eure Leute sagen, eine Mißgeburt, unter der wir alle zu leiden haben. Sie sagen hier als sozialistische Gewerkschafter: Aus budgetären Gründen müssen wir ja sagen. Statt daß Sie wie ein Mann aufstehen und sagen, weg mit dieser Steuer, die alle verunsichert hat. Das wäre eine Rede. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Preamberger: „Überhaupt keine Steuer mehr!“) Ich muß dem Dr. Strenitz so antworten, damit er spürt, was die Leute wirklich denken. (Abg. Ileschitz: „Mein lieber Freund, an dir ist ein Sektenprediger verlorengegangen!“) Lieber Freund Ileschitz, ich danke dir dafür. Wenn du einmal Sorgen hast, ich bin ein Seelenarzt, du kannst zu mir kommen.

Ich möchte noch etwas feststellen, auch die „Neue Zeit“ schreibt das. Es gibt Reallohnverluste. Die Arbeitnehmer mußten diese Verluste hinnehmen. Lesen Sie die „AZ“ oder die „Neue Zeit“. Herr Dr. Strenitz, das gilt wieder für Sie. Was denken Sie, wie doch die Mehrwertsteuer gerade die Pendler am meisten trifft, die auswärts wohnen müssen, die immer unterwegs sind, eine Mehrwertsteuer, die den kleinen Mann belastet. Von Ihnen erhöht, von Ihnen die neue Schwierigkeit für die Pendler. Das ist doch im Grunde genommen schrecklich, wenn man das alles zusammenaddiert. Deshalb auch das langsame Gefühl der Bevölkerung: Hier werde ich nicht mehr so richtig vertreten.

Wissen Sie, wen das Pendeln am allerschwersten trifft? Die Frauen. Hier bringe ich Ihnen die „Arbeiterzeitung“: „Besonders benachteiligt sind die Frauen, und immerhin jeder zehnte Haushalt von Unselbständigen weist so wenig Geld auf, daß der Lebensstandard eines Familienmitgliedes dem eines einzelnen mit 4000 Schilling Monatseinkommen entspricht.“ Die nüchternen Zahlen: Rund 80.000 unselbständig Beschäftigte verdienen weniger als 4480 Schilling netto (Abg. Preamberger: „Sagen Sie das Ihrer Wirtschaft!“), insgesamt 160.000 Österreicher weniger als 5450 Schilling. Frauen verdienen rund 30 Prozent weniger als Männer, wobei die Benachteiligung bei Arbeiterinnen am größten ist. Meine Damen und Herren, das muß uns allen zu denken geben. Wenn man bedenkt, daß auch Frauen zu den Pendlern gehören, dann weiß man, wie schwer heute noch Menschen in diesem Staat getroffen werden können. Es stimmt

wahrlich: Die Reichen sind reicher geworden, und die Armen sind ärmer geworden. Das hat selbst Minister Fischer fast zugeben müssen. Wenn man seine Formulierungen im Interview in der „AZ“ liest, dann ist man darüber erschüttert. (Abg. Preamberger: „Um die Konkurrenzfähigkeit zu heben, nimmt man dem kleinen Mann noch mehr weg!“)

Das muß uns allen sehr zu denken geben. Wir sprechen hier über die Pendlerbeihilfe. Manchesmal habe ich das Gefühl, wir bräuchten in vielen Bereichen auch eine Demokratiebeihilfe. Ich lese in der „Kleinen Zeitung“ vom 14. Oktober 1984: „Ein Arbeiter war schockiert, weil sich der Gewerkschaftspräsident für die Probleme der Puch-Arbeiter nicht zuständig fühlte, weil die Frühpensionierung bei Arbeitnehmern durchgezogen wird und hochbezahlte Gewerkschaftsleute“ – so steht es in der „Kleinen Zeitung“ – „die Macht nicht aus den Händen geben. Sein Name wurde anschließend notiert.“ Meine Damen und Herren, denken Sie sich in die Situation eines Arbeiters hinein, der es wagt, mutig sein Wort zu sagen, und sofort wird der Name notiert. Ich kann Ihnen hier viele Beispiele sagen, was hier Arbeiter oft fühlen und welche Ängste sie haben, weil sie wissen, daß es Menschen gibt, die es nicht verstehen, wenn sie auch eine Meinung haben. (Abg. Preamberger: „Wissen Sie, was Arbeiter fühlen? Das haben Sie bei den Betriebsratswahlen bewiesen!“ – Abg. Dr. Maitz: „Beim Rechberger in der VEW. Terror!“)

Das finde ich als eine große Geißel, dieses mangelnde Verständnis für die Demokratie (Abg. Loidl: „Man muß auch verlieren können!“), und deshalb, Herr Dr. Strenitz, sage ich Ihnen: All die Bemerkungen, die Sie früher gemacht haben, weisen wir auf das schärfste zurück. Wenn wir daran denken, was Arbeiter oder Angestellte oft spüren müssen, wenn sie in einem Betrieb anderer Meinung sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Wie schwer es für solche Leute ist, eine Liste zu unterschreiben. Wenn man fragt, warum, dann heißt es: Ich habe Angst, du hast ja keine Ahnung, was mir passieren kann, und so weiter. (Abg. Preamberger: „Angst haben die Leute um ihre Arbeitsplätze. Sonst nichts!“) Das mußte ich Ihnen hier sagen, damit Sie Verständnis für die Haltung bekommen und für die Notwendigkeit, daß die ÖVP dieses Landes ganz einfach eingreifen mußte, nachdem die Bundes-SPÖ und auch Ihre steirischen Nationalräte in Wien kläglich versagt haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Halper hat das Wort.

Abg. Halper: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Dieser sehr berechtigte Einwand der Sachlichkeit hat mich eigentlich nachdenklich gestimmt, weil von einem Mandatar, vor dem man Respekt geübt hat, eine solche infame Unwahrheit zu hören, solche Äußerungen über ein Land zu prägen. Ich habe mir gedacht, ich bin in irgendeinem Entwicklungsland in Südamerika (Abg. Dr. Maitz: „Wer hat von Schwindeleien geredet?“), in einem Land, wo die Menschen hungern, wo sie nicht einmal das Notwendigste zum Essen haben, kein Dach über dem Kopf. Dieses Österreich kann sich

ja in der Welt sehen lassen. (Beifall bei der SPÖ.) Es ist moderner geworden, es ist ein lebenswertes Land. Das ist das Verdienst der Sozialdemokratie dieses Landes, und wir sind stolz, mitarbeiten zu können. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Eichinger: „160.000 Menschen leben von dieser Summe!“) Die ÖVP ist mit ihren Äußerungen nichts anderes als ein Retougang in die Vergangenheit. Diese wollen wir nie mehr erleben. Wir haben die Riesenverantwortung. Man muß für die Jugend, für die Menschen dieses Landes den Anschluß an die internationalen Wachstumsquoten finden, und das ist uns gelungen, das haben wir erreicht, und darauf sind wir stolz. (Abg. Pörtl: „Das kannst du bei einer Betriebsversammlung erzählen!“ – Abg. Dr. Maitz: „Phrasendrescherei!“) Sie glauben, durch Lautstärke Unwahrheiten überdecken zu können. Das, was ein Herr Bergmann und andere Freunde Ihrer Bewegung geäußert haben in den letzten Wochen, da enthält man sich jeder Äußerung. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Da zitiert man die ‚Arbeiterzeitung‘ und dann wird das als Unwahrheit hingestellt!“)

Meine Damen und Herren, ich komme aus einem Bezirk, in dem auch sehr viele Menschen, mehr als 10.000, pendeln. Die Ursachen sind im Strukturwandel, in wirtschaftlichen Problemen des Bergbaues und in der Glasindustrie zu suchen. Ich habe mir gründlich überlegt, ob ich mich heute zum Wort melden soll. Überlegt, weil der Herr Landeshauptmann ja nicht anwesend ist. Aber ich melde mich zu Wort, weil zu dieser Tagesordnung und diesem Tagesordnungspunkt eine grundsätzliche Feststellung notwendig ist. Die steirische SPÖ hat am 28. Oktober 1981 hier in diesem Hohen Haus den Antrag gestellt, jenen Menschen, die berufsbedingt pendeln müssen, eine Entschädigung für ihre zusätzlichen Mühen und Kosten zu geben. Sie von der steirischen ÖVP waren lange gegen dieses Pendlerpauschale. (Abg. Dr. Schilcher: „Was macht der Bund?“) Das ist die Wahrheit. Nach Ihren Aussagen und des Vorredners könnten die steirischen Pendler schon, wenn Sie von Ihrer Mehrheit Gebrauch gemacht hätten, seit 1979 im Genuß des Pendlerpauschales sein. (Beifall bei der SPÖ.) Und diesen Betrag haben Sie den steirischen Arbeitnehmern vorenthalten. Sie sind dann mit Ihrem Antrag, den Sie am 22. November 1983 eingebracht haben, auf einen fahrenden Zug aufgesprungen, auf unseren Pendlerzug (Abg. Kollmann: „Weil Ihr das Pendlerwesen verschuldet habt!“), meine Damen und Herren von der ÖVP. (Beifall bei der SPÖ.) Sie bleiben nur das Schlußlicht bei diesem Pendlerzug, Sie bleiben das Schlußlicht. Das ist nur ein Beispiel Ihrer Art, hier Politik zu machen. Sie wollen hier und heute sich als jene profilieren, die das Pendlerpauschale erfunden haben, und das ist, und ich sage das mit aller Deutlichkeit, eine Verdrehung der Tatsachen.

Der Herr Landeshauptmann hat 12.000 Briefe in Faksimile unterschrieben und unterschreiben lassen. (Abg. Dr. Schilcher: „Sind Sie Pendler?“) In meinen Augen sagt er damit jedem Pendler, daß er ein persönlicher Bittsteller ist. Der Herr Landeshauptmann ist für die Zusagen zuständig, die Beamtschaft für die Absagen. So ist die Realität. Ich sage Ihnen heute, daß diese Form der Politik immer entlarvender wird. Ich bin der Überzeugung, daß Sie immer unglaubwürdiger werden. Erstes Beispiel, Pendlerpauschale. (Abg. Pörtl: „Lautstärke ist nicht Wahrheit, hast du gesagt!“)

Zweites Beispiel, Sonderwohnbauprogramm. Herr Landesrat, es gereicht Ihnen nicht zur Ehre, eine Vereinbarung mit Hans Gross nicht eingehalten zu haben. Und wenn Sie jetzt dieses Sonderwohnbauprogramm damit verkaufen, daß es für die Gebietskörperschaften billiger ist als unser Vorschlag, dann halte ich Ihnen entgegen, daß dieser Vorschlag für jene Menschen, die oft nur ein kleines Einkommen haben, besser und billiger ist. Wir haben die Aufgabe, den Jungen und Schwächeren zu helfen. Darin sehen wir unsere Politik und unsere Aufgabe. (Beifall bei der SPÖ.)

Da sind wir der Auffassung, die Gebietskörperschaften können ruhig tiefer in die Tasche greifen, wenn wir damit Wohnungen schaffen, die sich die Menschen in unserem Lande wirklich leisten können. Und hier haben wir viel zu tun.

Das dritte Beispiel, Umweltschutz. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben alle Kompetenzen in dieser Frage, und Sie hätten lange genug Zeit gehabt, die hausgemachten Probleme in den Griff zu bekommen. Für diese hausgemachten Umweltprobleme sind Sie verantwortlich, handeln Sie endlich. Deshalb unsere Forderung, sofort die Kompetenzen in einem Referat zusammenzuführen. (Abg. Ing. Stoisser: „Siehe Mellach!“) Landeshauptmann Dr. Krainer wollte dies erst zu Beginn der nächsten Legislaturperiode machen. Jetzt springt er wieder auf den fahrenden Zug auf und sagt, ab 1. Jänner 1985 soll das alles geschehen. (Abg. Schützenhöfer: „Wo hast du deinen Zug?“)

Wir freuen uns darüber, daß Sie unsere Vorschläge immer wieder übernehmen, und wir nehmen es sogar in Kauf, daß Sie den Anschein erwecken wollen, daß Ihre Ideen verwirklicht werden; mit den Methoden und der Art des Landeshauptmannes müssen ja Sie in Ihrer Partei leben. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Bleiben wir beim Landeshauptmann!“) Uns steirischen Sozialisten geht es um eine erfolgreiche Politik für die Steirerinnen und Steirer und die Verwirklichung der Hans-Gross-Initiative für eine wirkungsvolle finanzielle Hilfe für die steirischen Pendler. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Hirschmann: Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich kann wahrscheinlich nicht am Anfang meiner Ausführungen mit einer derart künstlichen Erregung dienen wie der Kollege Halper, aber, um gleich eines richtigzustellen, zu dem, was bereits mein Kollege Eichinger angedeutet hat. Es wäre gut, wenn Sie manchmal den parteieigenen Pressedienst lesen würden oder sich um Publikationen kümmern, die immerhin führende SPÖ-Politiker herausgeben. Es gibt eine Untersuchung vom heutigen Wissenschaftsminister aus dem Jahre 1978, wo er analysieren ließ, wie sich die Schere zwischen reich und arm während der SPÖ-Alleinregierung zwischen 1970 und 1978 entwickelt hat. Wenn Sie die besagten Publikationen studieren würden, wüßten Sie, was dabei herausgekommen ist. Es ist unter dem Strich schlicht und einfach herausgekommen, daß sich diese Schere zuungunsten der Armen in diesem Land beträchtlich geöffnet hat. Das

sind nackte Tatsachen. Ich bin froh, daß es in der SPÖ wenigstens ein paar Leute gibt, die sich um Fakten bemühen und die dann zumindest in Diskussionen solches noch einbringen. Herr Kollege Halper, es wäre also sehr gut, wenn man sich um diese Dinge auch ein bißchen kümmern würde. Zum zweiten, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum eigentlichen Anlaß – es ist mittlerweile zwar eine Generaldebatte geworden, das ist nicht schlecht, wenn man manchmal dann ein bißchen weiter ausholen kann im Sinne eines vernetzten Systems, weil dieses mit jenem ja offenbar doch immer zusammenhängt – ich glaube, es steht außer Streit, daß dieses Zeichen, das wir setzen konnten in diesem Land in Richtung Pendlerbeihilfe, ein Zeichen der Solidarität ist, über das wir alle zusammen zunächst einmal froh sein sollen. Es ist aber auch nicht mehr als ein Zeichen. Darüber müssen wir uns klar sein. Es ist eine kleine Hilfe, es ist ein kleiner Schritt ausgleichender Gerechtigkeit in vielen, vielen Fällen für viele Belastungen, die viele Familien in diesem Land auf sich nehmen müssen. Und es kommt noch dazu, daß es primär keine materielle Belastung ist, in den meisten Fällen jener Menschen, die zum Pendeln gezwungen sind, sondern es gibt hier eher eine große Palette anderer Probleme, die diese Menschen zu ertragen haben. Die Problematik ist sicherlich eine sehr, sehr differenzierte. Ich glaube, daß durch die Richtlinien, die einstimmig beschlossen wurden, von der Steirischen Landesregierung auch dieser Differenziertheit der Problematik Genüge getan wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man muß aber einiges von dem, was hier gesagt wurde, glaube ich, im Sinne der Sachlichkeit, und ich möchte da überhaupt nichts zündeln, nur ein paar Dinge und Fakten muß man zurechtrücken. Wenn ein Pendler, gleich, woher er kommt, wie er heißt, wohin er pendeln muß, hier heute die Ausführungen des Kollegen Strenitz gehört hätte, müßte er sich wirklich fragen, sind das meine Probleme oder sind das deren Probleme, die die hier haben. Ich gebe es zu, es ist das gekränkte Herz eines Juristen mit dabei, und das soll man auch im formal-juristischen Bereich nicht gering schätzen, aber ich glaube, wir sind uns einig, daß wir das Problem des Pendelns an sich in den Griff bekommen müssen. Und da gibt es mehr als nur juristische Probleme zu lösen. Apropos zum Juristischen: Ein Mann, der in der Öffentlichkeit sagt, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß, weil ja im Frühjahr zwei, drei Sitzungen nicht stattfinden konnten aus den bekannten Gründen, das der seinerzeitigen Selbstausschaltung des Parlaments gleich käme, der hat verwirkt, daß er in solchen Dingen hier noch sehr ernst genommen werden kann. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein zweites. Es wird so oft vom Zugaufspringen und von der Vaterschaft gesprochen. Sind wir ganz ehrlich, zunächst einmal in der Politik gibt es sehr viel Auf- und Abspringen, das gehört zum Wesen der Politik und zur Demokratie überhaupt, denn bilden wir uns ja nicht ein, daß wir alles für die Bevölkerung vordenken müßten und daß wir alle Themen vorgeben müßten. Gute Politik zeichnet sich dadurch aus – und der Prensberger lacht zustimmend, das freut mich –, daß man Strömungen in der Bevölkerung aufnimmt und daß man diese in eine realistische Politik umsetzt.

Die Pendlerbeihilfe, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ein Musterbeispiel wiederum für Probleme, die sich dem heutigen Wohlfahrts- oder Sozialstaat stellen. Denn das geht in Hinkunft nicht mehr, das wissen wir, daß wir auf jedes Paket, das wir schnüren, draufschreiben: Gebühr beim Empfänger einheben. Die Zeiten sind vorbei, und wir wissen, daß viele Dinge von allen gezahlt werden, hauptsächlich von denen, die dann scheinbar das eine oder andere bekommen. Ich möchte das in aller Klarheit und Deutlichkeit auch dazusagen. Das heißt also, wir müssen uns wirklich kümmern und sorgen, wo die Wurzeln des Problems sind und wie wir die lösen können.

Wenn der Kollege Strenitz gesagt hat: Zugauf- und -abspringen. Das berührt uns nicht. Zur Vaterschaft gehört etwas dazu (Abg. Sponer: „Dann sind Sie gut trainiert auf dem Gebiet!“): Das ist ein biologisches Problem. Vater sein kann nur der, der kann. Das ist eine biologische Tatsache. In einer Demokratie ist das nur jener, der mehr als 50 Prozent der Stimmen vorweisen kann. (Beifall bei der ÖVP.)

Das ist eine sehr strittige Angelegenheit. Entscheidend ist oft, daß man tatsächlich auf einen Zug noch hinaufkommt, denn ankommen muß man am Ziel. Dumm ist es nur für die, die daneben stehen und betreten nachwinken und zusehen, wie der Zug ohne sie abgefahren ist. Und das ist das, was Sie in diesem Falle, und nicht nur in diesem Falle – ich komme dann noch auf das Sonderwohnbauprogramm zurück – , schmerzlich kränkt. Wenn wir vom materiellen Aspekt, was die Pendlerhilfe für den einen oder anderen in diesem Lande bedeutet, absehen, möchte ich zwei Dinge zu den Wurzeln sagen. Erstens: Täuschen wir uns nicht, es ist nur Problemmkosmetik, wenn wir nicht diesen Wurzeln wirklich auf die Spur kommen. Das eine ist: Wir müssen damit leben, daß es ein gewisses Pendeln in der heutigen Wirtschaft geben muß. Eine gewisse Grundmobilität ist zunehmend erforderlich. (Abg. Loidl: „Zunehmend!“) Aber es gibt ein paar Dinge, die einfach von der Strukturpolitik in unserer Republik total danebengelaufen sind. Mit diesen Dingen müssen wir uns klar auseinandersetzen. Zweitens gilt auch hier das Verursacherprinzip, meine sehr geehrten Damen und Herren. Denn wer das Pendeln verursacht, muß einen hohen Beitrag zur Lösung oder Abdeckung dieser finanziellen Probleme beitragen, und das ist in diesem Lande die Bundesregierung. Der Kollege Eichtinger hat vieles schon vorweggenommen, ich möchte aber auf zwei Dinge doch noch einmal zurückkommen. Das eine wird unbestritten bleiben. In vielen Sonntagsreden heißt es da wie dort: Wir müssen die Arbeit zu den Menschen bringen. Das ist sehr schön und wunderbar, wird niemand verneinen. Jeder wird sagen: jawohl. Wie schaut aber die konkrete Politik aus? Wir von der steirischen Volkspartei, und der Landeshauptmann voran, haben immer wieder in den letzten Monaten und Jahren auf die Situation in der obersteirischen Mürz-Mur-Furche und im Grenzland hingewiesen. Wir lassen uns davon nicht abbringen. Wir wissen, daß es bei Ihnen Leute gibt, die hier sehr gerne mit uns dabei wären. Es gibt aber ein paar Leute, denen es nicht so sehr gefällt. Wir werden aber diese Kränkung aushalten, und wir werden ohne diese Menschen hier weiterkommen, und deswegen fordern wir nach wie vor vehement eine Beschäftigungsgaran-

tie in der Obersteiermark für jene Regionen, wo die verstaatlichten Betriebe angesiedelt sind und wo wir bedauerlicherweise nachweisen können, daß in den letzten Jahren trotz diverser Zusicherungen des nunmehr ausgeschiedenen Bundeskanzlers – kein Arbeitsplatz geht verloren – Tausende Menschen arbeitslos geworden sind, zum Teil auch Frühpensionierte. Die jungen Menschen dort oben werden zunehmend pendeln müssen. Deswegen sagen wir: Beschäftigungsgarantie. Wir bitten Sie auch hier um Ihre wirkliche Unterstützung. Der Herr Staatssekretär Lacina hat vom Herrn Landesrat Heidinger einen Vorschlag einer Formulierung, der wirklich akzeptabel sein müßte. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, wäre eine echte „Pendlerhilfe“, denn dadurch wird man sich vielleicht, wenn es in die Realität umgesetzt wird, ersparen können, daß Hunderte oder Tausende von Menschen in dieser Region pendeln müssen. (Abg. Ileschitz: „Entschuldigen Sie, daß ich unterbreche. Ich würde Ihnen empfehlen, diesen Vortrag in den Kollektivvertragsverhandlungskomitees der Unternehmer zu halten. Wir sind in Verhandlungen. Dort wäre es angebracht. Sie wissen nicht, wie schwierig es ist. Solche Dinge sind schön, hier zu erzählen. Wenn man dort sitzt und mit den Unternehmern verhandelt, schaut das ganz anders aus!“) Herr Präsident, darf ich zunächst einmal an eines erinnern. Sie waren es, die seit dem fünfundvierziger Jahr immer gesagt haben, die verstaatlichten Betriebe sind die Flaggschiffe der Nation. Wir müssen Sie auch in diesen Tagen an die Sprüche erinnern, denn das war immer Ihre Argumentation: Was bei den privaten Betrieben nicht möglich ist, ist bei uns möglich. Wie schaut das heute aus? (Abg. Ileschitz: „Wer hat die Region Mürzzuschlag erhalten?“) Wenn der Herr Landeshauptmann Krainer nicht dagewesen wäre und seit dem 4. Juli 1980 immer wieder gesagt hätte: Wir kämpfen um jeden steirischen Arbeitsplatz, gäbe es einige dieser Betriebe nicht mehr, das wissen Sie. (Beifall bei der ÖVP.) Das zweite, Herr Präsident – (Abg. Ileschitz: „Schade, daß man sich damit nicht auseinandersetzt!“) Tun wir nicht so, als ob nicht gerade die Klein- und Mittelbetriebe in diesem Land das starke Rückgrat der Wirtschaft wären. Sie sind es doch, die diese Tausende Arbeitsplätze halten und einen Großteil von dem auffangen, was dort oben verlorengelht. Verdrehen wir doch die Fakten nicht (Abg. Ileschitz: „Wir verdrehen nichts. Wir handeln realistisch, und ihr redet da im Hohen Haus!“), ehe wir sie festgestellt haben. (Beifall bei der ÖVP.) Wir waren immer fürs realistische Handeln. Vor ein paar Jahren habt ihr uns ausgelacht für unsere Argumentation. (Abg. Preamsberger: „Vor ein paar Jahren haben wir verlangt, daß die Infrastruktur der Steiermark besser ausgebaut wird!“). Darf ich dir eines sagen, lieber Freund Preamsberger: Das Land Steiermark und der Herr Landeshauptmann haben sich hier persönlich eingesetzt, 1,5 Milliarden Schilling an Landesmitteln für den Bundesstraßenbau bereitzustellen, sonst wäre vieles nicht weitergegangen.

Ich kann Ihnen aber eines zusätzlich nicht ersparen in diesem Zusammenhang. Denn Fehler, die einmal in die Wege geleitet wurden, die man noch stoppen könnte, gilt es erstens zu beheben, und zweitens muß man aus Fehlern, die gemacht wurden, auch lernen

und muß sagen, künftig so nicht. Da bitte ich Sie um Ihre Mithilfe. Der Kollege Eichinger hat schon die Sache mit dem berühmten Konferenzzentrum erwähnt. Sie haben sich erheitert, aber so lustig ist es gar nicht. Es ist der höchstpeinliche Fall, den wir seit Jahren in der österreichischen Politik erleben. Ich weiß schon, es gibt für Sie noch ein paar peinliche interne Geschichten, aber von der offiziellen Politik ist das wohl ein Unikum, das wir lange nicht in der österreichischen Innenpolitik erlebt haben. Niemand weiß heute nach wie vor, wie hoch die Baukosten sind. 5 Milliarden sagen die einen, 10 Milliarden die anderen. Man muß sich das einmal bei der Geldknappheit, die heute herrscht, vorstellen, was es heißt, daß man mitten im Bau nicht weiß, ob es 5 oder 10 Milliarden kostet. Betriebskosten: täglich rund eine Million Schilling. Wer wird das bezahlen? Jetzt kommt das lustigste. Es wurde von Ihnen immer die günstige Finanzierung angepriesen. Im Juni dieses Jahres hat der Herr Finanzminister, damals noch der mittlerweile politisch bestattete Salcher, mit der SPÖ-Fraktion folgendes festgestellt: Es handelt sich um eine so günstige Finanzierung, wir müssen das mit den Arabern abschließen. Vranitzky hat dieser Tage vor der staunenden Öffentlichkeit festgestellt, was wir immer gesagt haben: Finanzierung, ein Skandal schlechthin. Diese Vertragsentwürfe, wie sie ihm der Herr Dr. Salcher hinterlassen hat, seien nicht parlamentsreif. Was das für ein Urteil für die Regierung Burgenland I ist, das dürfen Sie sich selbst ausmalen. Sie wissen, 1,3 Millionen Österreicher waren gegen dieses Konferenzzentrum. Gleichzeitig hat es immer wieder von den Sozialisten geheißt: Durchflutung aller Lebensbereiche mit Demokratie. (Abg. Hammer: „Die Restwassermenge – gehört das auch zur Pendlerbeihilfe?“) Ich sage Ihnen, die Restwassermenge, die dem Herrn Dr. Kreisky zur Durchflutung mancher Lebensbereiche übriggeblieben ist, war äußerst gering und schnell trockengelegt, sehr schnell trockengelegt. (Abg. Hammer: „Angeblich redet man über den Tagesordnungspunkt Pendlerbeihilfe!“) Herr Kollege, darf ich Ihnen eines sagen: Erstens waren es Ihre Redner hier, die über diese Dinge zuerst gesprochen haben, und zweitens im Sinne eines vernetzten Systems. Es war der Herr Abgeordnete Halper. Ich verstehe schon, daß Sie nicht gerne zuhören, wenn der eine oder andere aus Ihrer eigenen Fraktion spricht. (Abg. Sponer: „Haben Sie mit Ihrem Parteifreund Bergmann auch viel Kontakt? Sie kennen seine Haltung nicht!“) Durchaus, durchaus! (Abg. Hammer: „Eine schiefe Haltung!“) Was das Konferenzzentrum anbelangt, werde ich Ihnen eines sagen: Natürlich muß man heute sagen, bitte schön, es ist zu überlegen, ob man es so oder so fertig macht. Das ist durchaus richtig. Nur, die Fehler sind deswegen nicht ungeschehen gemacht, und dann kommen noch viele Dinge dazu, über die Sie sich wahrscheinlich nicht genau informiert haben: Wie schauen die Verträge mit den Arabern aus? Sie haben ja vielleicht gelesen, daß es da einen Vertrag geben wird: Hier ein Araber, dort ein Österreicher im Management – Vier-Augen-Prinzip, da muß man ja schauen, was dabei herauskommt! (Abg. Dr. Strenitz: „Was hat das Konferenzzentrum mit dem Pendlerpauschale zu tun?“) Herr Kollege Dr. Strenitz, Sie waren leider zuwenig hier im Raum, sonst wüßten Sie, daß Ihr Kollege Halper diese Dinge ins Spiel gebracht hat. (Abg. Dr. Strenitz: „Ich war

immer im Raum!“) Ja, dann haben Sie schlechte Ohren. Das tut mir sehr leid für Sie, aber jedenfalls haben Ihre Kollegen diese Dinge gebracht. Dann werde ich Ihnen noch einmal dezidiert – für Sie extra – sagen, was das damit zu tun hat. Sehr viel! Milliarden österreichischer Steuergelder werden hier hineingepulvert. Der Herr Minister Vranitzky hat ja dieser Tage schon festgestellt, daß die Araber dieses Konferenzzentrum wahrscheinlich nicht mehr finanzieren werden. Bitte schön, da sind wir ja genau dort, wo wir – (Abg. Dr. Strenitz: „Die ÖVP hat ursprünglich einem Bauvolumen von 6 Milliarden Schilling zugestimmt. Das ist die Wahrheit. Jetzt bei 3 Milliarden seid ihr dagegen!“) Herr Kollege Dr. Strenitz, ich muß Sie bei dieser Gelegenheit auf eines hinweisen, und da werden Sie sehen, was alles womit zu tun hat. Als einer der wenigen aufmerksamen Leser – berufsbedingt – sozialistischer Propagandaschriften – (Abg. Hammer: „Sozialistische Information!“ – Abg. Dr. Strenitz: „Propaganda macht die ÖVP!“) Ja, ja! – sehe ich hier etwas äußerst Lustiges, und da muß ich mich jetzt an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Gross wenden:

Seinerzeit, als wir das Volksbegehren gegen dieses Konferenzzentrum mitunterstützt haben – und es hat sehr viel damit zu tun, ich sage es Ihnen noch einmal: Ob das 3, 5, 7, 8 Milliarden Schilling sind (Abg. Preamberger: „Ich war immer dafür. Es hat uns Arbeit gebracht!“), das ist ein Geld, das uns für Betriebsansiedlungen hier abgeht!

Was lese ich in diesem Flugblatt, Herr Landeshauptmannstellvertreter?

Erstens: Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt werden durch den Bau rasch wirksam.

Bitte schön, vielleicht kann irgend jemand sagen, welche Auswirkungen das Konferenzzentrum in Wien für die steirische Bauwirtschaft gebracht hat. (Abg. Preamberger: „Die Stahlkonstruktion hat Waagner-Biró gemacht. Daß war für uns eine Beschäftigung von über einer Milliarde Schilling!“) Lieber Herr Kollege Preamberger! Ich hätte das nur gerne schriftlich, wie lange Ihre Leute dort beschäftigt waren. (Abg. Preamberger: „Über ein Jahr!“) Über ein Jahr?

Die zweite Geschichte, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich lese hier folgendes:

„Der Bau des Wiener Konferenzzentrums ist auch ein Sicherheitsfaktor. Während die ÖVP – und jetzt stauen und hören Sie – unvermindert für den Kauf von Abfangjägern eintritt, setzen wir auf ein internationales Konferenzzentrum als Ort der Begegnung und des Gesprächs für Diplomaten aus aller Welt.“

Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross, was hat Ihren großen Sinneswandel in den letzten Tagen herbeigeführt? Ihr Zentralsekretär Marsch – entnehme ich einem berühmten steirischen Blatt – hat dieser Tage den jungen Leuten, die getreu Ihren Anweisungen vor nicht allzu langer Zeit gegen diese Abfangjäger demonstriert haben, gesagt: „Geht zu eurem Kreisky!“

Ich hoffe, daß im Parteivorstand nicht auch so gesprochen worden ist, Herr Landeshauptmannstellvertreter. (Abg. Preamberger: „Wollen Sie unsere Piloten herunterpurzeln lassen, wenn die Maschinen kaputt sind?“) Ich hätte nur gerne gewußt, sind Sie jetzt für das Konferenzzentrum oder sind Sie für die

Abfangjäger? (Abg. Dr. Strenitz: „Im Bund seid ihr Spezialisten fürs Abspringen, und im Land springt ihr auf!“) Dann freue ich mich, daß innerhalb so kurzer Zeit ein so beträchtlicher Sinneswandel stattgefunden hat. (Abg. Preamberger: „Man läßt sich überzeugen. Wenn Sie vom Kongreßzentrum sprechen, wollen Sie heute finanzieren, früher waren Sie dagegen!“ – Glockenzeichen des Präsidenten. Präsident: „Meine sehr geehrten Herren! Ich bitte Sie, den Redner zum Tagesordnungspunkt „Pendlerbeihilfe“ fortfahren zu lassen.“)

Lieber Herr Kollege Preamberger, wenn wir noch einmal – ich tue es nicht gern, weil natürlich die Zeit drängt – davon reden sollten: Sie kennen wahrscheinlich diesen Resolutionsantrag, Sie waren im März 1979 selbst dabei: In der Arbeiterkammer haben unsere Freunde und Kollegen dort einen diesbezüglichen Antrag gestellt – abgespritzt von der sozialistischen Fraktion! (Abg. Preamberger: „Ich habe das Pendlerpauschale schon 1955 bei uns im Betrieb eingeführt. Da haben Sie noch nicht daran gedacht!“) Herr Kollege Preamberger, daß es so bedeutende Einzelbeispiele gibt – gute Beispiele –, begrüßen wir außerordentlich. Nur, hier geht es um eine landesweite Regelung, und ich nehme Ihr Schweigen als Zustimmung zu diesem Punkt zur Kenntnis.

Herr Kollege Dr. Strenitz, wenn ich vielleicht noch kurz ein bißchen in der Chronologie weitergehen darf. (Abg. Dr. Strenitz: „Ihr werdet auch noch dorthin kommen. Aber immer drei Jahre zu spät!“)

Der Herr Landeshauptmann hat im Jahre 1980, und zwar im September, bevor Sie Ihren Antrag eingebracht haben, bei der „Modell-Steiermark“-Präsentation auf dieses Problem hingewiesen und deutlich artikuliert, es muß eine finanzielle Abgeltung dieser Mehrbelastungen geben. (Abg. Sponer: „Ihr habt es verzögert!“) Herr Kollege, es ist folgendes: Wir haben gar nichts verzögert, wir sind nur heute nach wie vor der Meinung, daß das an sich nach dem Verursacherprinzip eine Angelegenheit des Bundes ist, bitte schön! Und dort im Bund: ein Antrag der ÖVP-Fraktion, bitte, abgespritzt! Der Herr Kollege Pörtl hat schon erwähnt: Kärnten, Burgenland – mühsam ... (Abg. Dr. Strenitz: „Wir können Ihnen einen SPÖ-Antrag aus 1979 vorlegen, mit dem Wunsch des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Gross, das Pendlerpauschale in das Parteienverhandlungspapier hineinzunehmen!“) Ich habe Ihnen schon gesagt, Herr Kollege Dr. Strenitz, wer als erster da war. Aber auf das kommt es uns primär gar nicht an. Es geht um zwei Aspekte in dieser Diskussion. Ich verstehe, daß Sie sich dagegen wehren, daß Sie sich heftig dagegen wehren.

Erstens noch einmal: Der Bund muß in diesem Land eine andere Strukturpolitik betreiben, und wir würden uns freuen, wenn ein Bruchteil dieses Geldes, das im Konferenzzentrum – und nicht nur dort – investiert wird, in die Bundesländer ginge. 50 Prozent aller Mittel, die der Bund für den Hochbau ausgibt, werden heute in Wien investiert. Bitte schön, Sie können sich ausrechnen, wieviel das bei einem ... (Unverständlicher Zwischenruf.) Herr Kollege Brandl, wir haben hier nicht primär die Interessen ... (Abg. Dr. Horvatek: „Nach dieser Rede erhöhe ich von Mini-Graff auf Midi-Graff!“) Das ist ein alter Schmäh, der nicht ganz rüber kommt. Aber, Herr Kollege, daß in Wien etwas mehr

investiert werden darf als in den anderen Bundesländern, weil es die Bundeshauptstadt ist, das ist außer Zweifel. Nur, die Relation 50 Prozent, und der Rest geht gnadenhalber in die Länder, das ist eine Haltung, zu der wir uns nicht bekennen, und zwar mit aller Vehemenz. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Strenitz: „Habt ihr den Finanzausgleich unterschrieben oder nicht? Jetzt ist es wieder zu wenig!“) Es ist vieles zuwenig! Herr Kollege Strenitz, Sie werden dann in zwei Minuten wieder fragen, wer das mit dem Finanzausgleich ins Spiel gebracht hat. Ich werde Sie dann erinnern: Sie waren das. Es ist viel zuwenig, was über den Finanzausgleich kommt. Denn es ist ja vorher etwas weggenommen worden, damit das auch klar ist. (Abg. Halper: „Von Ihnen – 1969!“ – Abg. Preamberger: „Wir sind bei der Pendlerbeihilfe!“) Der Kollege Preamberger drängt auf die Pendler. Wenn der Kollege Strenitz zustimmt, werden wir dorthin wieder zurückkehren. Sie fordern ein Pendlergesetz, meine Damen und Herren. Gleichzeitig gibt es genug Stimmen aus ihrem Raum, die sagen, bitte nicht alles mit Gesetzen zu decken. Wir müssen abspecken in der Legistik und so weiter. Sie wissen genau, ein Gesetz bringt eine starre Regelung. Ich habe dort nicht die Möglichkeit, im Grenzfall flexibel zu entscheiden. Uns geht es bei den Pendlern darum, daß, wenn einer einen halben Kilometer nicht weit genug entfernt wohnt, oder weil der 3 Schilling zu viel verdient, daß man dem nicht alles streicht, sondern wir möchten den Grenzbereich so flexibel halten, daß wir auch denen, die nahe an die Richtlinien herankommen, die Möglichkeit geben, eine Förderung durch das Land zu bekommen. (Beifall bei der ÖVP! – Abg. Brandl: „Nach dem Grundsatz brauchen wir keine Gesetze. Das ist eine eigenartige Auffassung!“) Herr Kollege Brandl, es gibt Erfahrungen aus benachbarten Bundesländern, aus Ober- und Niederösterreich. Dort funktioniert das bestens. Bitte, erkundigen Sie sich. Erkundigen Sie sich in Oberösterreich über die Praxis dort, und Sie werden von Ihren Kollegen erfahren, daß das ohne Gesetz durchaus bestens funktioniert. (Unverständlicher Zwischenruf!) Lieber Kollege Preamberger, Sie sind einer jener ernstzunehmenden Menschen, der nicht in Frage stellen wird, daß der Anspruch, wo immer er geäußert wird und den Richtlinien entspricht, auch ordnungsgemäß behandelt wird. Ich darf mit der nochmaligen Bitte an Sie herantreten. Ich erspare es mir, zu den Ausführungen des Kollegen Halper noch etwas zu sagen, der von der Umwelt gesprochen hat und vom Sonderwohnbauprogramm. Das hat inzwischen sogar der Kollege Loidl zugegeben, daß unser Modell, vorgestellt vom Herrn Landesrat Riegler, günstiger ist für das Land, für den Wohnungswerber (Abg. Brandl: „Für das Land günstiger und für die Familien schlechter!“), und daß wir die doppelte Anzahl der Wohnungen zur Verfügung stellen können, die Sie gefordert haben. Die steirischen Menschen wissen das zu schätzen. (Abg. Brandl: „Für die, die es sich leisten können!“ – Abg. Loidl: „Es gibt einen Rechenstift!“) Herr Kollege Brandl, Sie wissen genau so gut wie alle anderen hier, daß wir die besten Wohnbauförderungsbedingungen der Republik haben. (Abg. Brandl: „Unterschiedlich!“) Es gibt das Eigenmittlersatzdarlehen, die Wohnbeihilfe. Alles ist unterschiedlich im Leben, aber hier sind wir uns einig, daß wir sehr günstige Bedingungen haben. (Abg. Preamberger: „Und so und so viele können es nicht kaufen!“)

Ich kann damit schließen, daß wir, nachdem der erste Schritt in Richtung Pendlerbeihilfe gesetzt wurde, ich sage bewußt nur der erste Schritt, denn die wirklichen Probleme harren ja noch einer langfristigen und mühsamen Lösung, daß wir Sie intensiv bitten und auffordern, hier unseren Kurs und die Anstrengungen des Landeshauptmannes vor allem gegenüber der Wiener Bundesregierung mitzuvertreten, daß Sie uns helfen, dort vorstellig zu werden und einen Erfolg zu erzielen in zweifacher Hinsicht. Punkt eins: Es muß die Strukturpolitik des Bundes, die eine absolut verfehlt ist, und das kann man an Hand von vielen, vielen Beispielen belegen, geändert werden zugunsten der steirischen benachteiligten Regionen. Punkt zwei: Es muß dazu kommen, daß für die Übergangsregelung der Bund, der der Verursacher der verfehlten Politik ist, auch die Kosten gegenüber den Pendlern trägt. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Rainer. Ich erteile es ihm.

Abg. Rainer: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Man muß leider die Feststellung treffen, daß es der Mehrheitsfraktion dieses Hohen Hauses nicht nur nicht möglich ist, Vorlagen zusammenzufassen, was sehr bedauerlich ist, sondern daß man jetzt auch die Feststellung zu treffen hat, daß man es zuläßt, daß über weite Strecken überhaupt nicht zum Thema gesprochen wird. Das ist eine sehr traurige Angelegenheit, weil dieses Vorhaben, das hier behandelt werden soll, diese Vorlage, ein sehr ernstes Anliegen für alle jene Menschen ist, die in der Steiermark tatsächlich gezwungen sind zu pendeln. Die Herren Dr. Eichtinger und Dr. Hirschmann haben es in einer Form abgehandelt, daß man sich fragen muß, was wollten sie? Wollten sie zur Sache selbst ernsthaft etwas beitragen? Und das hätten wir gemeinsam getan. Oder wollten sie nur polemisieren (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Zur Sache selbst!“) und wollten selbst in einer Form einer Polemik hier führen, die die Sozialpartnerschaft ins Gerede bringt? Es ist sehr bedauerlich, Herr Dr. Eichtinger, wenn Sie in etwa hier Angriffe führen, indem Sie die „Arbeiterzeitung“, die „Neue Zeit“ zitieren und vergessen, daß es auch einen „Kurier“ gibt, der den Präsidenten Benya angreift in einer Form, wie es schlimmer nicht mehr sein kann. Benya wie auch Sallinger, Herr Kollege, sind in Österreich ein Synonym für die Sozialpartnerschaft. Und beide Herren haben sich einen derartigen Stil in keiner Weise in Österreich verdient. Das ist sehr bedauerlich. (Beifall bei der SPÖ.) Und wenn Sie meinen, daß Sie zur Einkommenssituation reden müssen, weil Sie hier doch nur am Rande zur Sache reden, dann ist eines festzustellen, dann müssen Sie alle jene Untersuchungen sich vornehmen und ernsthaft studieren, nach denen eindeutig immer wieder belegt wurde, daß sich zwar die Einkommensverhältnisse in Österreich nicht grundlegend seit dem Bestand der Zweiten Republik verändert haben. Daß aber dabei eines mitzuberücksichtigen ist, daß es ja bei den Beschäftigtenziffern zu einer gewaltigen Veränderung innerhalb der jetzt fast vier Jahrzehnte gekommen ist und daß dadurch auch ein Strukturwandel in der Einkommenssituation in Österreich sehr wohl eingetreten ist. (Abg. Prof.

Dr. Eichtinger: „Es steht in der ‚Arbeiterzeitung‘!) Zugegeben, meine Damen und Herren, wir haben in unserer Gesellschaft Einkommensbezieher, die unterprivilegiert sind, und zwar in allen Gesellschaftsbereichen. Aber dort, wo Sie die Mehrheit haben, oder wenn wir die gemeinsamen Jahre der großen Koalition nehmen, haben wir festzustellen, daß es einfach aus Ihrer Diktion und aus Ihrer Sicht der sogenannten Gleichmacherei nicht möglich war, andere Systeme der Einkommenspolitik, der Einkommensverteilung, der Gewinnumverteilung zu finden. Und daher wundern Sie sich nicht, meine Damen und Herren, wenn wir eine differenzierte unterschiedliche Einkommenspolitik in diesem Staate haben. Was aber von Ihrer billigen Polemik zu halten ist, das haben Sie ja erkennen können bei den Ergebnissen der Betriebsratswahlen. Ich erinnere mich an jene starken Sprüche des ÖAAB und des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Wegart, der ja festgestellt hat, und hier wird sich das fortsetzen, was bei den Arbeiterkammerwahlen sichtbar war. (Abg. Dr. Maitz: „Da habt ihr nicht einmal die Listen zugelassen!“) Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart, nichts haben Sie fortgesetzt, Sie haben eine tiefe Niederlage, eine Absage unserer Arbeiter und unserer Angestellten in diesem Lande wegen Ihrer Polemik bezogen. (Beifall bei der SPÖ.) Und noch etwas, ich möchte zur Sache reden. Der Herr Dr. Hirschmann hat sich hier bemüht gefühlt, weil er vielleicht den Begriff nicht verstanden hat, das dämliche Wort in dem Zusammenhang des Verursacherprinzips in den Vordergrund zu bringen und das so zu funktionieren, daß man erklärt, der Bund sei der Verursacher der Pendler in der Steiermark oder womöglich der Pendler in Österreich. (Abg. Dr. Maitz: „Mit den Bauten in Wien!“) Was soll denn diese gehässige, diese dummliche Polemik?

Meine Damen und Herren, wer kündigt ihn? Wer betreibt den Großteil der Unternehmungen, klein- und mittelgewerblich strukturiert, in Österreich? Immer noch in der Mehrheit die Privatunternehmer (Abg. Dr. Maitz: „Gott sei Dank haben wir die!“), und das sind Bürger dieses Staates. Wir wollen ihnen keine Schuld zumessen, nur so kann es nicht sein, daß in Regionen, die von ihrer Struktur her Pendlergebiete waren und heute zum Teil noch Pendlergebiete sind, wo räumordnerische Pläne (Abg. Kollmann: „Durch Ihre Politik geworden sind!“) und Ziele auch dieses Landes zu keiner Veränderung geführt haben, wo gerechterweise daher Pendlerbeihilfen bezahlt werden, das in dieser Form polemisch dummlich umfunktioniert wird. Es gibt kein Verursacherprinzip bei den Pendlern, meine Damen und Herren! Das muß man ganz deutlich sagen. (Abg. Dr. Maitz: „Was ist mit den Prunkbauten in Wien, wo die Steirer hinpendeln müssen? Wer hat diese errichtet?“) Herr Dr. Maitz, ich will diese Form der Auseinandersetzung nicht weiterführen, aber ich könnte, Herr Dr. Eichtinger, jene Mandatare der Grenzregionen oder jener Pendlergebiete fragen: Wohin pendeln denn sonst diese Bauarbeiter? Seit Jahrzehnten, meine Damen und Herren, in den Wiener Zentralraum, weil die Steiermark ihnen keine Arbeit schaffen kann. (Beifall bei der SPÖ.)

Um Ihnen, liebe Kollegen des Hohen Hauses – (Abg. Dr. Strenitz: „Bei der Eröffnung sitzen Sie in der ersten Reihe!“) ich weiß, das kennen wir, daß Sie dann in der ersten Reihe glänzen – nicht die Möglichkeit zu

bieten, in derselben demagogischen Form vorzugehen, sage ich Ihnen jetzt eines (Abg. Dr. Maitz: „So wie Sie hier!“): Ich gehe nicht demagogisch vor, ich rede zu Ihrer Vorlage, zur Pendlerverordnung. Und wir sagen Ihnen, meine Damen und Herren: Wir waren jene, die die Voraussetzungen für diese Verordnung geschaffen haben. Wir haben 1981 den Antrag gestellt. Der Herr Landesrat Dr. Klausner und vor allem der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Gross haben dafür gesorgt, daß diese Mittel ins Budget eingesetzt werden, und Sie haben nachgezogen, Sie als Trittbrettfahrer, wie es sich in vielen anderen Fragen auch immer wieder herausgestellt hat. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Du verdrehst die Tatsachen!“)

Um Ihnen heute nicht die Möglichkeit zu bieten, meine Damen und Herren, daß Sie uns draußen abstempeln, sage ich Ihnen etwas: Wir werden auch der heutigen, Ihrer Vorlage mit dem Verlangen die Zustimmung geben, daß ein Gesetz – um diese einseitige Briefschreiberei auszuschalten – mit eindeutigen Rechtsansprüchen als unsere Forderung aufrecht bleibt. Trotzdem stimmen wir Ihrer Vorlage zu. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schrammel. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrammel: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich deshalb noch kurz zu Wort melden, weil doch einige Dinge ins rechte Lot gebracht werden müssen. Es betrifft die eingebrachten Anträge und damit die Richtigstellung zum Urheberrecht für die Pendlerbeihilfe. Es ist weniger bedauerlich, wenn der Herr Abgeordnete Rainer jetzt sehr kritisch, scharf, zwischenzeitlich auch polemisch gemeint hat: Ja, der Urheber ist der Finanzreferent, er hat den Betrag eingesetzt. Wenn man jetzt der Wahrheit die Ehre gibt, wurden seinerzeit vom Finanzreferenten nur 40 Millionen Schilling veranschlagt. Die ÖVP-Fraktion in der Regierung unter Landeshauptmann Dr. Krainer (Abg. Rainer: „Weißt du, daß keiner gewußt hat, was es tatsächlich kosten wird!“) hat 50 Millionen Schilling vorgeschlagen, und die 50 Millionen Schilling haben wir im Landtag einstimmig beschlossen.

Ich möchte aber jetzt zu einer Sache kommen, die einer Klarstellung bedarf. Und zwar, wenn der Herr Klubobmann Dr. Strenitz meint, die SPÖ hat im Jahre 1981 (Abg. Dr. Strenitz: „1979!“) einen Antrag und damit zuerst einen Antrag auf die Pendlerbeihilfe eingebracht, dann stimmt das nur insofern, daß der Kollege Brandl von der SPÖ, aber auch die ÖVP ebenfalls 1981 einen Antrag eingebracht haben, und der war meiner Meinung nach sogar weitergehend. Der seinerzeitige Antrag vom Herrn Abgeordneten Brandl hat gelautet: „Betreffend die Gewährung einer Pendlerbeihilfe für berufsbedingte Pendler in der Steiermark.“ Der Antrag der ÖVP hat gelautet: „Betreffend eine Solidaritätshilfe von einer Milliarde Schilling des ÖGB für Ersatzarbeitsplätze und“ – jetzt kommt es – „die teilweise Finanzierung der Pendlerbeihilfe.“ (Abg. Preamsberger: „Doch im Verein mit der Gewerkschaft!“) Ich möchte das auch gar nicht in Zweifel stellen, lieber Kollege Preamsberger, das ist mir

bestens bekannt. (Abg. Dr. Dorfer: „Kapitalistisch organisierter Verein!“)

Aber eines, bitte, muß jetzt gesagt werden: Herr Klubobmann Dr. Strenitz, es sollte doch wenigstens zwischen der SPÖ-Regierungsmannschaft und der SPÖ-Abgeordnetenmannschaft so weit koordiniert werden, daß der Herr Klubobmann weiß, daß am 21. November 1983 die Landesregierung einen einstimmigen Beschluß gefaßt hat, Ihre Regierungsmitglieder haben mitgestimmt, diese beiden Anträge (Abg. Brandl: „Hat niemand in Zweifel gestellt!“), den Antrag Brandl von der SPÖ und den Antrag Schrammel von der ÖVP, zur Administration sämtlicher Angelegenheiten der Präsidentschaft zuzuweisen. Das ist geschehen. Ich weiß nicht, warum jetzt die Aufregung besteht. (Abg. Preamsberger: „Weil ihr unseren unter den Tisch fallen laßt!“) Gibt es keine Zusammenarbeit oder zumindest keine Koordination zwischen SPÖ-Regierung und SPÖ-Landtagsklub, oder gibt es sogar Spannungen? (Abg. Dr. Strenitz: „Schrammel, beruhige dich, es funktioniert sehr gut!“) Das zweite will ich gar nicht annehmen.

Ich möchte zum Schluß nur begrüßen, daß es eine Pendlerbeihilfe gibt, daß damit auch jene Menschen, die unter schwierigsten Umständen einen Arbeitsplatz finden konnten und damit für ihr Familieneinkommen sorgen können, einen Zuschuß bekommen können. (Abg. Brandl: „Das haben wir vorher schon gewußt!“ – Abg. Sponer: „Zwei Jahre verzögert!“) Ich möchte bei der Gelegenheit zum Schluß nur noch vermerken: Liebe Freunde, wenn ich sagen darf, vom Gewerkschaftsbund! (Abg. Sponer: „100 Millionen Schilling haben die Pendler verloren durch die Verzögerung!“) Ich erlaube mir deshalb diese Formulierung in der Anrede, weil ich Hunderte Gewerkschaftsbundmitglieder geworben habe.

Lieber Freund Brandl, laß mich das jetzt ganz sachlich zu Ende sprechen. Ich habe seinerzeit im Jahre 1981, in einer sehr kritischen Zeit für uns Fürstenfelder, diesen Landtagsantrag eingebracht. (Abg. Brandl: „Da hast du dich geirrt, das war der ÖAAB!“) Und zwar wurde die Firma Eumig mit 1900 Beschäftigten stillgelegt. Ich glaube, zu solchen Krisensituationen müßte sich auch der Gewerkschaftsbund etwas einfallen lassen. Das ist kein Angriff, sondern eine Anregung. (Abg. Preamsberger: „Das sieht man bei Zanussi, welche Schwierigkeiten es gibt!“) Es genügt nicht, wenn vom Gewerkschaftsbund dann ein Schreiben zurückkommt, daß eben statutenmäßig eine solche Solidaritätshilfe nicht abgedeckt sei.

Liebe Gewerkschafter, wir helfen euch (Abg. Preamsberger: „Wir machen uns auch Sorgen um Zanussi!“), daß die Formulierung für eine Statutenänderung gefunden wird, denn es wird damit vielen gedient sein, die Hilfe brauchen.

Und zum Schluß noch einmal: Mehr Koordination zwischen dem Klubobmann des Landtagsklubs der SPÖ und der Regierung der SPÖ-Fraktion wäre notwendig. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Brandl: „Das laß unsere Sorge sein!“ – Abg. Dr. Strenitz: „Unsere Koordination ist besser, weil euer Landeshauptmann ist in Rußland!“ – Abg. Dr. Maitz: „Bei uns funktioniert es sogar, wenn er nicht da ist!“)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammer.

Abg. Hammer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Entzündung an der Frage der Pendlerbeihilfe scheint eine Bestätigung zu sein, daß die ÖVP doch ein schlechtes Gewissen hat, und bestätigt die Initiative der SPÖ und, meine Damen und Herren, ich darf noch einmal sagen, Sie sind wirklich nur halben Herzens bei dieser Pendlerfrage, denn ansonsten hätten Sie 1979 bereits unseren Antrag mit Ihrer Mehrheit beschließen können, und wir hätten für unsere Pendler bereits sehr viel erreicht, was wiederum die Gewerkschafter und die Betriebsräte in den Betrieben über Kollektivverträge und über Betriebsabschlüsse für ihre Arbeiterschaft erreicht haben. Meine Damen und Herren, das muß doch auch einmal gesagt werden, daß hier viele Gewerkschafter arbeiten und wirklich in schwersten Verhandlungen den Unternehmern die sozial gerechtfertigten Forderungen der pendelnden Arbeitnehmer abringen müssen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.) Meine Damen und Herren! Und darf ich Sie fragen, warum sich diese Frage der Pendlerbeihilfe so entzündet. Weil Sie wirklich ein schlechtes Gewissen haben, warum gibt es in der Steiermark gerade so viele Pendler? Meine Damen und Herren! Warum müssen denn die Steirer auspendeln? Weil Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, seit 1945 das Wirtschaftsreferat in der Steiermark in der Hand haben und seit 1945 nicht die Auslastung der steirischen Arbeitnehmer sichern konnten, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, warum haben die steirischen Pendler so schwierige Voraussetzungen? Weil die ÖVP seit 1945 das Straßenbaureferat innehat und weil sie nie davon ausgegangen ist, entsprechende Voraussetzungen für die Pendler zu schaffen. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist unsinnig!“) Meine Damen und Herren, ein jüngstes noch: Die Nahverkehrsmilliarde wurde noch nicht beansprucht von der Steiermark. Meine Damen und Herren, weil Sie nicht bereit sind, den steirischen Pendlern entsprechende Voraussetzungen zu schaffen, darum gibt es diese Erschwernis für die Tausende von Pendlern. Oder glauben Sie wirklich, daß all jene Arbeitnehmer, die in Wien beim Konferenzzentrum, im Wohnbau, im Straßenbau und in vielen anderen Dingen, U-Bahnbau und, und, ihr Brot, ihren Unterhalt für ihre Familien verdienen, daß Sie die in der Steiermark beschäftigen könnten, wo es in der Steiermark die höchste Arbeitslosenrate von Österreich noch immer gibt, meine Damen und Herren! (Unverständliche Zwischenrufe. – Präsident: „Ich muß dazu verhelfen, daß Sie ruhig sprechen können. Ich bitte die Herren, die Damen brauche ich nicht bitten, weil die haben sich daran nicht beteiligt, den Redner anzuhören und nicht durch dauernde Zwischenrufe, die auch der Nachwelt nicht erhalten bleiben können, zu unterbrechen. Ich bitte um Fortsetzung, Herr Abgeordneter Hammer.“) Ich bedanke mich für diesen Konsens. Meine Damen und Herren, können Sie wirklich garantieren, daß diese Arbeitnehmer in der Steiermark Arbeit finden, wo die Statistik doch aussagt, daß wir in der Steiermark noch immer die höchste Arbeitslosenrate haben, daß noch die meisten Bauarbeiter in der Steiermark nicht beschäftigt sind, daß die Jugendarbeitslosigkeit in der Steiermark noch immer am höchsten ist? Aber dafür haben Sie von der ÖVP das

Wirtschaftsreferat in der Steiermark seit 1945 besetzt, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Ing. Stoisser: „Die Verstaatlichte untersteht uns nicht!“) Wenn Sie immer wieder von den Klein- und Mittelbetrieben reden, dann bitte ich Sie darum, schaffen Sie Arbeit für diese Bauarbeiter, für diese arbeitslosen Jugendlichen in der Steiermark, und schieben Sie die Schuld nicht auf den Bund. Meine Damen und Herren! Das Pendlerpauschale ist eine wirkliche Abhilfe oder ein kleiner Ersatz für die Erschwernisse der Pendler in der Steiermark. Wir könnten diese Abhilfe schon die längste Zeit für uns in Anspruch nehmen, das heißt, für die Pendler. Aber, meine Damen und Herren, für die Nichtbeschäftigung in der Steiermark tragen Sie auf Grund der Verantwortung für das Wirtschaftsreferat in der Steiermark die Verantwortung dafür, das können Sie den Pendlern nicht abnehmen, und das muß hier gesagt werden. Und wenn wir uns alle bemühen, hier Initiativen zu ergreifen, dann werden wir uns in Zukunft nicht um Pendlerpauschale streiten müssen, dann werden Sie nicht erst die Initiative der Sozialisten aufgreifen müssen, daß für die Pendler eine entsprechende Abhilfe geschaffen werden muß. Danke! Glück auf! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich Frau Dritte Präsidentin des Steiermärkischen Landtages, Frau Klasnic. Ich erteile es ihr.

Präsident Klasnic: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der letzte Satz des Kollegen Rainer war mir Auftrag, all das, was ich vorher einigen Kollegen hätte sagen wollen, nicht zu sagen. Aber ein Wort zum Kollegen Hammer. Wenn Sie sagen, für das Wirtschaftsreferat ist die ÖVP verantwortlich seit 1945 im Land, dann sage ich Ihnen, für die 7000 verlorengegangenen Arbeitsplätze in der Verstaatlichten ist der Eigentümer Bund verantwortlich. (Beifall bei der ÖVP.) Ich möchte aber auch dem Herrn Kollegen Rader, der gesprochen hat – (Abg. Tschernitz: „Was ist in der Privatindustrie?“) Ich komme aus dem privaten Bereich. (Abg. Tschernitz: „Ich auch!“) Ich komme aus einem Kleinbetrieb, und ich weiß, unter welchen Belastungen wir bei dieser Bundesregierung zu kämpfen haben. Der Herr Kollege Rader hat weniger über die Pendlerpauschale gesprochen, sondern hat seinen Vorschlag verstärkt. Ich darf ihm sagen, daß er da in großer Gemeinsamkeit mit der Österreichischen Volkspartei ist, weil in unserem Modell Steiermark steht es schwarz auf weiß geschrieben, daß wir uns besonders bemühen werden, auch alles, was mit den Verkehrsbedingungen und mit den Erleichterungen zusammenhängt, zu schaffen. Aber es steht ein anderer Satz dabei. Ich glaube, das wäre das Wichtigste. Es ist die Prüfung aller Möglichkeiten notwendig, ob wir nicht doch viele Arbeitsplätze in unmittelbarer Nähe des Wohnortes schaffen können und ob wir wirklich alle beschäftigungspolitischen Gesichtspunkte ausgenützt haben. Wir haben eine steirische Pendlerpauschale, und ich sage Ihnen, ich freue mich darüber, weil ich immer wieder erlebe, daß das, obwohl es kein Betrag in riesiger Höhe ist, allein schon eine moralische Unterstützung des Pendlers gewesen ist, daß wir das unter Landeshauptmann Dr. Krainer mit der Zustimmung aller Abgeordneten in

diesem Hause geschafft haben. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Sponer: „Zwei Jahre zu spät!“)

Und wir haben heute hier sehr viel über Pendler gesprochen. Was ist eigentlich ein Pendler? Pendler sind Frauen und Männer, sind jüngere und ältere Menschen in unserem Land, Pendler sind Väter, Mütter und Kinder. Und wir hören Zahlen. Und wenn man eine Zahl hört, muß man immer wieder wissen, daß sich hinter jeder einzelnen Zahl auch ein einzelnes Schicksal verbirgt. Jeder Pendler muß seine Situation meistern. Es gibt auch dort verschiedene Gruppen. Es gibt Pendler, denen ihre Situation nichts ausmacht, die sich vielleicht sogar darüber freuen und mit ihrem Zustand ganz zufrieden sind. Dann gibt es andere, die sagen, kurzfristig nehme ich diese Belastung auf mich, wenn ich das Haus fertig gebaut habe, hoffe ich, zu Hause wieder einen Arbeitsplatz zu bekommen. Aber die überwiegende Anzahl der Pendler fühlt sich belastet. Und nicht nur der Pendler fühlt sich belastet, sondern auch seine Angehörigen innerhalb der Familie. Ich glaube, gerade an diese belastete Gruppe müssen wir denken, und wir haben als Politiker die Verantwortung, ihnen Hilfestellung zu geben. Es ist eine Studie der Bedarfstendenzen in der Steiermark von der Steiermärkischen Landesregierung, von Herrn Landesrat Gruber in Auftrag gegeben worden. Hier gibt es ein Ergebnis. Auf Seite 89, und ich bitte, es nachzulesen. In dieser Studie steht, daß sich im Rahmen der Sozialarbeit die Situation der Familien von Pendlern sehr geändert hat. Daß die älteren Menschen bei uns gerade in der Pendlerfamilie nicht mehr mit jener Hilfe in der Familie rechnen können, die sie eigentlich so dringend brauchen. Es ist dies zum Teil darauf zurückzuführen, daß es durch Überlastung der alleinerziehenden, alleinverantwortlichen – eben durch den als Pendler berufstätigen Vater –, alleinstehenden Mutter nicht möglich ist, all ihren Aufgaben in dieser Form nachkommen zu können.

Und eine andere Folgeerscheinung: Erziehungsschwierigkeiten. Kinder haben ihre Eltern weniger, die Eltern haben weniger Zeit. In dieser Studie steht: „Bezirke mit einem hohen Pendleranteil haben einen überdurchschnittlichen Bedarf an Alters- und Erziehungsberatung, brauchen überdurchschnittlich viel Sozialarbeit.“

Und ein zweiter Punkt: Auch dort, wo die Menschen hinpendeln, gibt es Schicksale. Ich nehme nur eine Gruppe heraus: Denken wir an die Jugendlichen, die ferne von zu Hause den Abend verbringen müssen, keinen Familienanschluß haben, wo ihnen die Geborgenheit fehlt oder wenigstens die im Hintergrund schützende Hand der Familie. Gerade in diesen Einpendlergebieten sind Jugendbetreuung, Alkoholismus, Drogensucht eine verstärkte Arbeit der Sozialarbeiter geworden. Und ich glaube, daß in einer Zeit, wo uns allen hier in diesem Hause bewußt ist, wie wichtig die Familie für jeden einzelnen ist, wie wichtig die Funktion der Familie für die Gemeinschaft ist, wir alle über diese Entwicklungen besorgt sein müssen. Wir alle gemeinsam müssen dem entgegenwirken: in finanzieller Form, aber nicht nur finanziell, sondern auch in Form von Nachbarschaftshilfe, Mitverantwortung und Stärkung gerade der Pendlerfamilie. Das ist ein Auftrag für uns alle, und ich bitte Sie, daß wir diesen Auftrag für die Zukunft annehmen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: Herr Präsident, Hohes Haus!

Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Halper erfordern eine ganz kurze Klarstellung. Ich möchte zunächst festhalten, daß wir im Bereich der Wohnbauförderung für die Jahre 1985 und 1986 vor einer überaus schwierigen Situation gestanden sind, weil aus einer Reihe von Ursachen – einerseits steigende Wohnbaukosten, andererseits steigende Anforderungen für die Subjektförderung und drittens ein Zurückbleiben jener Mittel, die uns vom Bund für die Wohnbauförderung bereitgestellt werden – das reale Förderungsausmaß auf ein Viertel gegenüber dem Beginn oder der Mitte der siebziger Jahre zurückgegangen ist. (Abg. Brandl: „Vorgriffe waren es zum Teil!“)

Wenn Sie gestatten, Herr Abgeordneter, möchte ich das kurz darlegen. Es hat eine Reihe von Initiativen gegeben, etwa des Herrn Abgeordneten Loidl von der Seite der Arbeitnehmerschaft, eine Reihe von Initiativen seitens der Bauwirtschaft und natürlich auch der Wohnungsgenossenschaften, hier Abhilfe zu schaffen. In einem Gespräch mit Herrn Landeshauptmannstellvertreter Gross hatten wir volle Übereinstimmung, daß es vermieden werden sollte, hier ein politisches Streitthema entstehen zu lassen, und daß wir uns daher bemühen, eine zusätzliche Förderung möglich zu machen. Ich habe bei all diesen Gesprächen erwähnt, daß ich mich bemühen werde, alles zu unternehmen, um eine zusätzliche Wohnbauförderungsleistung durch Sonderanstrengungen des Landes möglich zu machen. Ich bin daher wirklich froh darüber, daß es gelungen ist, vor allem auch dank der besonderen politischen Unterstützung seitens des Landeshauptmannes Dr. Krainer, die „Steirische Wohnbauoffensive“ für 1985 und 1986 realisieren zu können. Ich glaube, wir sollten uns darüber gemeinsam freuen, im Interesse der Arbeitsplatzeffekte, vor allem aber im Interesse der betroffenen Wohnungswerber.

Nun, meine Damen und Herren, wo liegen die Unterschiede zwischen dem, was als Initiative seitens der sozialistischen Abgeordneten hier im Hohen Hause eingebracht wurde und was ja schwarz auf weiß nachzulesen ist, und dem, was wir nun als „Steirische Wohnbauoffensive“ für die nächsten beiden Jahre realisieren werden?

Der erste Unterschied: Der SPÖ-Antrag lief auf die Schaffung von 900 zusätzlichen Wohnungen hinaus, die „Steirische Wohnbauoffensive“ wird 2000 zusätzliche Wohneinheiten bringen und damit eine Verdoppelung des normalen Wohnbauförderungsprogrammes, das an sich möglich gewesen wäre, wobei ich schon erwähnen muß, daß die Mittelbereitstellung aus den Anteilen am Steueraufkommen nominell stagniert und daher die reale Förderungsleistung entsprechend zurückgegangen ist.

Wenn vorher über die Frage „Konferenzzentrum“ diskutiert wurde: Ich war im Unterausschuß des Nationalrates, der das Volksbegehren für das Konferenzzentrum zu behandeln gehabt hat. Es war damals unmöglich, jene Argumente zum Tragen zu bringen, die auf der Hand gelegen sind. Nämlich den Zweck zu erreichen, ein leistungsfähiges Konferenzzentrum zu

haben, aber um viel weniger Steuermittel, als Sie das von Ihren Verantwortlichen auf Bundesebene unbedingt durchsetzen wollten. Es gibt nämlich einen Zusammenhang: Eine Einsparung an Steuermitteln durch eine zweckmäßigere Vorgangsweise etwa nur an diesem Beispiel hätte die Möglichkeit gebracht, daß der Bund eine Zusatzleistung im Bereich der Wohnbaufinanzierung einbringt. Damit wäre auch für den Arbeitsplatzeffekt in der Steiermark sicher mehr erreicht worden als durch die Auswirkungen bei der Errichtung des Konferenzzentrums. (Beifall bei der ÖVP.) Das zeigt nur, daß natürlich Zusammenhänge da sind.

Zweitens, was die Wohnungswerber betrifft: Wir bringen diese zusätzlichen Mittel in die normale Wohnbauförderung nach dem WFG 1968 beziehungsweise nun nach dem neuen Gesetz 1984 ein. Das heißt, daß es keinen Unterschied geben wird, ob jemand eine Wohnung im Rahmen der normalen Wohnbauförderung oder dieser Zusatzinitiative seitens des Landes erhält. Wir haben ja in der Steiermark eine sehr entwickelte Subjektförderung – ich möchte in diesem Zusammenhang auch die Initiativen des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller erwähnen –, das heißt, daß wir versuchen, auf die Leistungsfähigkeit der Familie sehr stark Rücksicht zu nehmen. Sie wissen, es gibt die Eigenmittelsatzdarlehen für Familien mit geringeren Einkünften, und es gibt die Wohnbeihilfe. In Anlehnung an das Bundes-Sonderprogramm hätte es für die Wohnungswerber keinen Anspruch auf Eigenmittelsatzdarlehen gegeben, und die Wohnbeihilfe wäre nur möglich, wenn das Land diese Wohnbeihilfe aus eigenen Mitteln gewährt hätte.

Wir haben nach dem nun vorgesehenen Vorgang die völlig gleiche Behandlung aller Wohnungswerber gesichert. Ich glaube, daß dies im Interesse der Gerechtigkeit richtig ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Drittens: Was auch die Steuerzahler betrifft, darf ich darauf verweisen, daß die Errichtung dieser 2000 Wohnungen nach dem Vorschlag, der nun nach der „Steirischen Wohnbauoffensive“ realisiert wird, nur die Hälfte der Finanzierungskosten erfordern wird als die in Anlehnung an das Bundes-Sonderprogramm. Das muß auch im Interesse der Steuerzahler gelegen sein, denn irgendwer muß ja das Geld aufbringen, und es ist sicher auch im Interesse der Leistungsfähigkeit in der Wohnbauförderung gelegen.

Viertens: In Anlehnung an das Bundes-Sonderprogramm werden die Gemeinden dazu verhalten, ein Viertel der Kosten mitzutragen. Wir ersparen den Gemeinden diese zusätzliche Belastung und sind trotzdem in der Lage, die Wohnungen billiger zu finanzieren. Ich glaube, bei der angespannten Finanzsituation der Gemeinden können wir uns darüber nur freuen, daß ihnen eine zusätzliche Belastung erspart bleibt. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Brandl: „Einiges stimmt nicht!“)

Fünftens, meine Damen und Herren: Nach dem Vorschlag, den wir zum Tragen bringen werden, wird die Rückzahlung der Darlehen wieder in die künftige Wohnbauförderung einfließen, das heißt, in 10 oder 15 Jahren neuerlich der Wohnbauförderung zukommen, während Sie ja wissen, daß die Kapitalmarktfinanzierung nach dem Bundes-Sonderprogramm diese Rückflüsse nicht gewährleistet hätte. Das heißt, der

Unterschied liegt darin: Wir wollen gemeinsam das gleiche Ziel, nämlich mehr Wohnungen fördern, im Interesse der Familien, im Interesse der Arbeiter in der Bauwirtschaft und den Nebengewerben und natürlich im Interesse der betroffenen Betriebe. Sie haben – und ich mache daraus keinen Vorwurf, sondern ich halte es nur fest – das Konzept des Bundes-Sonderprogrammes übernehmen wollen und das Ihrem Antrag zugrunde gelegt. Dieses Konzept haben wir schon bei anderer Gelegenheit kritisiert, weil wir es für nicht günstig halten. Es ist nun einmal Tatsache, daß der Finanzminister Salcher eine gewisse Begabung gehabt hat, besonders kostspielige Formen der Finanzierung in verschiedenen Bereichen zu finden. Wir haben selbst nachgedacht. Wir haben die Beamten der Rechtsabteilung 14 beauftragt, hier alle Möglichkeiten zu sondieren, und wir haben die günstigstmögliche Form für diese „Steirische Wohnbauoffensive“ herausgewählt und im Interesse aller zum Tragen gebracht.

Ich möchte abschließend sagen, ich habe Verständnis dafür, daß man eben auch gewisse politische Akzentuierungen anstrebt. Wir sollten aber im Interesse der Glaubwürdigkeit der Demokratie und im Interesse vor allem der Lösung von Problemen uns dazu bekennen, daß es sinnvoll ist, diesen Weg zu gehen, wie wir ihn jetzt vorgeschlagen haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Es sind noch zwei Wortmeldungen, Herr Landesrat Dr. Heidinger und Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross. Bitte, Herr Landesrat Dr. Heidinger.

Landesrat Dr. Heidinger: Hohes Haus! Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Nachdem der Herr Abgeordnete Hammer, der allerdings jetzt nicht im Saale ist, etwa vereinfacht gesagt hat, die ganze Landeswirtschaftsförderung ist ein Mist, so ungefähr hat man es heraushören können (Abg. Karrer: „So deutlich nicht!“), möchte ich ihn fragen, ob ihm die Ansiedlungsbemühungen, die das Land Steiermark im Raum Eisenerz gemacht hat, auch als solcher erscheinen. Ich glaube doch festhalten zu müssen, das muß man sich immer wieder vor Augen halten, daß verfassungsmäßig für Förderung von Industrie und Gewerbe ausschließlich der Bund zuständig ist und auch für die Rahmenbedingungen der Wirtschaft. Wenn wir trotzdem seit Jahrzehnten Wirtschaftsförderung betrieben haben, so können wir immerhin mit Stolz darauf hinweisen, daß sich – und das wird viel zu wenig beachtet – in der Steiermark in den letzten zehn Jahren in der Industrie durchaus das abzeichnet, wenn man die Zahl der Arbeitsplätze betrachtet, was man Strukturwandel nennt. In die verstaatlichte Industrie, jenen Bereich, den ausschließlich der Bund als Eigentümer zu verantworten hat – obwohl wir bei der Umstrukturierung und bei der Reduzierung kräftig in die Kasse gegriffen haben –, ist rund ein Viertel der Wirtschaftsförderungsmittel gegangen. Das möchte ich hier ausdrücklich feststellen. Das entspricht ziemlich genau der Zahl der Arbeitnehmer in der verstaatlichten Industrie im Verhältnis zur übrigen Industrie. Wir haben hier durchaus adäquat mitgetan, obwohl wir verfassungsmäßig überhaupt nicht dazu verpflichtet sind. Und ich darf in diesem Zusammenhang an die

Ansiedlung des AML-Projektes in Unterpremstätten erinnern. Ich darf erinnern, der Abgeordnete Kohlhammer war bei dieser Veranstaltung dabei und der Herr Landeshauptmann Gross, daß wir am 12. Oktober in Deutschlandsberg „15 Jahre Siemens Deutschlandsberg“ feiern konnten. Ein Werk, das, entgegen allen anderen Trends, zusätzlich im vergangenen Jahr etwa 100 Arbeitsplätze geschaffen hat. Und die 850 Arbeitsplätze, die jetzt dort in Deutschlandsberg in einem zukunftsfruchtigen Markt, nämlich im Halbleitermarkt, entstanden sind, die haben genau die 850 Arbeitsplätze ersetzt, die noch vor Jahrzehnten in der Solo-Zündwarenfabrik in Deutschlandsberg vorhanden waren. An solchen Beispielen erkennen Sie ganz genau, daß mit Mitteln der Wirtschaftsförderung – denn das Land Steiermark hat diese Ansiedlung auch mit bedeutenden Mitteln unterstützt, still und von der Öffentlichkeit unbemerkt – sich durchaus ein Strukturwandel vollzogen hat. Ich darf an Philips-Lebring erinnern, ich darf an die Schrack-Werke in Kindberg erinnern. Und wenn man dann, wie der Herr Abgeordnete Hammer es getan hat, das alles wegwischt und sagt, das ist alles nichts und das Wirtschaftsressort, das in der Landesregierung von einem ÖVP-Mandatar verwaltet wird, hat völlig versagt, dann, meine Damen und Herren – ich habe den Abgeordneten Hammer immer für einen ernstzunehmenden Abgeordneten und Vertreter seiner Region gehalten –, überlasse ich es Ihnen, diese Feststellung des Herrn Abgeordneten richtig zu werten. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Das Wort erteile ich dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Gross.

Landeshauptmannstellvertreter Gross: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Die Wortmeldung des Landesrates Dipl.-Ing. Riegler bringt mich nun dazu, ebenfalls einige Worte zur Wohnbaupolitik in unserem Land zu sagen. Ich bestätige dem Landesrat Dipl.-Ing. Riegler gerne, daß wir im Juni bei unserem Gespräch festgehalten haben, daß das Wohnbaukontingent für die Jahre 1985/86 uns durch Vorgriffe eingeengt, zu gering erschienen ist und wir dabei ein eigenes Landessonderwohnbauprogramm und in weiterer Folge sogar einen Vorgriff auf das Bundessonderwohnbauprogramm ventiliert haben. Wir haben also gesagt, daß wir in einer Phase des Aufschwunges alles tun sollten, um auch in der Bauwirtschaft einen Verstärkungseffekt zu erzielen. Ich stimme auch mit ihm überein, was er hier festgestellt hat. Er hat gesagt: „Herr Kollege, aus dieser Sache soll kein politisches Streitthema werden.“ Das war mir weitestgehend klar. Ich habe daher, von diesem Gespräch ausgehend, das ich schriftlich bestätigt habe, keinerlei Äußerungen in der Öffentlichkeit abgegeben in der Hoffnung und der Meinung, daß wir weiterreden, weiter verhandeln und dann ein Programm den Steirerinnen und Steirern präsentieren werden. Ich war überrascht, ich gebe es zu, daß dann die Präsentation auf eine recht einseitige Weise erfolgt ist. Und nun könnte hier der Eindruck entstehen (Abg. Dr. Maitz: „Der zuständige Referent der Landesregierung!“), die Sozialisten springen wieder auf etwas auf.

Herr Kollege Dr. Maitz, wir haben bereits einmal einen Antrag auf ein Sonderwohnbauprogramm gestellt. Das wurde abgelehnt. Das war kein Sonder-

wohnbauprogramm, das war ein Vorgriff zum Bundes-sonderwohnbauprogramm. Nun gäbe es ein Sonderwohnbauprogramm. Und wenn der Landesrat Riegler sagt, wir schaffen die doppelte Anzahl von Wohneinheiten, dann bitte den Antrag des Abgeordneten Loidl etwas genauer anzusehen. Sie sagen, wir schaffen 2000 Wohneinheiten, zu diesen bekennen wir uns auch, im Zeitraum 1985/86. Der Antrag der sozialistischen Abgeordneten bezieht sich nur auf das Jahr 1985. Also so groß wäre die Differenz ja nicht. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Ing. Stoisser: „Die Finanzierung!“)

Kollege Stoisser, ich werde dazu gleich noch etwas sagen. Ich bemühe mich, die Dinge recht emotionslos klarzulegen. Nun die Frage der Finanzierung. Unser Programm, das wir in der Öffentlichkeit dargestellt haben, das wissen wir, erfordert beträchtlich höhere finanzielle Mittel des Landes. Aber, meine Damen und Herren, die Steiermark hat den zweithöchsten Wohnungsfehlbestand unter allen Bundesländern. Und wir haben gerade früher in der Diskussion gehört, daß es noch so viele sozial schwache Gruppen in diesem Land gibt. Und wir waren daher der Meinung, daß wir ein Modell in der Steiermark schaffen, das es auch den finanzschwachen und vor allem den jungen Familien möglich macht, einen Wohnraum günstig zu erwerben. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Maitz: „Nach Ihrem Programm teurer!“) Nein, Herr Kollege Dr. Maitz. Das ist teurer, wenn Sie wollen, für das Land Steiermark, das ist teurer für Ihre Gemeinden. Dazu bekenne ich mich als Gemeindereferent, aber das könnte man verkraften, und man könnte endlich jenen Menschen, die nicht in der Lage sind, 100.000 bis 150.000 Schilling Anzahlung zu bezahlen, einen Wohnraum verschaffen, das ist unsere Überlegung. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Hirschmann: „Das ist Demagogie!“)

Und, meine Damen und Herren, ich möchte mich nicht näher über die Dinge verbreiten, ich könnte mich nämlich nahtlos dem anschließen, was Herr Landesrat Dr. Heidinger hier gesagt hat. Er hat nunmehr die Wirtschaftspolitik des Landes mit Beispielen, was alles geschehen ist, verteidigt. Der Herr Dr. Hirschmann hat gesagt: „Die Strukturpolitik vor allem im obersteirischen Raum ist vollkommen verfehlt.“ Vom Nahtloswerk in Kindberg herunter bis zu dem, was wir in Judenburg getan haben (Abg. Dr. Hirschmann: „Minus 7000!“), was wir in Fohnsdorf gemacht haben, liebe Freunde. Herr Kollege Dr. Hirschmann, ich sage Ihnen etwas: Wenn wir diese Maßnahmen nicht gesetzt hätten – damit meine ich die Bundesregierung (Abg. Dr. Maitz: „Ach so?“) –, dann würde die Situation in der Obersteiermark ungleich schwieriger für uns alle dastehen. (Beifall bei der SPÖ.) Und wenn Sie dann sagen, der Herr Finanzminister Dr. Vranitzky sagt, die Araber werden wahrscheinlich nicht mehr mitfinanzieren. Ich weiß nicht, woher Sie diese Information haben. Ich habe in der vergangenen Woche mit dem Finanzminister und dem Bundeskanzler gesprochen. Es wird jetzt nur noch die rechtliche Absicherung geprüft, die Araber werden weiter mitfinanzieren – das ist inzwischen klar –, nur eines, meine Damen und Herren, haben wir auch klargestellt – da sind wir mit Ihnen konform: Über dieses Konferenzzentrum darf niemand anderer verfügen als wir Österreicher selbst! Das müssen wir hier verankern. (Beifall bei der

SPÖ. – Abg. Dr. Hirschmann: „Aus der ‚Arbeiterzeitung‘ habe ich zitiert!“)

Herr Dr. Hirschmann, eine letzte Mitteilung, und ich meine das sicherlich nicht polemisch. Bei den Verhandlungen zum Artikel 15, Staatsvertrag Land Steiermark – Bund – Sie haben das heute zitiert und betont –, hat der Herr Landeshauptmann immer gesagt: „Wir verlangen die Beschäftigungsgarantie.“ Wie es in der Praxis realisierbar ist, überlasse ich Ihrer eigenen Urteilskraft. Aber eines, meine Damen und Herren, ist dabei sehr zwiespältig – das möchte ich Ihnen von der ÖVP sagen: Die Finanzhilfe von 16,6 Milliarden Schilling an die verstaatlichte Industrie abzulehnen, wodurch wir überhaupt nur das Überleben und Umstrukturieren gewährleisten konnten, und dann hinauszugehen und eine Beschäftigungsgarantie zu verlangen, da, glaube ich, können Sie nicht verlangen, daß man Sie in der Steiermark bei diesen Aussagen sehr ernst nimmt. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Sollten Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 338/1, betreffend den Ankauf eines Grundstückes zwecks Errichtung eines Garçonnièrenhauses für Bedienstete des Landeskrankenhauses Bad Aussee.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Alfred Spöner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Spöner: Hohes Haus!

Im Landeskrankenhaus Bad Aussee ergeben sich bei der Unterbringung von Bediensteten laufend Schwierigkeiten; besonders ab dem Zeitpunkt der Inangriffnahme des Bauvorhabens im Jahre 1976. Von Herrn Josef Just aus Bad Aussee wurde dem Land Steiermark ein Grundstück im Ausmaß von 3257 Quadratmeter angeboten. Der vorerwähnte Eigentümer ist bereit, dieses Areal zum Betrag von 2.405.445 Schilling an das Land Steiermark zu verkaufen, wobei dieser Betrag einen Pauschalpreis darstellt.

Die Errichtung eines Garçonnièrenhauses mit dem derzeitigen Bedarf von 25 bis 30 Einzelunterkünften in zeitgemäßer Ausführung würde unter Inanspruchnahme bereits zugesicherter Wohnbauförderungsmittel erfolgen können.

Die Steiermärkische Landesregierung hat daher in ihrer Sitzung am 11. April 1983 dem Ankauf zugestimmt.

Diese Vorlage wurde im Finanz-Ausschuß behandelt, und ich stelle namens des Finanz-Ausschusses den Antrag, die Damen und Herren des Hohen Hauses mögen dieser Vorlage ihre Zustimmung geben.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, mögen ein Zeichen mit der Hand geben.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 599/1, betreffend

- 1. den Ankauf einer Betriebsliegenschaft in den KG. Preding, Wieselsdorf und Wohlsdorf im Gesamtflächenausmaß von rund 170.882 Quadratmeter zu einem Kaufpreis von insgesamt 13.481.140 Schilling zuzüglich 10 Prozent Grunderwerbsnebenkosten, insgesamt also um den Betrag von 14.830.000 Schilling, durch das Land Steiermark und**
- 2. die Einräumung einer unwiderruflichen Option seitens des Landes Steiermark an die Firma Holzindustrie Preding, Gesellschaft m. b. H., die gegenständliche Liegenschaft nach Ablauf von fünf Jahren ins Eigentum erwerben zu können.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Hans Stoisser, dem ich das Wort erteile.

Abg. Ing. Stoisser: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Holzindustrie Preding Ges. m. b. H. begehrt vom Land Steiermark den Ankauf von 170.882 Quadratmeter Grund in Preding. Sie möchte dort ein Ganzstamm-Holzwerk errichten. Die Firma Holzindustrie will dann dort mindestens 45 oder maximal 53 zusätzliche Dauerarbeitsplätze schaffen. Es wird festgestellt, daß dadurch die dem Land Steiermark eigentümlichen Grundstücksflächen auch allenfalls anderwertiger industrieller Nutzung zugeführt werden können.

Ich stelle namens des Ausschusses, in dem diese Sache behandelt wurde, folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der Ankauf einer Betriebsliegenschaft in KG. Preding, Wieselsdorf und Wohlsdorf im ungefähren Flächenausmaß von 170.882 Quadratmeter zu einem Gesamtkaufpreis einschließlich 10 Prozent Grunderwerbsnebenkosten von 14.830.000 Schilling durch das Land Steiermark zwecks Inbestandgabe an die Firma Holzindustrie Preding Ges. m. b. H. zur Verwirklichung des Projektes der Errichtung einer Holzverarbeitung nach der Ganzstamm-Methode in Preding wird genehmigt.

Zweitens: Die Einräumung einer unwiderruflichen Option durch das Land Steiermark, womit der Firma Holzindustrie Preding Ges. m. b. H. die Möglichkeit gegeben wird, die teilweise vom Land Steiermark aufgeschlossene Betriebsliegenschaft nach Ablauf von fünf Jahren zu einem vom Amtssachverständigen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung oder einem gerichtlich beideten Sachverständigen für Liegenschaftsschätzungen festzustellenden Kaufpreis erwerben zu können, wird genehmigt.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren!

Nicht nur, daß die Marktgemeinde Preding mein Heimatort ist, sondern auch mein persönliches Bemühen um diesen Betrieb läßt mich hier an diesem Ort stehen und einige Worte zu dieser Vorlage sagen. Ein Betrieb mit zirka 50 Mitarbeitern mit Erweiterungsmöglichkeit ist für eine Gemeinde mit 1500 Einwohn-

nern im krisengeschüttelten Grenzlandbezirk Deutschlandsberg mit Arbeitslosenraten Jänner, Februar in der Größenordnung von 15, 16 Prozent eine ganz besondere Sache. Eine Gemeinde bemüht sich um einen Betrieb, und gerade vorhin wurde über das Pendlerpauschale sehr viel gesprochen. Wären in jedem Ort die nötige Arbeitsplatzmöglichkeit und das Angebot, gäbe es bestimmt weniger Pendler, und es wäre auch die Notwendigkeit der Pendlerbeihilfe nicht gegeben. Aber leider Gottes ist es anders, und gerade im Bezirk Deutschlandsberg kann nur in Einzelfällen ein Arbeitsplatz angeboten werden. Dieses moderne Zerspanerwerk für die Region Preding ist sicherlich, wie es so schön weststeirisch heißt, ein warmer Regen; eine Chance für die Jugend, neue Berufe zu erlernen und mit neuen Technologien umzugehen, den heimischen Baustoff, den Grundstoff Holz nach modernsten wissenschaftlichen Methoden, nach neuesten Erkenntnissen zu veredeln. Ebenfalls die Herstellung von Holzbriketts und anderen Dingen. Ich glaube, man sollte doch ein paar Worte über diesen Betrieb verlieren. Ich habe erstens eine Versorgung des Stammbetriebes in Wernersdorf, der zirka 120 Mitarbeiter beschäftigt, und dieser braucht dringend den Anschluß an die Eisenbahn und auch die Autobahnnahe. Dazu ist der Standort in Preding ideal. Es war nicht einfach. Es haben sich weitere fünf Gemeinden um diesen Betrieb beworben, und es ist heute ja bereits so, daß ein Wettkampf unter den Gemeinden stattfindet, wobei es meist so geht, daß der, der mehr Geld hat, sagen kann, komm zu mir, du bekommst das oder das. Es ist uns gelungen, von der Standortwahl her diese Vorteile der anderen Gemeinden aufzuwiegen und damit natürlich diesen Betrieb nach Preding zu bekommen. Es wird eine neue Produktion hereingeführt werden, nämlich verleimte Massivholzelemente, und eine revolutionierende Ganzstammverarbeitung wird stattfinden, wo bei 18 in der Stärke einfach der Wipfel abgeschnitten wird und dieser Grünanteil im Wald bleibt, so daß auch die Gewähr für unverfärbtes und nicht geschädigtes Holz gegeben ist. Das ist die Voraussetzung für höhere Wertschöpfung, und auch eine bessere elektronische Auswertung im Betrieb ist möglich. Durch einen sogenannten Markröhrenschnitt ist sogar ein Krummschnitt parallel zur Faser möglich, so daß auch krumme Bäume in Zukunft veredelt werden können. Weiters ist die Erhöhung des Exportanteiles, und dieser soll ja auch eine gewisse Imports substitution mitbringen, vor allem die nordischen Länder bringen sehr viel gehobeltes Holz, gehobelte Ware herein, und diese Importe sollen durch Ausweitung des Marktanteiles in Österreich eben aufgefangen werden. Eine rationelle Durchforstungsmethode durch diese Ganzstammmethode gibt die Möglichkeit der Mobilisierung der Durchforstungsreserven und für die Bauern eine Möglichkeit, höhere Preise zu erzielen. Die Abfälle sowie das Hackgut kann die Zellstoffindustrie verwenden. Dieser Betrieb verdient im wahrsten Sinne des Wortes eine Unterstützung durch das Land, als ein gesunder Betrieb, der eben vom Standort benachteiligt ist und einen neuen Standort sucht. Diese Förderung, von der wir heute hier hören beziehungsweise die wir beschließen werden, gibt dem Betrieb eine echte Chance. Nur dann, wenn Betriebe Gewinne machen können, wird es auch möglich sein, die ihnen gewährten Kredite rückzuzahlen. Dann ist es auch möglich, daß die Probleme in der

Zukunft bewältigt werden können. Ich weiß, daß über Förderungen und Möglichkeiten der Verteilung noch viel zu sagen wäre, aber ich glaube doch, daß die Sorgen, die wir uns alle machen um die Wirtschaft, um die Betriebe, ja alle umfassend betreffen, ob es jetzt die ÖVP, die SPÖ oder die Freiheitlichen sind. Ich meine, daß diese Förderung für die Holzindustrie Preding ein Beitrag zur Bewältigung unserer Probleme in der Steiermark ist und im besonderen der Region Preding und auch des krisengeschüttelten Bezirkes Deutschlandsberg. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dr. Heidinger. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Heidinger: Ich bin Herrn Abgeordneten Chibidziura sehr dankbar, daß er dem Hohen Haus ein bißchen die Planung dieses Unternehmens dargelegt hat. Ich hoffe, daß er das auch mit Zustimmung dieses Unternehmens getan hat (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Ja, Herr Landesrat!“), weil es ja immer sehr problematisch ist, in der Öffentlichkeit über Unternehmenskonzepte zu sprechen. Ich möchte nur hoffen oder ich bin sicher, daß der Hohe Landtag seine Zustimmung gibt, wie das ja auch im Ausschuß geschehen ist. Ich möchte aber nicht verhehlen zu sagen, daß selbstverständlich bei jedem neuen Konzept – und das ist ein neues Konzept – und wir haben hier im Hohen Haus Fachleute, die sich jahrzehntelang mit der Holzverarbeitung und den Problemen beschäftigen, daß diese Methode nicht unumstritten ist, und vor allem, Herr Abgeordneter, was dem einen sein Uhu ist dem anderen seine Nachtigall, daß es natürlich so und so viele kleine und auch mittlere Sägewerke geben wird, die der neuen Technologie nicht folgen können oder wollen, und die dann möglicherweise am Markt nicht mehr reüssieren können, so daß Arbeitsplatzbeschaffung auf der einen Seite durchaus zur Arbeitsplatzvernichtung auf der anderen Seite führen kann. Ich möchte diese Zusammenhänge hier dem Hohen Haus – sie sind ja sicher jedem vor Augen – offen auf den Tisch legen. Ich möchte aber ebenso offen auf den Tisch legen, daß es sicher für einen Gemeindevandatar, und als solcher haben Sie, Herr Abgeordneter, auch gesprochen, natürlich erfreulich ist, wenn er ein Werk in seine Gemeinde bekommt und wenn die Gemeinde dazu außerdem nichts beigetragen hat, wahrscheinlich auch, weil es die Finanzlage nicht zuläßt. Mir, Herr Abgeordneter, ist eine Förderung durch die Gemeinde Preding nicht bekannt. Der Eindruck, den Sie hier erweckt haben, daß auch die Gemeinde sich hier kräftig eingeschaltet hat, den möchte ich also auf das tatsächliche Maß zurückführen, daß es hier ausschließlich eine Landesförderung und – bitte, was in der Vorlage nicht steht und was ich fairerweise auch sagen möchte – unter Mithilfe des Bundes stattfindet. Und als allerletztes sage ich noch, damit Sie sich nicht zuviel freuen, ich nehme an, daß Ihnen das auch nicht entgangen ist, daß das Werk zum Teil auf dem Gebiet der Nachbargemeinde Wettmannstätten steht. So daß Sie sich nicht schon heute über die abgeführte Gewerbesteuer und Lohnsummensteuer in voller Höhe den Kopf zerbrechen sollten. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Darüber haben wir schon verhandelt!“)

Das wollte ich dem Hohen Hause hier in diesem Zusammenhang mitteilen, und ich darf meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Präsident, bitten, wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, abzustimmen und der Vorlage die Zustimmung zu erteilen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Es gibt keine weitere Wortmeldung. Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 601/1, betreffend den Landwirtschaftsbetrieb Hafendorf über den Ankauf eines Waldgrundstückes im Ausmaß von rund 3,24 Hektar von der Eigentümergemeinschaft Kurt und Christa Ferstl, Schinitzhof 16, Blaas-Ingrid, Wien, und Koppi Elfriede, Groß St. Florian, zum Kaufschilling von 900.000 Schilling.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gottfried Grillitsch, ich erteile ihm das Wort.

Abg. Grillitsch: Frau Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Die Regierungsvorlage sieht den Ankauf eines Grundstückes im Ausmaß von 3,24 Hektar zu einem Kaufschilling von 900.000 Schilling vor. Das Grundstück wurde von einem Sachverständigen geschätzt und repräsentiert einen Wert von 1.250.000 Schilling. Es liegt mehr als die Hälfte umschlossen vom Besitzgut der Landwirtschaftsschule Hafendorf, und daraus ergibt sich das Interesse des Landes, und ich bitte die Damen und Herren um ihre Zustimmung zur Regierungsvorlage.

Präsident Klasnic: Wortmeldung liegt keine vor. Sie haben den Antrag gehört. Ich ersuche die Damen und Herren, die ihm die Zustimmung erteilen, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

5. Bericht des Landwirtschafts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 498/5, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Schwab, Pöttl und Neuhold, betreffend die Berücksichtigung extensiver landwirtschaftlicher Flächen (Hutweiden und Brachland) bei der Berechnung des Stromtarifes.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Pöttl, dem ich das Wort erteile.

Abg. Pöttl: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Die gegenständliche Vorlage befaßt sich mit dem Bereich, inwieweit bei der Berechnung des landwirtschaftlichen Stromtarifes Hutweiden weiterhin berücksichtigt werden können. Bis zum Inkrafttreten des Vermessungsgesetzes vom 3. Juli 1968 wurden Hutweiden in den Grundbesitzbögen gesondert ausgewiesen, und damit war es auch möglich, bei der Berechnung des Stromes diese Hutweideflächen zu berücksichtigen. Mit dem Inkrafttreten des Vermessungsgesetzes werden Hutweiden von den Vermessungsämtern nicht mehr gesondert ausgewiesen, sondern zusammen mit den übrigen Flächen, und dadurch ist es

zu Schwierigkeiten in der Ermittlung der Hutweiden bei den EVU gekommen. Die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft hat einen Vorschlag unterbreitet und gemeinsam mit der STEWEAG und der Vereinigung Österreichischer Elektrizitätswerke einen Vorschlag entworfen, wo mit einer Bestätigung über Hutweideflächen, die von der Bezirkskammer für Land- und Forstwirtschaft auf Grund der aufliegenden Betriebskarten ausgestellt wird, dieser Nachweis erbracht wird. In den „Landwirtschaftlichen Mitteilungen“ wird dies auch für alle Landwirte zur Kenntnis gebracht, und damit ist die Grundlage geschaffen, die Hutweiden in Zukunft bei der Stromberechnung gerecht zu berücksichtigen.

Die Vorlage wurde im Landwirtschafts-Ausschuß einstimmig beschlossen, und ich ersuche um Annahme.

Präsident Klasnic: Die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, mögen ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

6. Bericht des Gemeinde-, Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 676/1, Beilage Nr. 63, Gesetz, mit dem das Statut der Landeshauptstadt Graz 1967 geändert wird.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Bernd Schilcher, dem ich das Wort erteile.

Abg. Dr. Schilcher: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Der Steiermärkische Landtag hat in seiner Sitzung am 16. Dezember 1983 eine Reihe von Änderungen für die Bezüge und Ruhegehälter steirischer Politiker entsprechend der Bundesregelung vorgenommen. Schon damals bestand Einigkeit unter den drei im Landtag vertretenen Parteien, daß auch das Statut der Landeshauptstadt Graz in diese Veränderung einbezogen werden sollte, allerdings nicht ohne Verhandlungen mit der betroffenen Gemeinde.

Auf Anregung der im Landtag und im Stadtsenat vertretenen Parteien wurde eine gemischte Kommission, bestehend aus den Klubobmännern der Stadtsenats- und Landtagsparteien, gebildet, die in mehreren Sitzungen gemeinsam mit der Rechtsabteilung 7 und nach Anhörung der betroffenen Altpensionisten ein Papier erarbeitet hat, das der heutigen Beschlussfassung zugrunde liegt.

Demnach werden folgende Änderungen des Grazer Statuts beschlossen:

Erstens: Das 40prozentige Spesenpauschale, das die Mitglieder des Grazer Stadtsenates neben ihrem Funktionsbezug erhalten, wird künftig nicht mehr ruhegenüßfähig sein.

Zweitens: Mitglieder des Grazer Stadtsenats, die im Ruhestand sind, dürfen künftig nur noch Pensionseinkünfte insgesamt bis zur Höhe ihres jeweils höchsten Aktivbezuges als Stadtsenatsmitglied kumulieren (sogenannte Plafondlösung). Dies gilt nicht für private Ruhegehälter, wie zum Beispiel Betriebspensionen oder Pensionen aus autonomen öffentlich-rechtlichen Körperschaften.

Drittens: Die Mitglieder des Grazer Stadtsenates leisten rückwirkend ab 1. Jänner 1984 einen Pensionsbeitrag in der Höhe von 16 Prozent anstelle der bisher bestehenden 7,5 Prozent. Damit ist die siebenprozentige Erhöhung der Funktionsbezüge des Grazer Stadtsenates als Folge des sogenannten Auftaubeschlusses des Steiermärkischen Landtages mehr als ausgeglichen.

Viertens: Mitglieder des Grazer Stadtsenates werden künftig neben ihrem Funktionsbezug weder einen Aktivbezug noch einen Ruhegenuß als Beamte oder Bedienstete öffentlich-rechtlicher Körperschaften, Stiftungen, Anstalten, Fonds oder Unternehmungen erhalten, an denen eine oder mehrere Gebietskörperschaften mit mehr als 50 Prozent beteiligt sind.

Fünftens: Für einen Rechtsanspruch auf Ruhegenuß eines Mitgliedes des Grazer Stadtsenates ist künftig Voraussetzung, daß dieses Mitglied mindestens eine Legislaturperiode beziehungsweise fünf Jahre dem Stadtssenat angehört und weitere drei Jahre entweder Mitglied des Stadtsenates war oder sonstige anrechenbare Zeiten als Abgeordneter verbracht hat, wobei der Gemeinderat nur zur Hälfte angerechnet wird.

Sechstens: Sämtliche Neuerungen, welche den Ruhestand der Mitglieder des Grazer Stadtsenates betreffen, gelten für den gesamten Personenkreis, also auch für bereits in Pension befindliche wie für künftig in Pension gehende Stadtssenatsmitglieder. Dieser Regelungsumfang ist nicht leichtfertig festgelegt worden. Der Festlegung sind eingehende Gutachten von Universitätsprofessor Dr. Rack vom Institut für öffentliches Recht der Universität Graz und dem Leiter des Steiermärkischen Verfassungsdienstes, Herrn Hofrat Universitätsprofessor Dr. Wielinger, vorangegangen. Ebenso wurde in Betracht gezogen, daß der Bund bei seiner entsprechenden Regelung den gesamten Personenkreis der Pensionisten erfaßt hat und diese Erfassung bereits in mehreren Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofs als sachgerecht beurteilt wurde.

Siebtens: Auch die Bezüge der Gemeinderäte der Stadt Graz wurden einer Änderung unterzogen. Künftig berechnet sich der Bezug eines Gemeinderates aus 20 Prozent des Funktionsbezugs eines Stadtssenatsmitgliedes plus einer 25prozentigen Aufwandsentschädigung. Diese Neuregelung bewirkt eine neunprozentige Kürzung der bisherigen Bezüge, so daß die siebenprozentige Erhöhung des Jahres 1984 infolge des erwähnten Auftaubeschlusses mehr als ausgeglichen wird.

Achtens: Mit Ausnahme der Bestimmung über die rückwirkende Verpflichtung der Mitglieder des Grazer Stadtssenates, ab 1. Jänner 1984 einen 16prozentigen Pensionsbeitrag zu bezahlen, tritt das Gesetz am 1. November 1984 in Kraft.

Nach Ansicht aller, die an dieser Novelle mitgearbeitet haben, stellt dieses Paket der Neuregelungen einen entscheidenden Beitrag zum Thema Privilegienabbau dar. Nichtsdestoweniger zeigt es sich, daß es immer noch Ungereimtheiten gibt.

So wurde im Zusammenhang mit der 25prozentigen Kürzung von Beamten, die gleichzeitig ein politisches Mandat ausüben, insbesondere von der FPÖ die Frage gestellt, ob es nicht sachgerecht und vom Grundsatz der Gleichheit her geboten sei, auch die sogenannten

Quasibeamten, also Bedienstete und Funktionäre öffentlich-rechtlicher Körperschaften, wie auch die Bürgermeister größerer Städte, die über einen Bezug eines Landtagsabgeordneten verfügen, einer ähnlichen Behandlung zu unterziehen.

Die freiheitliche Landtagsfraktion hat beantragt, zum Problem der Quasibeamten bis zum Jahresende 1984, zu jenem der erwähnten Bürgermeister bis März 1985 Gespräche aufzunehmen. In diesem Sinne ist bereits ein Auftrag an den Verfassungsdienst ergangen, zu prüfen, welche gesetzlichen Kompetenzen beziehungsweise welche sinnvollen gesetzlichen Maßnahmen für das Land in den erwähnten Fragen zur Verfügung stehen. In diese Gespräche einbezogen werden auch die in Graz diskutierte Reform des Grazer Statuts, insbesondere die Anzahl der Stadtssenatsmitglieder beziehungsweise der Vizebürgermeister sowie die Anzahl der Bezirksvorsteherstellvertreter.

Schließlich wird der Steiermärkische Landtag in seiner nächsten Sitzung am 6. November 1984 Änderungen des Steiermärkischen Bezügegesetzes beschließen, die eine Konsequenz aus der heutigen Änderung des Statuts der Landeshauptstadt Graz darstellen. Sie betreffen folgende drei Punkte:

Erstens: Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung dürfen im Ruhestand Pensionen nur noch bis zur Höhe ihres jeweiligen Aktivbezuges kumulieren.

Zweitens: Der Pensionsplafond der Mitglieder des Steiermärkischen Landtages wird mit dem Aktivbezug eines Landesrates begrenzt.

Drittens: Eine Änderung des Paragraphen 29 des Bezügegesetzes wird die technische Durchführung der Überweisung zwischen Gebietskörperschaften sicherstellen, wenn ein Politiker hintereinander dem Steiermärkischen Landtag, dem Nationalrat, dem Bundesrat, einem anderen Landtag oder dem Grazer Stadtssenat angehört.

Ich stelle den Antrag, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Loidl. Ich erteile es ihm.

Abg. Loidl: Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Um es gleich vorweg zu sagen, die sozialistischen Abgeordneten dieses Hauses bekennen sich uneingeschränkt zu der vom Abgeordneten Schilcher soeben im einzelnen erläuterten Vorlage. Unsere Vertreter haben maßgeblich am Inhalt mitgewirkt. Mit diesem Beschluß des Landtages wird nun für die Politiker der Landeshauptstadt Graz die Bundesregelung, der wir uns mit Wirkung vom 1. Jänner 1984 angeschlossen haben, ebenfalls gelten. Es ist – glaube ich – müßig, jetzt darüber zu richten, was schon früher getan oder unterlassen hätte werden sollen. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, meine Damen und Herren, daß die schwere öffentliche Kritik an einzelnen Gegebenheiten in Graz zum großen Teil berechtigt war. Ich war jedenfalls nicht imstande, auf erboste Anfragen, wieso Spesenpauschalen, welche während des aktiven Dienstes durchaus berechtigt sind, auch in den Ruhegenuß eingerechnet werden, auch nur eine Spur von einer Rechtfertigung zu finden. Es ist nicht nur die Sache

selbst, sondern es ist der Mangel an Einsicht und Gespür, was man tun darf, der damit zum Ausdruck kommt, was uns sehr zu denken geben muß. Wir sollten – da niemand von Fehlern frei ist – in Zukunft auf diese Dinge besser achten. Meine Damen und Herren, wir üben alle ein öffentliches Amt ganz besonderer Art aus, und es ist ein Privileg an sich schon, diesem Hohen Haus anzugehören. Dazu gehört, daß vor allem durch die Massenmedien über unser Handeln berichtet wird und die Öffentlichkeit einen besonders kritischen – wenn Sie wollen – , strengen Maßstab anlegt. Und das ist gut so. Nun sind wir wegen der Zukunft besorgt und persönlich wohl auch enttäuscht, daß das verhältnismäßig geringe Vertrauen in die Politik und das Ansehen der Politiker besonders unter den Jungen weiterhin geringer geworden ist. Für viele sind wir – ich sage das ganz brutal und offen, weil es angeblich aus Umfragen hervorgeht – lauter Lügner und Menschen, die nur ihren eigenen Vorteil im Auge haben. Wenn diese Umfragen, und wenn es auch nur ein Teil der Jugend ist, richtig sind, dann tun diese Menschen etwas uns gegenüber, was sie anderen Gruppen oder Ständen gegenüber niemals täten, nämlich das Fehlverhalten einzelner in so großem Maße zu verallgemeinern. Und das muß einen Grund haben, wahrscheinlich mehrere Gründe.

Ich möchte diese Gelegenheit benützen, einen Grund davon zu nennen, den es nach meiner persönlichen Meinung gibt. Das ist – so glaube ich jedenfalls – , daß wir oft und jahrelang uns Fehlleistungen oder kriminelle Handlungen einzelner, wie sie eben in einer großen und auch kleinen Gemeinschaft einfach nicht ganz auszuschließen sind, gegenseitig immer wieder aufrechnen. Das geschieht bis hinein in die Randbereiche der Politik, wo diese wenigen Elemente wegen ihrer Gesinnungslosigkeit ohne weiteres jederzeit austauschbar gewesen wären. Wir hier wissen es zwar, meine Damen und Herren, daß es hüben und drüben nur Einzelfälle sind, aber draußen wird es ganz anders gesehen. Da wird nicht differenziert, da wird multipliziert, und dann bleiben die Folgen nicht aus. Meine Damen und Herren, wenn das schon so ist, dann würde es nicht schaden, wenn wir ein bißchen mehr Solidarität über Parteigrenzen hinaus üben würden. Wir Politiker werden, obwohl wir das gar nicht wollen und das auch nicht sind, als eigener Berufsstand angesehen. Am deutlichsten kommt es immer zum Ausdruck, wenn wir pauschal kritisiert oder pauschal beschimpft werden. Das, glaube ich, wäre der Grund auch zu dieser Solidarität. Was wir nämlich heute beschließen, steht unter dem Begriff „Privilegienabbau für Politiker“. Aber wenn Sie jetzt auf der Straße jemand fragen, was glauben Sie, was er sagt, wenn Sie sagen: „Was fällt dir zum Wort Privilegien ein?“ Er wird wahrscheinlich sagen „Politiker“. Dies aber beileibe nicht deswegen und als Reaktion darauf, weil wir mit dem Einfrieren unserer Bezüge und mit den Beschlüssen, die in der Folge gefaßt wurden, abgebaut haben, was angesichts der allgemeinen schwierigen wirtschaftlichen Situation angebracht war und auch ist. Ich glaube, wir könnten deswegen jetzt ruhig auch ein wenig mehr Selbstbewußtsein an den Tag legen und deutlich sagen, daß wir für Privilegienabbau sind, dies bei uns selbst auch bewiesen haben, daß sich diese gewiß populäre Forderung aber nicht nur auf die Politiker beschränken dürfe. Wenn das einmal so ist,

dann wird es gar nicht mehr so populär sein, wie es gegenwärtig ist.

Der Abbau aller sogenannten Privilegien in unserer Gesellschaft wäre eine gewaltige, ich fürchte aber unlösbare Aufgabe, wenn man bedenkt, wie unendlich viele große und kleine Privilegien es auf allen Ebenen von ganz unten bis ganz oben in Wirklichkeit gibt. Und das müssen nicht nur Privilegien sein, die sich in materiellen Vorteilen auswirken. Was glauben Sie, warum es Leute gibt, die Beamte bestochen haben, nur deswegen, damit sie eine niedrige Nummerntafel für das Auto bekommen? Prominent zu sein, Macht und Einfluß zu haben zieht doch ganz automatisch, ob wir das wollen oder nicht, eine ganze Reihe von Privilegien in vielen Lebensbereichen nach sich. Und das gilt, möchte ich hier auch sagen, auch für die Herren der Presse, ein Presseausweis öffnet Tür und Tor. Und was glauben Sie, meine Damen und Herren, warum alle so freundlich und zuvorkommend zu Ihnen sind? Warten Sie, bis Sie in der Pension sind, dann wird das nicht mehr so sein. Das sind auch Privilegien, wenn man die Sache ganz genau nimmt. Natürlich, meine Damen und Herren, stehen unsere Bezüge, weil sie ja mit Bruttobeträgen immer wieder veröffentlicht werden, im Mittelpunkt von Diskussionen. Und auch das ist gut so. Daran wird sich auch durch unsere jetzigen Beschlüsse nichts ändern. Die Frage, ob wir verdienen, was wir bekommen, wird einfach gestellt. Aber wer soll diese Frage, meine Damen und Herren, wie beantworten? Wer nämlich damit das riesige Problem der Einkommensgerechtigkeit aufwerfen will, findet – glaube ich – unsere volle Zustimmung. Aber dann darf diese Frage auch nicht nur auf die Politiker beschränkt bleiben. Ungerechtigkeiten kann man auch bei Einkommen nur beseitigen oder zumindest kritisieren oder mildern, wenn man sie kennt, und daß dies möglich ist, wenn auch in höheren Dimensionen, das haben wir ja bei der Behandlung der Krankenhausfrage unter Beweis gestellt. Voraussetzung ist allerdings mehr Transparenz auch auf anderen Gebieten.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich sagen: Wenn wir es zustande bringen, was wirklich nicht leicht ist, in all diesen sensiblen Fragen gleichzeitig selbstkritisch und selbstbewußt zu sein, dann kann das, was wir zunächst als unerquicklich und schädlich empfinden, durchaus dazu beitragen, notwendige Klarheiten zu schaffen, Behauptungen und Vermutungen – wenn dies gegebenenfalls nötig ist – zu widerlegen, mit einem Wort, auch in Zukunft einiges zu tun, was das Vertrauensverhältnis insgesamt wieder zu stärken vermag. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Nächste Wortmeldung der Herr Abgeordnete Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader: Frau Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Leider Gottes handelt es sich um eine Gruppierung bei denen, die in der Politik tätig sind, die die Möglichkeit haben oder dazu verurteilt sind, ihre Entgelte selbst zu bestimmen. Daher war es auch in der Vergangenheit zu Recht oder zu Unrecht, aber jedenfalls übereinstimmend, üblich, diese Fragen in öffentlichen Debatten nicht anzuschneiden. Die Wortmeldung des Herrn Kollegen Loidl, die sehr viel gespannte Aufmerksamkeit in diesem Hause gefunden hat, und auch

der Inhalt bestärken mich in der Überzeugung, daß es gut war und gut ist, diesen nicht nur steirischen Brauch, sondern diesen Brauch zu durchbrechen, über diese Fragen zu reden, nicht zuletzt weil es natürlich über diese Fragen eine öffentliche Diskussion gab, gibt und geben wird.

Zu dieser öffentlichen Diskussion, meine Damen und Herren, nur einige ganz kurze Anmerkungen, die ich für wesentlich halte: Meine Damen und Herren, wenn man Demokratie ernst nimmt, dann hat man in Fragen der Entgelte im politischen Bereich nicht nur das Recht zu sehen, sondern die Zumutbarkeit. Der Herr Kollege Loidl hat es schon ausgeführt: In einer Situation, in der es manchen Menschen nicht so gut geht oder ihre persönliche Fortentwicklung nicht so gut funktioniert wie sie sich das vorgestellt haben, dann hat man aus dem politischen Sektor heraus mit gutem Beispiel voranzugehen, und zwar von selbst voranzugehen und sich nicht dazu zwingen zu lassen. Das hat nichts damit zu tun, daß man kein Selbstwertgefühl hat. Das ist auch etwas, was der Kollege Loidl angeschnitten hat. Die Frage, und in den letzten Wochen ist gerade auch diese Formulierung öfter aufgetaucht: Ja, habt ihr denn überhaupt kein Selbstwertgefühl mehr? Seid ihr denn überhaupt nicht bereit, euch hinzustellen und zu sagen: „Bitte, das leisten wir und das verdienen wir, und das wollen wir kriegen.“ Das hat damit überhaupt nichts zu tun. Ich glaube überhaupt, daß die ganze Debatte keine Frage der Höhe ist, sondern eine Frage der Durchschaubarkeit. Was die Menschen nicht verstehen und nie verstehen werden ist, daß einer, den sie durch ihre Stimme in das politische Leben gestellt haben, nicht vom Wähler glasklar durchschaubar ist: Das kostet er uns, das kriegt er, und das hat er zu leisten. Die Ansatzpunkte dieser unerquicklichen Diskussion sind ja immer jene undurchschaubaren Nebenbereiche gewesen, von denen keiner jemals genau überblicken konnte, wie viele es hier wirklich gibt und welche Regelungen es wirklich gibt. Das ist der Ansatzpunkt, meine Damen und Herren. Hier müssen wir ansetzen und weitermachen, und dazu gehören all diese Dinge mit Beamtenregelungen, wo unter Umständen nicht quantifizierbar ist, wieviel wirklich gearbeitet werden kann, weil das ja wirklich nicht nach Stunden aufrechenbar ist, sondern auch nach Leistung, und die vielen anderen Dinge, die die Menschen nicht verstehen. Die Durchschaubarkeit ist das Wesentliche, meine Damen und Herren!

Zweitens – auch eine Frage, die der Kollege Loidl angeschnitten hat: Es gibt im berühmten Lied vom Mackie Messer die Textzeile, die heißt: „Und die einen steh'n im Licht und die anderen sieht man nicht.“ Da gibt es bereits auch Karikaturen in diese Richtung. Natürlich! Wer primär im Licht steht, das sind die politischen Tätigen, weil sie in der Öffentlichkeit stehen, und es gibt viele andere Bereiche, wo jeder, der sie ein bißchen kennt, sagt: Eigentlich sind das alles arme Narren in der Politik, weil sie sich in einer Art reduzieren, wo andere wirklich nur lachen. Meine Damen und Herren, und das ist mein Ansatzpunkt: Wir in der Politik haben die Aufgabe, auch die finsternen Bereiche zu durchleuchten und zu beenden. Um die moralische Berechtigung und Verpflichtung dazu zu bekommen, haben wir zuerst unser eigenes Haus zu bestellen, und ich bin froh, daß das geschieht. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren! In dieser Diskussion der letzten Wochen, die wir uns, bitte, erspart hätten, wenn wir das getan hätten, was wir vorgehabt haben, nämlich unmittelbar nach dem Jahreswechsel weiterzureden, ist auch ein Argument aufgetaucht, das immer wieder gelautet hat: Bitte, wann wird diese Diskussion je ein Ende haben? Meine Damen und Herren, unter dem Hintergrund dessen, was ich vorher gesagt habe, sage ich: Das kann gar kein Ende sein, das darf kein Ende sein, die Diskussion in der Steiermark beginnt erst. Das ist auch der Grund, meine Damen und Herren, warum ich sehr froh bin, daß wir Willensübereinstimmung gefunden haben über nächste Schritte, auch mit einem ungefähren angegebenen Zeithorizont. Und ich kann Ihnen auch gerne erläutern, warum ich so stur unbedingt immer einen Zeithorizont haben wollte. Ganz einfach deshalb, weil ich im ersten Jahr meiner Tätigkeit in meiner persönlichen Naivität im politischen Bereich die Beharrungskraft der Strukturen unterschätzt habe. Wir haben kurz vor Weihnachten in den Verhandlungen zu jenen Beschlüssen, die wir in der Budgetdebatte hier in diesem Hause gefaßt haben, Willensübereinstimmung erzielt, daß unmittelbar nach dem Jahreswechsel nach Rücksprache mit den Betroffenen diese Regelungen, die wir heute für die Stadt Graz treffen, behandelt, beredet und beschlossen werden, weil es für uns immer klar war, daß eine Gleichstellung der Grazer Mandatare an jene der Landesmandatare und Bundesmandatare erfolgen soll. Ich habe es nie für möglich gehalten, daß es bis Mai dieses Jahres dauert, bis überhaupt erst die Ansätze von Gesprächen in Gang kommen. Das ist ja der wahre Ansatzpunkt für diese Sommerdiskussion, die wir hatten. Wenn wir gleich weitergemacht hätten, wenn wir uns gleich einen Zeithorizont gesetzt hätten, dann wäre das wahrscheinlich schneller gegangen. Das ist der Grund, meine Damen und Herren, warum ich meine, daß wir uns leichter tun, und daß wir uns vieles ersparen, wenn wir uns von vornherein zeitlich binden, bis wann wir welche Gespräche aufnehmen. Der Herr Kollege Dr. Schilcher hat in seiner Berichterstattung schon einige dieser Punkte genannt: Die Frage der Behandlung jener, deren Ausübung des politischen Mandates natürlich zeitmäßig auf Kosten jener Körperschaften geht, in denen sie tätig sind; die Behandlung der Frage, was tut man mit Bürgermeistern ab einer bestimmten Größenordnung, die natürlich einen Erwerbsberuf haben, dem auch nachgehen und diese Zeit der Gemeinde abgeht, und auch die Frage, was geschieht mit den öffentlichen Monopolgesellschaften, die sich ja gerade in den letzten Monaten durch einen Strompreiserhöhungsantrag ins öffentliche Gerede gebracht haben. Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir hier ohne weiteres Erhöhungen beschließen, ohne daß in diesem Bereich auch Einsparungen erfolgen – und nicht nur im Spitzenbereich.

Meine Damen und Herren, natürlich gibt es auch andere Fragen, und auch die hat Kollege Dr. Schilcher angeschnitten. Fragen der Gesamtnovellierung des Grazer Statutes. Wir haben hier nur einen kleinen Detailbereich, und es gibt einen Arbeitskreis im Bereiche der Stadt, der eine Gesamtnovellierung beschließt. Da sind natürlich auch die Fragen der Zahl der einzelnen Funktionäre gegeben. Meine Damen und Herren, man sollte das aber nicht verwechseln wollen, die Frage, wieviel Funktionäre es wo gibt, mit der anderen

Frage, wie diese Funktionäre behandelt werden. Ich bin gerne bereit, die Diskussion über die Zahl von Funktionären aufzunehmen, selbstverständlich in allen Bereichen. Und dann werden wir diskutieren müssen, ob 484 bezahlte Funktionen im Bereiche der Steirischen Handelskammer für nicht einmal 30.000 Mitglieder genau in Relation stehen zu insgesamt 115 Funktionären für eine Viertelmillion Grazer Bewohner. Auch diese Debatte kann natürlich geführt werden, was wir jetzt führen, ist die Frage der Behandlung der Funktionäre, ob wir das, was wir dafür aufwenden, richtig finden.

Meine Damen und Herren, in dem Sinne haben wir nicht Schluß der Debatte, sondern wir müssen Ungerechtigkeiten, Ungereimtheiten beseitigen dort, wo sie debattiert werden könnten. Meine Damen und Herren, aber zum Abschluß nur noch ein paar Sätze zu dem, was Kollege Loidl gesagt hat in Richtung Differenzieren, Multiplizieren und Solidarität. Ich weiß, meine Damen und Herren, daß alle politisch Tätigen als Berufsstand betrachtet werden. Und Kollege Loidl hat in diesem Sinne dafür interpelliert, daß wir Solidarität unter diesem Berufsstand üben.

Meine Damen und Herren! Vielleicht bin ich noch zu jung in der Politik tätig, aber ich weigere mich, meine politische Funktion als Berufsstand zu sehen, und ich werde Solidarität mit jenen üben, die mich gewählt haben. Das ist in der Demokratie unsere Aufgabe.

Meine Damen und Herren, aus diesem Grunde bedaure ich besonders jenes Maß – (Abg. Dr. Maitz: „Sie werden auch eine Pension beziehen!“) Ich gehe nie davon aus, lieber Herr Kollege, daß ich jemals eine Politikerpension beziehen werde, daher ist es für mich eine akademische Diskussion. Lieber Herr Kollege Maitz, wir können gerne darüber diskutieren, ob jene Pauschalierungen, die es im öffentlichen Bereich gibt, gerechtfertigt sind. Ich halte die Möglichkeit jeder Beschlüsse – (Abg. Dr. Maitz: „Sie beziehen monatlich eine Pension. Haben Sie das zurückgezahlt, was Sie zu Unrecht bezogen haben?“) Jawohl, selbstverständlich, Herr Kollege Maitz, ich habe dem Magistrat Graz vor vier Wochen insgesamt 86.000 Schilling überwiesen. (Abg. Dr. Maitz: „Von März 1983 bis Februar 1984 haben Sie keine Stunde gearbeitet und Gehalt bezogen!“) Von März 1983 bis Februar 1984 können Sie gerne die Belege einsehen, habe ich all jene Beträge an Spenden der Öffentlichkeit und verschiedenen bedürftigen Personen zur Verfügung gestellt. Ich habe davon abgesehen, die Namen derer zu veröffentlichen, weil ich nicht einsehe, daß diejenigen, die etwas bekommen haben, dafür bestraft werden und durch die Öffentlichkeit gezogen zu werden. Aber, Herr Kollege Maitz, Sie haben recht, es gibt eine ungeheure Pauschalierung im politischen Bereich, und daher bin ich dafür, daß wir in allen Bereichen möglichst viel Wahlmöglichkeiten einbauen. Ein guter Beginn war für mich zum Beispiel die Wahlmöglichkeit, die wir seit dem Jänner dieses Jahres haben, ob ein Beamter der Auffassung ist, daß er seine Position voll ausübt und dafür den vorgesehenen Gehalt minus 25 Prozent bekommt, oder ob er der Auffassung ist, daß er das nicht schafft. Wahrscheinlich bin ich viel weniger leistungsfähig als andere. Aber ich sage Ihnen, meine Konsequenz war, daß ich mich auf eine Tätigkeit im öffentlichen Bereich konzentriere, und auch, wenn

meine Fraktion nur ein Zehntel der Größenordnung von anderen Fraktionen ist, dann bin ich der Meinung, daß ein überregional tätiger Klubobmann eine zweite berufliche Funktion nicht ausüben kann. Das kann aber jeder für sich selbst beantworten, lieber Kollege Maitz. Und das wird jeder selbst seinen Wählern gegenüber erklären müssen, warum er das schafft oder warum er das nicht zu schaffen glaubt. Daher glaube ich auch, daß wir ein Höchstmaß an Unterscheidungsmöglichkeiten einbauen sollen, nämlich so, daß jeder einzelne politische Mandatar seine persönliche Situation nach einem Höchstmaß gestalten kann. Und er wird seinen Wählern dann klarzulegen haben, warum er diese oder jene Regelung getroffen hat. Nur so, meine Damen und Herren, indem jeder seine Situation gestaltet, werden wir aus diesem Pauschalurteil herauskommen und eine Chance haben, aus diesem negativen Image, das die Politik hat – es hat ein sehr prominenter Politiker einmal genannt, ein Image wie ein Leichenwäscher im Mittelalter –, daß wir dieses Image wegbekommen und jeder für sich beantworten kann, wie er sich seine Situation gestaltet. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Klasnic: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Schilcher. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Schilcher: Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Das Thema ist deshalb so schwierig, weil es von den handelnden Personen ein hohes Maß an persönlicher Moral verlangt. Es ist nichts zu gewinnen, wenn man sich gegenseitig vorhält, wieviel man wo was „entprivilegiert“ hat. Und es können auch keine Wahlen gewonnen werden, Herr Abgeordneter, wenn man sich als Obersaubermann der Nation deklariert, sondern man muß hier mit sehr viel Ernst, sehr viel akribischer Arbeit versuchen, die Dinge offenzulegen und zu sanieren. Daher hat mir die Rede vom Herrn Loidl sehr gut gefallen, die seines Nachredners sehr viel weniger. (Beifall bei der ÖVP.) Wir wissen alle, daß wir zum Teil Sünden unserer Väter zu büßen haben. Ich sage das ohne Hochmut. Es war eine andere Kultur in den sechziger und siebziger Jahren. Es ist vieles sehr geheim passiert, und dadurch sind Verdachtsmomente entstanden, die oft gar nicht gerechtfertigt waren. Manches ist auch passiert in österreichischer Grundüberzeugung: So nach dem Motto, machen wir einen kleinen Bezug und viele Zulagen und da und dort ein Pauschale. Wir haben jetzt die Aufgabe, das zu reparieren. Jeder von uns soll künftig seinen Gehaltszettel hinlegen und sagen können, das verdiene ich, da gibt es keine Extras.

Ich glaube, zu den Sünden der Väter gehört meinem Gefühl nach auch ein Privilegienabbau à la Kreisky. Man kann nicht vorher Bezüge kräftig erhöhen und dann Privilegien abbauen. Wann immer wir das Wort „Privilegienabbau“ in den Mund nehmen, winken die Leute ab: Wir wissen schon. Daher sollen wir jetzt einen Schlußstrich ziehen. Ein Landeshauptmann beziehungsweise ein Bundesbeamter, der 48.000 Schilling netto im Monat verdient, hat nicht zuviel. Viele wissen, daß so mancher Filialleiter einer größeren Bank in ähnliche Verdienste kommt, ohne seine Sams-

tage und Sonntage arbeitend zu verbringen. Es wäre nur noch zu überlegen, ob wir diese Andockung an die Beamten unbedingt behalten müssen. Manche Leute sagen auch, daß ein Bundeskanzler ruhig viel mehr verdienen kann – sie verstehen aber nicht, daß er sofort nach fünf, sechs oder sieben Jahren einen Pensionsanspruch hat. Ich stelle daher zur Diskussion, ob man nicht sagt, einen ordentlichen Bezug und dann doch zu einem erheblichen Teil Selbstvorsorge für das Alter. Auch aus Gründen des guten Beispiels.

Ein Letztes. Ich bin sehr einverstanden, auch die Verhältnisse im ORF, in den Verbundgesellschaften und so weiter anzuschauen. Alles ist dort sicher nicht in Ordnung. Ich möchte keinen Rachefeldzug starten nach der Devise: Jetzt haben wir uns gekürzt, morgen kommen die nächsten dran. Aber es wäre im Sinne der Gleichheit und der Gerechtigkeit ohne weiteres vertretbar, wenn wir in ein paar Bereichen, die monopolartig strukturiert sind, Ordnung machen. Dann kann nämlich jeder seine Gehaltszettel herzeigen, und es gibt keine Neidkomplexe. Apropos Neidkomplexe: Mir fällt auf, wenn Freunde aus Amerika zu uns

kommen, welch ungeheuer anderer Gesinnungsstand dort herrscht. In Amerika ist jeder stolz, wenn er viel verdient, bei uns geniert sich jeder und sagt: „Nein, so viel habe ich eh nicht.“ Das ist eine ganz merkwürdige andere Einstellung. In den USA ist der Verdienst auch ein Ausdruck der Leistung. Bei uns hat man das Gefühl, der Verdienst ist immer auch ein Ausdruck, daß „der sich's gerichtet hat“.

Ich glaube, auch das müßte beseitigt werden, damit wir jenes Selbstbewußtsein erringen, von dem Herr Abgeordneter Loidl so eindrucksvoll gesprochen hat. Danke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Sollten Sie dem Antrag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen (14.20 Uhr).